



**Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit**

# Das Jahr 1956

**Beiträge vom 14. Häftlingstreffen in Bützow 2016**



**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

**lpB**   
Landeszentrale  
für politische Bildung

  
**POLITISCHE MEMORIALIA**  
Mecklenburg-Vorpommern

 Die Landesbeauftragte  
für Mecklenburg-Vorpommern  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen DDR

Das Jahr 1956

# Die Häftlingstreffen finden mit freundlicher Unterstützung der Stadt Bützow statt.

## Impressum

ISBN: 978-3-95861-697-4

## Herausgeber und Copyright:

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern  
Arsenalstraße 8  
19053 Schwerin

## Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

Jägerweg 2  
19053 Schwerin

## Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen DDR  
Bleicherufer 7  
19053 Schwerin

## Politische Memoriale

Severinstraße 6  
19055 Schwerin

Eine gewerbliche Nutzung der Broschüre ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Herausgeber nicht gestattet. Die in der Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Herausgeber.

## Redaktion:

Frederic Werner, FES MV

## Redaktionelle Mitarbeit:

Erik Gurksdies, Martin Klähn, Rudolf Leppin

## Fotos:

Rudolf Leppin, Frederic Werner,  
Fortepan — ID 6976: Adományozó/Donor: Házy Zsolt (Titelfoto Budapest 1956)

## Gestaltung:

[www.grafikagenten.de](http://www.grafikagenten.de), Rostock

## Druck:

Druckerei Weidner GmbH Rostock

Schwerin, Dezember 2016

**Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit**

# Das Jahr 1956

**Beiträge vom 14. Häftlingstreffen in Bützow 2016**



# Inhalts

## **verzeichnis**

---

- 08 Editorial **Frederic Werner**
- 12 Programmablauf
- 14 Geheimrede Chruschtschows - Ende des Stalinismus? **Dr. Jan Foitzik**
- 24 Der ungarische Volksaufstand 1956 **György Dalos**
- 40 Der Posener Arbeiteraufstand von Juni 1956: Polnischer Sommer eines ost(mittel)europäischen Jahres **Pierre-Frédéric Weber**
- 52 Die Heimkehrer aus der Sowjetunion 1956 in der deutschen Gesellschaft **Prof. Dr. Matthias Pfüller**
- 60 Schwierigkeiten mit der Wahrheit - Walter Janka und die Gruppe Harich **Dr. Guntolf Herzberg**
- 78 Die Gründung der Nationalen Volksarmee im Kontext des Jahres 1956 **Dr. Rüdiger Wenzke**
- 88 Ungarn und die Angst vor dem autoritären Erbe – eine europäische Spurensuche **György Dalos**
- 100 Presseartikel

# Edito-

**rial**  
■

Das Jahr 1956 hat es, wie es Pierre-Frederic Weber in seinem Beitrag ausdrückt, zwar nicht zu einer Chiffre der Geschichte des 20. Jahrhunderts geschafft, aber doch zu einer vielsagenden bedeutenden Episode des vorherigen Jahrhunderts. 1956 wurde einmal mehr deutlich wie fragil die Herrschaft im sozialistischen Teil Europas sein konnte. Einige sprechen mit dem Blick auf die Ereignisse auch vom Anfang des Endes des Sowjetblocks. Aber selbst wenn man nicht so weit gehen möchte, 1956 war in vielerlei Hinsicht ein Wendepunkt, Schicksalsjahr und für viele Staaten in Osteuropa eine Zäsur.

Mit dem 14. Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in Bützow haben wir uns zum Jahrestag des Jahres 1956 mit Facetten und Begebenheiten dieses historischen Datums beschäftigt. Dabei haben wir größtenteils eine europäische Perspektive eingenommen und Ursachen und Auswirkungen betrachtet.

Zentral für das Jahr 1956 war die Geheimrede Chruschtschows, die am Ende gar nicht so geheim war und nur bedingt für eine Zeitenwende inkl. Entstalinisierung stehen kann, wie **Jan Foitzik** feststellt. **György Dalos**



Zeitzeugengespräche in der Schule **Rudolf Leppin**

beschrieb auf der Tagung die Abläufe und Hintergründe zum Volksaufstand in Ungarn und schafft mit seiner Erzählung eine fesselnde Verwebung von Hintergründen und emotionalen Eindrücken. **Pierre-Frédéric Weber** bringt die Ereignisse des blutig niedergeschlagenen Posener Aufstandes in Erinnerung, als 1956 fast 100.000 Menschen aus Unzufriedenheit auf die Straßen gingen. Ein beispielhafter Vorgang für die weitere polnische und europäische Geschichte. Allein schon diese drei Ereignisse rechtfertigen, neben allen anderen weltpolitischen Ereignissen, wie z.B. die Suez-Krise, das Jahr 1956 in unserer Wahrnehmung noch einmal zu schärfen.

Aber auch auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten war das Jahr 1956 ein mehr als interessantes. Es war das Jahr, in dem die letzten Kriegsheimkehrer aus der russischen Gefangenschaft zurückkehrten und bei dem Versuch sich zu integrieren auf Probleme stießen. **Matthias Pfüller** fasst die Hintergründe zusammen. **Guntolf Herzberg** rekapituliert aufschlussreich die Geschichte der beiden sozialismustreuen Oppositionellen Walter Janka und Wolfgang Harich und deren Umgang mit der Wahrheit als gescheiterte selbststilisierte Helden im DDR-Regime. In dem Beitrag von **Rüdiger Wenzke** schließlich geht es um die Gründung der Nationalen Volksarmee, die lange vorbereitet im Jahr 1956 mit erheblichen Folgen für die Gesellschaft gesetzlich verankert wurde.

Nicht zuletzt kehren wir mit einem zweiten, nachdenklichen Beitrag von **György Dalos** noch einmal nach Ungarn zurück, betrachten die heutige Situation und gehen der Frage nach, wie die demokratische Aufbruchstimmung der 90er Jahre in die Zustimmung zu einem rechtspopulistischen autoritären Regime umschlagen konnte. Eine hochbrisante europäische Entdeckungsreise.

Insgesamt erhalten wir so nicht nur ein Kaleidoskop wichtiger historischer Ereignisse im Jahr 1956, deren Ursachen und Auswirkungen; wir betrachten die Geschichte bei diesem Forum – wie immer – auch in Hinblick auf die Würdigung erlittenen Unrechts in diktatorischen Systemen mit dem Ziel der Festigung eines antitotalitären Konsens und dem Bewusstsein für den Wert unserer freiheitlichen Demokratie.

Dieses Ziel spiegelt sich auch in dem jetzt seit fünf Jahren fest verankerten Programmpunkt der Zeitzeugengespräche mit Schüler\_innen des

**Geschwister-Scholl-Gymnasiums** in Bützow wider. Damit gelingt der intergenerationelle Austausch, der den Jugendlichen Kenntnisse vermittelt und den Zeitzeugen die Gelegenheit gibt, die Erkenntnisse aus ihrer Geschichte an der heutigen Lebenswirklichkeit zu messen. Zudem bereitet die Schule in jedem Jahr ein kleines Programm vor, das die Auseinandersetzung mit der Geschichte auf zumeist künstlerische Weise beeindruckend zur Schau stellt. (Eine kurze filmische Dokumentation finden Sie auf der Website: <http://tinyurl.com/Forum-Aufarbeitung>) Für dieses Engagement ist den Verantwortlichen der Schule an dieser Stelle einmal sehr herzlich zu danken.

Im Namen aller Veranstalter wünsche ich Ihnen auch mit dieser Broschüre eine angenehme und erkenntnisreiche Lektüre.

Frederic Werner, Friedrich-Ebert-Stiftung

# Programm

**Ablauf des 14. Bützower Häftlingstreffens  
im Rathaus Bützow**

## **Mittwoch, 7. September 2016**

### Grußworte

Christian Grüschow, Bürgermeister von Bützow

### Geheimrede Chruschows – Ende des Stalinismus?

Dr. Jan Foitzik, Berlin

### Der Posener Aufstand 1956 – Verlauf und Folgen

Pierre-Frédéric Weber, Stettin

### Ungarn in Europa

György Dalos, ungarischer Schriftsteller und Historiker

## **Donnerstag, 8. September 2016**

### Der ungarische Volksaufstand 1956

György Dalos, ungarischer Schriftsteller und Historiker

### Schwierigkeiten mit der Wahrheit: Walter Janka und die Gruppe Harich

Guntolf Herzberg, Historiker

### Präsentation zur DDR-Geschichte durch Schüler\_innen des Gymnasiums

Vorstellung der anwesenden Zeitzeugen,

anschl. Gesprächsrunden der Schüler\_innen mit den Zeitzeugen

### Die Gründung der Nationalen Volksarmee 1956

Dr. Rüdiger Wenzke, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

### „Das Geständnis“

Spielfilm zum Slánský-Prozess, 1952; Costa Gavras, F 1970

## **Freitag, 9. September 2016**

### Die Heimkehrer aus der Sowjetunion 1956 in der deutschen Gesellschaft

Prof. Dr. Matthias Pfüller, Schwerin

### Gedenkveranstaltung am Denkmal für die politischen Häftlinge in der DDR in den Bützower Gefängnissen

Andacht zum Gedenken, Pastorin Johanna Levezow gemeinsam mit Pastor Timm, musikalische Umrahmung: Musikschule Bützow

# Geheim- rede Chruschtschows

- Ende des Stalinismus?

Dr. Jan Foitzik

Jan Foitzik ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind deutsche und mitteleuropäische Zeitgeschichte und Kommunismusgeschichte.

## Einleitung

Chruschtschows Referat „Über den Personenkult und seine Folgen“, in dem der sowjetische Parteichef 1956 im Anschluss an den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vor den sowjetischen Parteitagsdelegierten einige Verbrechen Stalins nannte, erfüllt eine zentrale „vergangenheitspolitische Funktion“ (Jan Korte) als angeblicher Wendepunkt in der Geschichte des Kommunismus, als Scheidelinie zwischen der durch Stalins persönliche Diktatur geprägten terroristischen Phase, genannt „Stalinismus“, und der späteren Entwicklung des „real existierenden Sozialismus“. Gegen diese Geschichtsdeutung opponierten bereits zahlreiche Insider. So schrieb 1994 die polnische Historikerin Krystyna Kersten, dass die Behandlung des Jahres 1956 als Zäsur in der Geschichte des Kommunismus eine Folge der systemisch bedingten moralischen Verwüstung sei, verkürzt gesagt also eine Folge und ein Symptom des „Stalinismus“. Tatsächlich gewann Chruschtschows „Geheimrede“ erst nach 1989/90 aus der Perspektive des Zusammenbruchs des Kommunismus ihre „vergangenheitspolitische Funktion“ als Zäsur zwischen dem „realen“ und einem „utopischen, lupenreinen“ Sozialismus.

Als politisches Schlagwort entstand der Begriff „Stalinismus“ in Jugoslawien, das sich seit 1948 im Konflikt mit Stalin befand. In den kommunistischen Ländern der sowjetischen Herrschaftssphäre war der Ausdruck bis 1989/90 verboten. Im Westen wurde der Begriff „Stalinismus“ von der politischen Publizistik aufgegriffen und um Ausdrücke wie „Antistalinismus“, „Entstalinisierung“, „Nationalkommunismus“ (als angebliche Alternative zum sowjetisch dominierten Kommunismus) oder „Neostalinismus“ (zur Kennzeichnung der Politik des Nachfolgers Chruschtschows Breschnew) erweitert; auf diesem Umweg gelangten die Begriffe in die Wissenschaftssprache.

Wenn man der Frage nachgeht, ob Chruschtschows Referat von 1956 tatsächlich als ein Wendepunkt in der Geschichte des Kommunismus behandelt werden kann, dann ist zunächst festzuhalten, dass der Text der „Geheimrede“ erst 1988 in Polen, 1989 in der Sowjetunion, 1990 in der DDR und in der Tschechoslowakei veröffentlicht werden durfte. 1956 wurden mit dem Inhalt nur die osteuropäischen Parteispitzen bekannt gemacht und Teil-Informationen sollten nur mündlich an die Parteimitglieder weitergegeben werden. Ein längerer Redeauszug erschien im März 1956 nur in Jugoslawien, im Westen wurde im Juni 1956 der vollständige Wortlaut veröffentlicht, der in Moskau allerdings umgehend als eine Fälschung der

CIA bezeichnet wurde. Wie ein unbekannter Text oder bestenfalls Gerüchte, die damals in den kommunistischen Ländern als staatsfeindliche Hetze mit etwa zehn Jahren Haft bestraft wurden, Wirkung von welthistorischer Bedeutung entfalten konnten, bleibt ein Geheimnis. Das angewandte Argumentationsmuster ist aber für Kommunisten charakteristisch: Die Ziele werden erst nachträglich konstruiert, was es einfach macht, die Entwicklung rückwirkend als historisch zwingend notwendig zu interpretieren. Dieses Erzählmuster garantiert, dass Geschichte immer als eine Kette von Erfolgen erzählt wird und der Erzähler als Vollstrecker der Geschichte auftreten kann.

### **Zur „Geheimrede“ und ihrer Wahrnehmung**

In seiner „Geheimrede“ beschränkte sich Chruschtschow auf Verbrechen Stalins, die nach 1934 stattfanden und auf Kommunisten als Opfer. Im Jahr 1934 war der „gute“ Stalin „böse“ geworden. Das bedeutete, dass der erste Fünfjahrplan von 1928-33 und die Zentralplanwirtschaft sowie die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft außerhalb der Kritik blieben. Russische Historiker weisen der „Geheimrede“ vornehmlich eine Funktion in den Führungskämpfen im Kreml nach Stalins Tod zu: 1953 hatte Chruschtschow seine Konkurrenten Berija, 1955 Malenkov und 1957 schließlich Molotow entmachtet. In der russischen Sozialgeschichte markiert die Rede das „Ende der Nachkriegszeit“, in die in der russischen Wahrnehmung auch die „düsteren“ 1930er Jahre einfließen. Danach habe die Entwicklung der Sowjetunion zum „Wohlfahrtsstaat“ begonnen, gesellschaftlicher Gehorsam wurde nicht mehr allein durch Terror erzwungen, sondern mit Konsumangeboten erkaufte. In Mitteleuropa, wo der Wohlstand an westlichen Standards gemessen wurde, wurde über Delegitimierung der regionalen Parteiführer als Stalins Erben oder auch über eine – verkürzt gesagt – Renten-Garantie für die Parteibürokratie diskutiert, die Chruschtschow als Basis der erneuerten Parteidiktatur einsetzte. Aus chronologischen Gründen ist es schwierig, hierzu generelle Aussagen zu treffen: Die „rehabilitierten Nationalkommunisten“ Gomulka und Kadar wurden in Polen und Ungarn 1956 Parteichefs, Husak in der Tschechoslowakei erst 1969. Chruschtschow selbst sagte 1956 dem jugoslawischen Botschafter, dass die Kritik Stalins dem Westen die Stärke der UdSSR und des Kommunismus zeigen sollte.

Wie schon erwähnt waren im Rahmen einer gesteuerten und kontrollierten Kampagne in den osteuropäischen kommunistischen Parteien Teile der

„Geheimrede“ zu diskutieren und Stalins „Personenkult“ zu verurteilen. In jedem Land wurde die Kampagne anders organisiert, wobei die Bevölkerung aus dem West-Radio mehr erfuhr als in den geschlossenen Parteiversammlungen. Sehr groß war das Misstrauen, weil allgemein bekannt war, dass jede Wortmeldung später Folgen hatte. Eine Diskussion kam so nicht in Gang. Als der sowjetische Kontrolleur dem Sekretär des Zentralkomitees der SED und Mitglied ihres Politbüros Karl Schirdewan im Sommer 1956 deshalb Inaktivität vorhielt, antwortete der zweite Mann in der SED, dass in der DDR nicht nur „die Massen“, sondern auch SED-Mitglieder „keine Zeit für unnötige scholastische Diskussionen“ hätten. Nach der Wende wurde Schirdewan, den Ulbricht 1958 entmachtete, zum „Führer der antistalinistischen Opposition in der SED“ stilisiert. 1996 erinnerte er falsch, dass er vor der „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU, an dem er als Mitglied der SED-Delegation teilnahm, vom Massenterror in der UdSSR nichts gewusst hätte. Dabei war er damals schon einige Monate mit der Rückführung deutscher Kommunisten aus sowjetischer Haft beschäftigt gewesen. Außerdem konnte man darüber schon in den 1930er Jahren in den Zeitungen lesen.

Legenden strickten auch später zu Demokraten mutierte frühere west-



Jan Foitzik **Rudolf Leppin**

deutsche Kommunisten: Sie haben später Ulbrichts Satz, dass Stalin nicht mehr als Klassiker des Marxismus zu betrachten sei, zu einer Offenbarung aufgeblasen. Der Satz stand zwar am 4. März 1956 im „Neuen Deutschland“, war aber bereits im öffentlichen Teil des XX. Parteitags gefallen. Folgt man sowjetischen Kontroll-Meldungen erreichte Ulbricht mit diesem Satz „in der westdeutschen KPD Wut der mittleren Funktionäre“ nur deshalb, weil er noch im Februar Stalins „Kurzen Lehrgang“ als Grundlage der ideologischen Vorbereitung gelobt hatte. Im gleichen Artikel vom 4. März 1956 schrieb Ulbricht aber auch über „verschiedene Formen des Übergangs zum Sozialismus“, das war ein offizielles Zugeständnis Chruschtschows an die Jugoslawen, wobei die DDR – so Ulbricht – den ihren seit 1945 auf demokratischem und parlamentarischem Weg vollziehe. Diese Aussage musste aufgrund einer sowjetischen Intervention zwar korrigiert werden, weil dabei die Befreierrolle der UdSSR nicht angemessen eingeschätzt wurde. Generell habe es aber, so Ulbricht, in der DDR keinen „Personenkult“ gegeben, die SED habe vielmehr schon 1952 damit begonnen, gegen solche Erscheinungen vorzugehen. Das war die offizielle Sprachregelung der SED bis 1989/90 und viele glauben das noch heute. Einige Details wirken zwar heute kleinlich, doch damals galten sie als zentral. So galt beispielsweise Stalins Theorie über die „gesetzmäßige Verschärfung des Klassenkampfes“ in Moskau, Warschau und Prag 1956 als falsch, in der SED-Spitze aber wegen der deutschen Teilung als unverzichtbar.

Unter massiver sowjetischer Kritik standen am Jahresende 1956 DDR-Zeitungen. Grund dafür waren kritische bis mutige Kommentare. So hieß es im „Sonntag“, der „Wochenzeitung für Kultur, Politik und Unterhaltung“ des Ost-Berliner Aufbau-Verlags, ironisch, dass nach dem XX. Parteitag in der DDR das „Kleine Einmaleins“ revidiert worden sei: Das geltende Axiom  $2 \times 2 = 9$  wurde für fehlerhaft erklärt und die neue Wahrheit mit  $2 \times 2 = 7$  festgelegt. In der Bevölkerung wurde als „Stalins größter Fehler – die Oder-Neiße-Grenze“ als „grobe Verletzung der leninschen Normen in der nationalen Frage“ diskutiert. Als Beschleuniger wirkte die „Geheimrede“ nur in Polen und in Ungarn, in der DDR reagierte man erst auf die dortigen Ereignisse. In beiden Ländern war die ökonomische Lage besonders prekär und die zerstrittenen Fraktionen in den Parteiführungen benötigten den Druck der Straße, um die Machtfrage zu klären. In der DDR und in der Tschechoslowakei löste die „Geheimrede“ keine Massenbewegung aus, hier war schon nach den Unruhen von 1953 eine politische Kurskorrektur erfolgt.

Das politische Interesse orientierte sich hier stärker am österreichischen Neutralitätsvertrag von 1955 und an Deklarationen Moskaus über „verschiedene Wege“ zum Sozialismus, damit verbunden waren Hoffnungen auf einen von Moskau unabhängigen „Dritten Weg“ nach jugoslawischem Vorbild. Mittel- und langfristig zerstörten die enttäuschten Erwartungen den Glauben an die sowjetische Politik und Ideologie, auch bei den Parteimitgliedern; in der Bevölkerung säten die Ereignisse neues Misstrauen zum Regime. Pathetisch formulierte ein tschechischer Historiker, dass der Phase der „Illusion des Wandels“ ein „Wandel der Illusion“ folgte.

Greifbare Resultate der Geheimrede waren, dass in der DDR im Sommer/Herbst 1956 etwa 21.000 politische Häftlinge entlassen wurden. Amnestien gab es bereits 1952 in Polen, 1953 in der DDR und CSR, 1955 in der CSR und 1956 abermals in Polen und in der DDR. Gleichzeitig liefen aber in allen Ländern politische Strafprozesse weiter.

### **Politischer Hintergrund**

Die neuen Sprachregelungen, die in den öffentlichen Verhandlungen des XX. Parteitags fielen, werden in der Geschichtsschreibung meistens übergegangen. Als neue Begriffe tauchten auf: „sozialistische Länder“, „sozialistisches Weltsystem“, „Systemcharakter“. Die Doktrin von der „friedlichen Koexistenz“ und vom „friedlichen Wettkampf der Systeme“ war nicht unbedingt neu, denn sie soll Stalin schon 1952 verkündet haben, abgesehen von seiner Zusammenarbeit mit Hitler-Deutschland 1939-41 oder mit den USA und Großbritannien 1941-45.

Mit dem Warschauer Pakt von 1955 war „das System der sozialistischen Länder“ völkerrechtlich zementiert worden, es folgten Verträge der UdSSR mit der DDR, Polen und Ungarn über die „zeitweilige Stationierung“ sowjetischer Truppen. Was Chruschtschow 1956 tatsächlich im Schilde führte, verrät eine streng geheime Beratung über langfristige ökonomische, politische und militärische Zusammenarbeit, die im Januar 1956 im Vorfeld des XX. Parteitags in Moskau stattfand. In osteuropäischen Archiven sind dazu keine Dokumente überliefert. Vertreten waren auf der Beratung neben den Führern der osteuropäischen „regierenden“ Parteien und der UdSSR auch Chinesen. Aus Osteuropa waren auch die Regierungschefs, die Leiter der Obersten Planungsbehörden und Verteidigungsminister sowie eine Vielzahl von Fachberatern anwesend, ebenfalls die sowjetischen Botschafter in den Volksdemokratien und die volksdemokratischen Botschafter in der UdSSR.

Im Vorfeld der Beratung hatte das Informationskomitee beim Außenministerium der UdSSR, eine geheimdienstlich arbeitende Analyseeinrichtung, detaillierte Berichte über die wirtschaftliche und innenpolitische Lage in den Ländern des Ostblocks erstellt. Hauptziel der Konferenz war die Koordinierung der Wirtschaftspläne für 1956-60 und zwei/drei weiterer Fünfjahrespläne. Außerdem wurden außen- und militärpolitische Fragen besprochen.

In den Analyseberichten hieß es, dass sich in allen osteuropäischen Ländern der Lebensstandard in den Jahren 1951-53 gegenüber 1950 gesunken war. Die Koordination der Wirtschaftspläne und eine „einheitliche Linie der Volksdemokratien“ im Außenhandel mit kapitalistischen Ländern sollte „Unabhängigkeit vom kapitalistischem Markt“ schaffen. Die koordinierten nationalen Fünfjahrespläne brachen in einigen Ländern noch 1956 zusammen: Sie waren nicht einmal auf dem Papier stimmig.

Im außenpolitischen Teil wurde u. a. die Integration Jugoslawiens in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und den Warschauer Pakt sowie seine ideologische Rückkehr in die „sozialistische Familie“ angestrebt. Innerhalb der geheimen Papiere war noch geheim, dass – wie der jugoslawische Botschafter in Moskau berichtete – die UdSSR bereits im Mai 1955 Jugoslawien einen Kredit von 200 Millionen US-Dollar anbot, wovon 50 Millionen die DDR übernehmen sollte. Tatsächlich ging es also um die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien und damit um die Fixierung der nach 1945 in Europa entstandenen Grenzen. 1957 tauschten Belgrad und Ost-Berlin zwar Botschafter aus, einen Kredit bekam Belgrad aber weder von Moskau noch von Ost-Berlin.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die „Geheimrede“ lediglich den völlig gescheiterten Plan der ökonomischen „Weiterentwicklung“ des sowjetischen Imperiums verdeckt. Die Konsolidierung des Erbes Stalins gelang Chruschtschow nur im politischen und militärischen Bereich: Die sowjetische Hegemonie blieb unangetastet und wurde völkerrechtlich festgeschrieben.

## **Ergebnisse**

Nur einige Schlaglichter: Wenn man unter „Stalinismus“ das Dogma versteht, dass „der Kommunismus der einzig mögliche, historisch notwendige Entwicklungsweg der Menschheit“ ist, dann änderte sich daran nach 1956 bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 nichts. Die „führende ideologische Rolle“ der Sowjetunion wurde nicht einmal durch Gorbat-

schow infrage gestellt, seine Perestroika war für alle Länder des Ostblocks als Zwangsmedizin gedacht. Die „Geheimrede“ versetzte nur dem Glauben an die Ideologie einen Schlag. Die militärpolitische Hegemonie der UdSSR über Osteuropa war nach 1956 sogar gewachsen: Stalin intervenierte nicht militärisch in Jugoslawien, aber Chruschtschow 1956 in Ungarn, Breschnew 1968 in der Tschechoslowakei und 1979 in Afghanistan, Gorbatschow zuletzt noch im Baltikum (Litauen), um „die sozialistischen Errungenschaften“ bzw. den imperialen Besitzstand zu verteidigen.

In den osteuropäischen Verfassungen wurden die „führende Rolle der kommunistischen Partei“ und das „ewige Bündnis mit der Sowjetunion“ erst nach 1956 festgeschrieben. Noch 1989 beriefen sich die Regierungen in Ost-Berlin und Prag vergeblich auf den „Rechtsstaat“. In Moskau überschätzte man die Bindungskraft der von Chruschtschow begonnenen und durch Breschnew forcierten „Verrechtlichung“ der internationalen Beziehungen und des „sozialistischen Weltsystems“. Die Helsinki-Erklärung von 1975 galt in Moskau noch unter Gorbatschow als „Niederlage des Westens“ und „erster Schritt zu dessen Finnlandisierung“ (Andrei Gratschow, Pressesprecher von Gorbatschow).

In der DDR und in der CSR endeten 1956/57 die Lockerungen, die das Regime der unzufriedenen Bevölkerung 1953 gewähren musste: Der nach 1953 eingetretene Zerfall der landwirtschaftlichen Produktionsgesellschaften wurde gestoppt und in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre Kurs auf eine Kollektivierung der Landwirtschaft genommen, ein zentrales Element des „Stalinismus“. Nur Polen folgte dem jugoslawischen Beispiel und verzichtete auf die Kollektivierung. Von den Lockerungen blieb in Polen nach 1957 nur die kulturelle Autonomie der katholischen Kirche übrig, die jedoch nicht vom Regime „gewährt“, sondern gegen den Staat von der Kirche errungen und verteidigt wurde. Weitere Unterschiede zwischen den Ländern ergaben sich aus kulturellen und historischen Gründen. Die DDR-Grenze nach Westdeutschland beispielsweise war bis 1961 offen, die Unzufriedenen wanderten ab, so dass in der DDR weniger Protest entstand als in anderen Ländern (so Ulbricht gegenüber Chruschtschow 1963).

In der Innenpolitik haben sich nach 1956 nur die Methoden der Machtausübung geändert, nicht die Machtmechanismen, ihre Funktion und Legitimation; auch der Nationalismus wurde bereits unter Stalin gezielt als hilfsweise legitimatorische Stütze der kommunistischen Parteien eingesetzt.

Chruschtschow konsolidierte 1956 lediglich das Erbe Stalins.

Die kommunistischen Parteien wirkten weiterhin als einzige autonome Organisation in einem System, in dem ihr alle anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen untergeordnet waren. Der neue „Gesellschaftsvertrag“ garantierte Sicherheit für Gehorsam und Unterwerfung, Selbstzensur und Selbstkontrolle (Jacques Rupnik). Eine typologische Differenz zwischen einer stalinistisch-totalitären und einer posttotalitären Phase sei nicht in der Struktur der geschichtlichen Entwicklung zu entdecken, sie ist auf die normativen Prämissen der Deutung zurückzuführen (Oldrich Tuma). Die Chruschtschowsche Modernisierung des Systems bei Beibehaltung der alten Regelungsfunktionen traut man in Russland auch Stalin zu (Juri Axjutin). – Es wäre lediglich eine Fleißaufgabe, im einzelnen zu belegen, dass Stalin als der Vordenker der „Entstalinisierung“ betrachtet werden könnte. – Die Umkehrbarkeit der Chruschtschowschen Reform unter Breschnew wird als weiterer Beleg für die Systemkontinuität angeführt (Juri Affanasjew). Ähnlich argumentierte Stefan Plaggenborg, der von einer stalinistischen Strukturkontinuität bis in die Zeit der Perestroika spricht und Entstalinisierung als eine Parallelerscheinung der stalinistischen Strukturkontinuität ansieht.

Nicht die „Geheimrede“, sondern „Budapest“ befestigte die Wahrnehmung des Jahres 1956 als eine historische Zäsur. Im Baltikum wurden die Ereignisse bereits als „der Anfang vom Ende“ wahrgenommen, wie KGB-Berichten entnommen werden kann, in Mitteleuropa, das über den brutalen Terror durch westliche Radiosendungen besser informiert war, begrub die brutale Intervention der sowjetischen Armee die Hoffnung auf mehr demokratische Freiheiten und nationale Unabhängigkeit. Und auch in Westeuropa reagierte die Bevölkerung unmittelbar, 1957 entstand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

### **Stichwort: Repression**

Oft kann man lesen, dass der „Massenterror“ nach 1956 durch „umfangreiche Kontrolle und Prävention sowie selektive Repression“ ersetzt wurde. Das ist schon insoweit ungenau, als Terror nicht Umfang, sondern Unberechenbarkeit charakterisiert. Die nationalhistorischen Perspektiven unterscheiden sich stark voneinander: So wurde die extrem starke polnische Geheimpolizei 1955/56 zurückgebaut, die ostdeutsche und tschechoslowakische aber erst zu Beginn der 1960er Jahre ausgebaut. 1989 entfiel in

Polen ein hauptamtlicher Staatssicherheits-Funktionär auf 1564 Einwohner, in der DDR auf 190 und in der CSR auf 780 (nur bedingt vergleichbar wegen der unterschiedlichen inneren Organisation).

Im gewissen Sinne wurde der unter Stalin im Geheimen praktizierte Massenterror 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Budapest, 1968 in Prag öffentlich durch sowjetische Truppen ausgeübt. Einschüchterung und Furcht sind ebenfalls Elemente des Terrors. In der UdSSR wurden zwischen 1957 und 1964 in elf Fällen Truppen gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung eingesetzt (264 Tote), unter Breschnew gab es bei solchen Einsätzen in den Jahren 1965-82 71 Tote. Zur prophylaktischen Bekämpfung von Massenunruhen setzte der KGB nebenbei doppelt so viele Spitzel ein als von ihnen verdächtige Personen gemeldet wurden.

Die Hinrichtung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy 1958 dokumentierte, dass auch der individuelle Terror nicht ausgedient hatte; in der Tschechoslowakei wurden nach 1968 gleich mehrere hunderttausend Personen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen: „Sie verloren zwar nicht das Leben, aber die Existenz“ (Oldrich Tuma).

# Der ungarische Volks- aufstand

**1956**

---

György Dalos

György Dalos, geboren 1943 in Budapest, studierte von 1962 bis 1967 an der Moskauer Universität und war Mitglied der Ungarischen KP bis 1968, als er wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten“ Berufs- und Publikationsverbot erhielt. 1984 erhielt er ein Stipendium des Berliner DAAD und arbeitete an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen. Von 1987 bis 1995 lebte er abwechselnd in Wien und Budapest und arbeitete u.a. für deutsche Rundfunkanstalten und Zeitungen. Von 1995 bis 1999 leitete er das Ungarische Kulturinstitut in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen und Preise. György Dalos lebt als freier Schriftsteller in Berlin.

Transkribierte Rede gehalten am 8. September 2016 auf dem 14. Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit – Bützower Häftlingstreffen.

Zwischen den verschiedenen Aufständen und Protesten in Osteuropa gab es Wechselwirkungen nicht nur zwischen Ungarn und Polen, es gab auch sehr starke Zusammenhänge mit der DDR. Am wichtigsten war wohl die Tatsache, dass die sowjetische Führung nach Stalins Tod plötzlich ein Problem erkannte, dass sie früher vielleicht nur geahnt hatte. Dass sich nämlich der Ostblock insgesamt in einem ziemlich kläglichen Zustand befand und Unzufriedenheit immer stärker aufkam. Dabei nahmen die Sowjets merkwürdigerweise zwei Länder besonders aufs Korn, und zwar die DDR und Ungarn. Die DDR, das ist klar, das war der Vorposten der Sowjets und da waren die sowjetischen militärischen Interessen direkt bedroht. Die sowjetische Führung ahnte, dass die DDR – auch auf Grund der Moskauer Vorgaben – eine Politik betrieb, die allmählich alle gesellschaftlichen Schichten gegen die Partei aufbrachte. Deswegen wurde Anfang Juni eine DDR-Delegation nach Moskau gerufen und dort wurden ihnen so lange die Leviten gelesen, bis sie ihre Fehler anerkannten. Die Zusammensetzung der Delegation war natürlich von Moskau bestimmt worden. Es war Anfang Juni und damit auch ein bisschen spät, weil die verhängnisvollen Entscheidungen schon getroffen worden waren, die dann zur Rebellion führten. Es waren die Normen, das Normensystem, die offensichtlich den schwachen Punkt der Politik der SED ausmachten. Daneben gab es natürlich auch andere Probleme wie die Kirchenverfolgung. Nur eine Woche später wurde eine ungarische Parteidelegation nach Moskau beordert. Das war kurz nach Stalins Tod und die sowjetische Führung stellte sich nach außen noch als geschlossen dar. Chruschtschow, Berija, Molotow und Kaganowitsch hatten ihre Machtkämpfe noch nicht ausgefochten und es war nicht klar, wer wirklich Stalins Nachfolger werden würde. Aber jeder mögliche Nachfolger wusste, dass man in Osteuropa etwas tun musste. Man musste Osteuropa stabilisieren.

Nun, auch die ungarische Delegation wurde von den Sowjets selber zusammengestellt. Sie sagten eindeutig, wen sie in Moskau sehen und wen sie lieber nicht sehen wollten. Dies weiss ich von Gesprächen mit Beteiligten dieser Delegation, und zwar von András Hegedüs, dem späteren Ministerpräsidenten Ungarns, der sich dann in den 70er Jahren der demokratischen Opposition annäherte. Er hat mir erzählt, dass einige der hohen Genossen im Politbüro allein durch die Tatsache, dass Stalins Nachfolger sie nicht in der Delegation haben wollten, verstanden, dass sie in Missgunst gefallen waren. In der Gunst fühlten sich andererseits diejenigen, die nach Moskau

fahren durften. Rákosi selbstverständlich, er war damals sowohl Partei- als auch Regierungschef.

Und dann ein Mann, von dem man bis dahin relativ wenig wusste, Imre Nagy. Ein Altbolschewik und Agrarfachmann, der mehrmals fast als einziges Mitglied des Politbüros scharf kritisiert wurde. Er hatte nämlich bereits '49/50 das Tempo der Kollektivierung als zu hoch kritisiert und musste daraufhin, wie das bei den Kommunisten üblich war, ein Disziplinarverfahren durchlaufen. Er war aber aus Moskau als Exilkommunist gekommen und es gab einen geheimen Beschluss, dass niemandem von diesen Moskauer Exilkommunisten der Prozess gemacht werden durfte. Das hätte nämlich die Wachsamkeit der sowjetischen Genossen in Zweifel gezogen. Jemand, der in den 30er Jahren dieses Fegefeuer durchgemacht hatte, der musste schon ein guter Genosse sein. Nun, Imre Nagy war ein guter Genosse, allerdings hatte man ihn zum Minister für das landwirtschaftliche Abgabewesen ernannt, was einer kommunistische Gewohnheit folgte: Wenn du mit etwas nicht einverstanden bist, wirst du bestimmt, diese Politik zu verwirklichen. Dieses Erfassungs- und Abgabesystem kannte man auch in der DDR. Man hat selbst von den einfachsten Bauern alles beschlagnahmt und so, mit Zwang und Bestrafung, die Landwirtschaft ausgeraubt.

Nun, Imre Nagy war nicht mehr und nicht weniger als ein nüchtern denkender Genosse, der seiner Partei helfen wollte. Warum ihn Moskau einlud, das hat er vielleicht geahnt. Er wollte eigentlich nur ein bisschen die Kollektivierung verlangsamen, aber was die ungarischen Genossen dann erwartete, das war eine enorme Überraschung. Mitglieder des sowjetischen Politbüros hatten aufgrund ihrer Geheimdienstinformationen die Lage in Ungarn klar erkannt. Sie wussten, wie viele Leute unschuldig in den Gefängnissen saßen, sie wussten ganz genau über die Finanzen in Ungarn Bescheid und sie brachten Rákosi dazu, das Amt des Ministerpräsidenten aufzugeben und stattdessen Imre Nagy zu ernennen. Das Ganze entsprach auch dem Geist der damaligen Zeit. Auch in der Sowjetunion hatte man die Funktion des Parteiführers und des Regierungschefs getrennt. Das war sozusagen eine Demonstration eines beginnenden, wenn auch nicht Rechtsstaats, so doch eines mehr zivilen Umgangs mit der Macht.

Die ungarischen Genossen waren wirklich völlig verzweifelt aufgrund der sowjetischen Kritik. Sie wurden gezwungen, ähnlich wie die DDR-

Genossen, das Reformprogramm selber auszuarbeiten. Noch in Moskau und am Wochenende schrieben sie ein Programm der Entfaltung, das alle möglichen Versprechungen enthielt: Die Kollektivierung sollte gestoppt, das Normensystem gelockert und die Internierungslager aufgelöst werden, allmählich sollten Rehabilitierungen in die Wege geleitet werden, wenn auch nicht zu schnell.

Nachdem sie dieses Programm eingereicht hatten, kam es zu einer zweiten Runde mit dem sowjetischen Vorschlag, Imre Nagy müsse Ministerpräsident werden. Die Begründung war aber verhängnisvoll. Die Sowjets haben das so formuliert, dass man auf nationale Kader zurückgreifen muss. Und das bedeutete: auf nicht-jüdische. Imre Nagy war ein Bauernsohn, während viele Mitglieder des damaligen Politbüros und des Apparats jüdischer Herkunft waren, obwohl sie außer der Herkunft nichts mit dem Judentum zu tun hatten. Aber in Ungarn, in einem Land, wo der Antisemitismus ähnlich wie in Polen sehr tiefe Wurzeln hat, sprach diese Frage tiefe Ressentiments an. In der Folgezeit akzeptierten die Ungarn Imre Nagy als nationalen, als ungarischen Kader, während die Sowjets in ihm vor allem den Genossen sahen, der ihnen ihre Politik erleichtert.



György Dalos **Rudolf Leppin**

Und dann begann das große Problem. Diese Delegation ist am 17. Juni 1953 in Budapest am Militärflughafen eingetroffen und ihre Genossen, die sie schon zitternd erwarteten, erzählten ihnen von dem Berliner Aufstand, was eine Panik auslöste. Rákosi wusste, dass er jetzt in den Hintergrund treten musste und das neue Programm nicht vertreten konnte, das überließ er Imre Nagy. Der war so ein altmodischer Herr mit einem ewigen Zwicker, der völlig provinziell aussah und einen südungarischen Akzent hatte. Er trat mit dem neuen Programm im Parlament auf und ohne das zu wollen, ist er Hoffnungsträger geworden. In seiner Rede führte er alles auf, was nun kommen wird, und die Ungarn akzeptierten ihn deshalb. Nicht weil er nationaler Kader war, sondern weil er normal sprach ohne Papier in der Hand.

Ebenso wie Gomulka in Polen hat er sehr große Hoffnungen geweckt und das war für viele der Anfang einer besseren Zeit. Wie die schlechten Zeiten waren, das wusste man: Die Schauprozesse gegen Kommunisten und Nicht-Kommunisten, massenhafte Verhaftungen und Internierungen von Bauern, die Zwangskollektivierung, die Verfolgung der Kirche, vor allem der katholischen, und die absolute Gleichschaltung von Presse und Medien. Das war die Vergangenheit.

Aus meiner Familie weiss ich das Folgende: Eine Großtante von mir war 25 Jahre alt, eine junge Dolmetscherin und Sozialdemokratin. Sie wurde Ende Mai 1949 festgenommen und wurde dann im Prozess Rajk als Zeugin vorgeladen. Vorgeladen aus der Gefängniszelle, aufgepäppelt und in zivil. Sie hat dann im Prozess Rajk, der im Radio übertragen wurde, ihre Rolle gespielt und weitere sechs Jahre gesessen. Ihre Eltern waren arme jüdische Handwerker, beide Sozialdemokraten bis sie mit den Kommunisten zwangsvereinigt wurden. Die Eltern wussten viereinhalb Jahre lang nicht, wo ihre Tochter war. Und die Frau ist jeden Tag zu ihrem kleinen Gemüsegeschäft an dem Gebäude vorbeispaziert, in dem die Tochter saß. Aber im November 1953 durften die Familienangehörigen aufgrund von Imre Nagys Anweisungen zum ersten Mal Briefe und Pakete in das Gefängnis schicken. Das war in dieser Situation eine enorme Erleichterung für die Gesellschaft, man hat aufgeatmet. Aber Rákosis Leute wollten sich damit nicht abfinden, sie hatten ihre Leute in Moskau und weil die Machtkämpfe dort noch nicht ausgefochten waren, konnten beide Linien in der Partei gleichzeitig wirken. Also Nagy wollte Reformen, Rákosi wollte, wenn überhaupt, nur Scheinreformen und beide standen persönlich gegeneinander. Aber nach dem

Besuch in Moskau hat Imre Nagy unter anderem die Kultur freier gemacht. Zwar wurde die Zensur nicht abgeschafft, aber bestimmte Zeitungen, vor allem die literarische Zeitung, konnten plötzlich Sachen im Sinne der neuen Linie publizieren, die früher nicht möglich waren. Ähnlich wie in Polen kam es zu einer allmählichen Lockerung. Das hat dann aus den Schriftstellern und Künstlern eine Art politische Avantgarde gemacht, die mehrheitlich kommunistische Parteimitglieder waren, aber nun mit schlechtem Gewissen. Also wenn einer zu Stalins oder Rákosis Geburtstag Hymnen gesungen hat und nun plötzlich seinen eigenen Irrtum erkannte, der versuchte, diesen Irrtum zu korrigieren, und so sind die kommunistischen Intellektuellen zur Avantgarde der gesellschaftlichen Veränderungen geworden. Die Nicht-Kommunisten schwiegen, weil sie nicht wussten, wie lange diese Periode dauern würde, und weil sie sich mehr bedroht fühlten. Aber wie sich die Situation weiterentwickelte, hatte die Partei eine immer größere Opposition in den eigenen Reihen. Also diejenigen Schichten, die die Möglichkeit hatten, ihre eigenen Ansichten überhaupt zu artikulieren, die haben rebelliert. Und sie wollten diese Demokratie, denn die hieß doch Volksdemokratie. Ein unglaublicher Begriff, da dies ja Volks-Volks-Herrschaft bedeutet. Also ein Kunstbegriff, aber sie wollten diese Demokratie ernst nehmen und das war bedrohlich für große Teile des Apparats. In dieser Situation ist es Rákosi mit Moskau Hilfe gelungen, Imre Nagy zu verdrängen. Er wurde sogar aus der Partei ausgeschlossen.

Da kam der zweite verhängnisvolle Schlag und das war der XX. Parteitag 1956. Imre Nagy war schon in Rente geschickt, Rákosi hatte die Alleinherrschaft und plötzlich hielt Chruschtschow seine Enthüllungsrede. Während dieser Enthüllungsrede war auch wieder eine ungarische Delegation in Moskau. Sie haben den Text der Geheimrede aber erst später als Telegramm bekommen. Die Geheimrede fand an einem Samstag statt und an dem Tag mussten die Brüderparteien warten, man hatte Betriebsbesuche und andere Programme für sie organisiert. Erst am nächsten Tag gab man ihnen also die Rede mit Stalins Verbrechen in die Hand, die sie aber nicht mitnehmen durften, sie durften sie nur lesen. Rákosi machte sich natürlich auch so seine Gedanken. Also wenn Stalin ein Verbrecher war und er, wie er sich selber nennen ließ, Stalins bester ungarischer Schüler, dann war es möglich, dass die Noten dieses besten Schülers korrigiert werden würden. Als sie zurückkamen, wurde er mit einer Situation konfrontiert, in der die ganze Intelligenz und die Partei gegen ihn und der Meinung waren, Rákosi

müsse gehen. Andere müssten kommen und manche meinten, dass dies Imre Nagy sein sollte, wieder andere waren für die authentischere Persönlichkeit János Kádár. Aber die Beiden waren selbst nach Rákosis Rückkehr vom XX. Parteitag nicht stark genug, sich durchzusetzen.

Und dann kam noch eine peinliche Frage, wobei plötzlich alle Fragen peinlich waren. Man forderte die Rehabilitierung des Innenministers Laszlo Rajk, der 1949 nach einem im Rundfunk gesendeten öffentlichen Schauprozess hingerichtet worden war. Und auch alle anderen Hauptangeklagten wurden entweder hingerichtet oder zu Kerker verurteilt. Soweit sie noch lebten kamen sie aufgrund einer Amnestie allmählich aus den Gefängnissen heraus und wurden langsam rehabilitiert. So wurde auch meine Großtante aus dem Gefängnis entlassen. Der Grund ihrer Verurteilung war, dass sie drei westliche Sprachen gesprochen hat und westliche Sprachkenntnisse galten in einem solchen Verfahren als Spionageverdacht. Diese arme Frau, sie hatte keine Ahnung von Politik. Sie hat nur im Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei gearbeitet, solange diese Partei noch bestand. Schließlich hat sie eine Ein-Zimmerwohnung und 10.000 Forint bekommen und damit basta.

Aber der Prozess gegen Rajk hatte einen Haken, denn er war eigentlich gegen Tito gerichtet. Man wollte Jugoslawien verunglimpfen. Aber Moskau hat '55 die Versöhnung mit Tito vollzogen. Das heißt, wer Rajk rehabilitierte, der musste sich auch mit Jugoslawien versöhnen und Jugoslawien, das war doch Ungarns Kriegsfeind im 2. Weltkrieg. Schließlich hat man zwei Sachen entschieden. Die Sowjets haben gesehen, dass Rákosi nicht haltbar war. Imre Nagy war aber auch nicht durchsetzbar. Rákosi haben sie Ende Juli 1956 ablösen lassen, ohne Imre Nagy oder Kádár an seiner Statt einzusetzen. Denn die Sowjets hatten Angst: Angst vor denjenigen, die keinen Wandel wollten, aber noch mehr Angst vor denjenigen, die eine irgendwie geartete Veränderung anstrebten. Eine völlig gelähmte politische Führung also.

Und das Land war völlig durcheinander. Der Anteil der landwirtschaftlichen Kooperativen an der Agrarproduktion ging von 40% auf 15% zurück. Die Arbeiter begannen zu streiken, aber die Lage war noch unter Kontrolle. Ende Juni, am Tag des Posener Aufstands war die ungarische Führung in Panik und suchte am Abend des Tages den sowjetischen Botschafter Juri

Andropow, den späteren KGB- und Parteichef, auf und sagte, dass sie ähnliche Ereignisse in Ungarn nicht mehr ausschließen können – obwohl es keine Anzeichen ähnlicher Ereignisse gab. Daraufhin haben die Sowjets ihre militärische Option unter dem Code Welle ausgearbeitet. Maßgebend war daran General Laschtschenko beteiligt, der am 17. Juni in Berlin die sowjetische, ich würde sagen, Flottendemonstration mit den Panzern organisiert hatte. Er war Rebellionsexperte und in Budapest Chef einer besonderen Gruppe sowjetischer Generäle, die einen Maßnahmeplan ausgearbeitet hatten, was im Fall einer Schwächung des ungarischen Regimes zu tun war. Soweit war die Bevölkerung aber nicht. Sie war nur begeistert von Polen, wo der Generalsekretär Gomułka große Veränderungen versprach.

Die Budapester Studenten hatten beschlossen, am 23. Oktober eine friedliche Sympathie-Demonstration für die polnischen Kommunisten zu machen. Gegen 12 Uhr hörten alle Radio. Damals gab es noch kein Fernsehen in Ungarn, das Radio war das absolute Medium. Und im Radio trat der Innenminister Piros auf und verbot jede Menschenansammlung. Das war 12 Uhr, aber diese Ansammlung war schon da und zwei Stunden später meldete sich wieder der Innenminister und genehmigte die Versammlung. Also beide Entscheidungen waren fehlerhaft, aber in dieser Reihenfolge



György Dalos    Rudolf Leppin

zeigte sich die absolute Unfähigkeit des Regimes. Und die Studenten, das waren junge kommunistische Studenten, teilweise Arbeiter- und Bauernsöhne und -töchter, die gingen friedlich auf die Straße. Was sie aber nicht merkten, war, dass sie immer mehr wurden: am Anfang waren sie 5.000 vor dem Haus des Schriftstellerverbandes, bei dem Denkmal waren sie schon 15.000 und in Buda bei dem Denkmal des polnischen Generals Bem bereits 40.000. Und dann endete die Tagesschicht der Arbeiter und die gingen aus den Betrieben direkt zur Demonstration. In den Nachmittagsstunden waren es schon 400.000 Menschen. Immer noch friedlich.

Die Demonstranten und die Parteiführung hatten Imre Nagy, der sich am Balaton als Rentner aufhielt, darum gebeten, nach Budapest zu kommen und den Feuerwehrmann zu spielen. Imre Nagy zögerte, er wollte mit diesen Leuten zunächst nicht zusammenarbeiten. Er zögerte, er war kein Mensch der schnellen Entscheidungen. Er ist aber dann angekommen, um acht Uhr ist er im Parlament erschienen mit diesem riesigen Platz, dem Kossuth-Platz, auf einem Balkon stehend. Es gab zunächst kein einziges Mikrofon und die Leute standen da und warteten auf die Worte. Imre hielt eine Rede wie ein richtig alter Genosse und die Menge skandierte: „Wir sind keine Genossen!“ und Imre sagte: „Ungarische Brüder!“ Daraufhin gab es noch mehr Begeisterung. Er hat eine völlig parteitreue Rede gehalten: „Wir werden das im Politbüro regeln“, „Wir werden die Demokratie bewahren“, „Singt die ungarische Hymne und geht in Frieden nach Hause“. Es ist ihm gelungen, die Masse zu beruhigen, ich glaube, indem sie diese Hymne sangen. Denn die Ungarn sind, wenn sie die Nationalhymne „Gott bewahre die Ungarn“ singen, friedlich. Dann aber sind diese Leute in zwei verschiedene Richtungen auseinandergeschieden, während Imre Nagy zum Zentralkomitee ging, um dort kooptiert zu werden und die Geschäfte zu übernehmen.

Es war spät am Abend, noch bevor Imre Nagy im Zentralkomitee ankam, rief der damalige Generalsekretär der Partei den sowjetischen Botschafter Andropow an und über Andropow bat Nagy Chruschtschow, die Sowjetarmee in Bewegung zu setzen. Das heißt, es gab nicht mal einen Versuch, diese Menge mit Wasserkanonen oder mit Tränengas aufzulösen. Die haben einfach von Anfang an damit gerechnet, dass die Russen die Sache schon in Ordnung bringen werden. Die Sowjets haben gezögert, weil sie große Angst davor hatten, in einer quasi friedlichen Zeit die sowjetische Armee in Bewegung zu setzen. Aber sie hofften auf einen Ostberlin-Effekt, dass,

nachdem die Panzer kommen, die Leute nach Hause gehen werden. Das war jedoch schon in Ostberlin nicht so einfach, aber Laschtschenko beruhigte die Genossen: „Ja, die Panzer tun das Ihrige.“

Ein Teil der Menge hatte zu dieser Zeit, es war neun Uhr abends, das Stalin-Denkmal gestürzt. Stellen Sie sich vor, ich wohnte direkt im Stadtzentrum. Die Straßen waren nach heutigen Maßstäben gemessen still und plötzlich hörte man, wie dieses zehn Meter hohe Denkmal fällt. Natürlich wussten wir nicht, dass es das Stalin-Denkmal war, aber diesen Krach hat man in ganz Pest gehört. Dann hat man das Denkmal durch die Stalinstraße mit Lastkraftwagen in die Innenstadt gezogen. Die Menge jubelte.

Der andere Teil der Menge stand vor dem Rundfunkhaus und wollte seine Forderungen verlesen, was die Intendantin aber ablehnte. Daraufhin begann ein Handgemenge. Nun wurden Soldaten geschickt, nicht Polizisten. Die ungarische Polizei war zu schwach, ebenso wie die Polizei der DDR war sie noch nicht voll entfaltet und sie hatte auch keine scharfe Munition. Die Soldaten aber waren zum Pech der kommunistischen Volksdemokratie Arbeiter- und Bauernkinder. Und die haben in dieser Menge keine ehemaligen Anhänger des Horthy-Regimes, sondern ihre eigenen Leute entdeckt: junge Arbeiter, Studenten und Schüler. Die Soldaten haben nicht geschossen, sondern ihre Waffen der Menge übergeben. Und die hat das Radio gestürmt, was nach Informationen der Staatssicherheit schwach verteidigt wurde und da hörte man gegen halb zehn auch die ersten Schüsse.

Zwischen Moskau und Budapest gibt es einen Zeitunterschied von zwei Stunden und um 22 Uhr Moskauer Zeit hat die sowjetische Führung die Invasion bewilligt. Die vorbereiteten Einheiten standen bei Székesfehérvár in Westungarn und dann geschah etwas, was es so in der DDR nicht gegeben hatte. Es kam Nebel auf, der die ganze Nacht lang dauerte und das bedeutete, dass die Hälfte der sowjetischen Panzer erst um fünf Uhr morgens in Budapest auftauchen konnte. Zu dieser Zeit organisierten sich bereits die ersten Gruppen der Aufständischen. Militärisch waren sie überhaupt nicht ernst zu nehmen, aber sie waren alle verzweifelt und, ich würde sagen, völlig fanatisch im Sinne der Abwehr der sowjetischen Invasion. Die sowjetische Invasion hatte etwas erreicht, was in Ungarn sehr schwer zustande zu bringen ist, nämlich die nationale Einheit. Kommunisten und Antikommunisten standen zusammen, durch die Invasion waren sie zu einer Koalition

geworden. Dabei meine ich natürlich die Reformkommunisten. Und da waren diese jungen Leute, die eine Waffe, den Molotow-Cocktail hatten. Die Panzer, die nach Budapest reinfuhren, wurden bedroht. Sie fuhren lediglich zu Demonstrationszwecken, aber sie waren durch die Molotow-Cocktails und durch aufständische Einheiten bedroht. Diese waren teilweise selbst in den Besitz von Panzern der ungarischen Volksarmee und anderer Waffen gekommen. Das waren, glaube ich, zwischen fünf- und achttausend Aufständische in mehreren Gruppen relativ gut ausgerüstet. Das war dann schon eine Gefahr für die Panzer, die nicht auf Straßenkämpfe vorbereitet waren.

Da kamen die sowjetischen Führer Mikojan und Suslow und sprachen von einer faschistischen Konterrevolution, obwohl man sah, dass es das Volk war. Der ehemalige ungarische Ministerpräsident András Hegedüs hat mir später erzählt, Mikojan, der persönlich sehr tapfer war, ging auf die Straße, sah diese Leute und sagte: „Das ist das Volk.“ Er hatte verstanden, dass man mehr Zugeständnisse machen musste. Imre Nagy wurde am frühen Morgen des 24. Oktober zum Regierungschef ernannt, die Partei hatte sich János Kádár an die Spitze gestellt. Das waren Gesten, die noch vor vier, fünf Monaten gut gewirkt hätten. Hier kamen sie völlig verspätet. Im Radio wurde nur gelogen. Jede Stunde wurde die Konterrevolution als besiegt erklärt. Und es lief eine einzige Schallplatte, eine Beethoven-Musik, es war unheimlich. Wir saßen da in unserer kleinen Wohnung, meine Großmutter und meine Mutter. Meine Großmutter war Hilfsarbeiterin in einer Genossenschaft, meine Mutter war Pförtnerin bei einer Baufirma und sie waren alle sehr beflissen. Sie wollten arbeiten gehen und ich hatte darauf gehofft, nicht in die Schule gehen zu müssen. Wir hörten nämlich die Kanonen, wir hörten auch die Panzer und der Hausmeister sagte: „Bleibt zu Hause. Es ist Krieg.“ Und es war wirklich wie im Krieg. Wenn man als 13-jähriger die Straße sah, erinnerte man sich an die sowjetischen Kriegsfilme, die wir reichlich gesehen hatten. Man wusste, was ein T 34 ist, man wusste, welche Rang-Abzeichen die verschiedenen Offiziere trugen. Und die Leute waren zum Teil ja noch die Kriegsgeneration.

Und die kriegsähnliche Situation, die daraus entstand, dass weder die eine noch die andere Seite sich durchsetzen konnte, führte zu einem totalen Chaos. Die Staatssicherheit, die Angst hatte, dass sie von den Parteigrößen geopfert werden würde, hat fanatischen Widerstand geleistet. Am 25.

Oktober haben sie vor dem Parlament das Feuer auf die friedliche Menge eröffnet. 60 Tote und 300 Verwundete waren das Ergebnis und das heißt, dass die Hölle los war. In dieser höllischen Situation sagten die ungarischen Genossen, es wäre besser, die sowjetischen Genossen würden Budapest verlassen. „Dann können wir Ordnung schaffen.“ Niemand glaubte das. Denn es war eine Situation, die nicht mehr repariert werden konnte. Ende Oktober haben die Sowjets aus taktischen Gründen die Hauptstadt verlassen und Imre Nagy war es zu dieser Zeit gelungen, Teile der Aufständischen, Teile der Volksarmee und der Polizei zu einer gemeinsamen, also zu so einer patriotischen Kraft zu entwickeln. Es begann eine Art Feuerpause und in dieser Ruhe hofften die Leute, dass Ungarn jetzt endlich frei sein würde. Die Aufständischen haben den Abzug der Sowjettruppen als ihren Sieg gefeiert, was militärisch nicht stimmte, aber sie klammerten sich an diese Hoffnung. Man kann nicht leugnen, dass es unter den Demonstranten nicht nur Gralshüter der Demokratie und nicht nur Systemverbesserer gab. Es gab auch Faschisten und es gab freigelassene Kriminelle und es kam zu Volksurteilen und Lynchjustiz.

Andererseits machte die Regierung immer mehr Zugeständnisse. Am 29. Oktober stellten sie das Mehrparteiensystem wieder her und die ersten Parteien wurden gebildet. Es waren die alten und auch die faschistischen Parteien nach '45 kleine Landwirte, Sozialdemokraten, Bauernpartei. Es sah zeitweilig so aus, dass trotz dieser ziemlich schrecklichen Szenen der Lynchjustiz und trotz des Chaos Ungarn zur Beruhigung kommen würde. Und dann wie der Nebel in der ersten Nacht kam es plötzlich zu einer anderen, fast meteorologischen Erscheinung, der Suez-Krise. Großbritannien und Frankreich zusammen mit dem Staat Israel griffen Ägypten an, um die Verstaatlichung des Suezkanals rückgängig zu machen. Zwischen den beiden Ereignissen gab es keinen direkten Zusammenhang, aber den Sowjets kam diese Suez-Krise absolut gelegen. Sie bedeutete, dass die UNO, in die Ungarn ein Jahr davor aufgenommen worden war, nun bei ihrer Vollversammlung zwei große Themen parallel behandeln musste, die Suez-Krise und die ungarische Frage. Die ungarische Frage war aber zweitrangig, weil es klar war, dass der Westen sich nicht einmischen würde. Es war, so würde ich sagen, ein abgekartetes Spiel seit der Konferenz von Jalta 1945, dass der Westen nicht eingreift. Ebenso wie die Sowjetunion nicht eingreifen würde, wenn in Frankreich zufällig die Kommunisten an die Macht kommen und wieder gestürzt werden. Also es waren geopolitische Entscheidungen, aber

die Suez-Krise war eindeutig ein den Weltfrieden bedrohender und einen nuklearen Konflikt heraufbeschwörender Akt, was bedeutete, dass die ganze ungarische Geschichte nur noch als Propaganda wirkte. Am 4. November sind die Sowjets wieder nach Budapest einmarschiert. Diesmal mit straßenkampffähigen Einheiten, die besser ausgerüstet und besser vorbereitet waren, und am 4. November stellte sich heraus, dass sie auch eine Gegenregierung mitbrachten, und zwar eine mit János Kádár an der Spitze.

Wo diese Regierung überhaupt gebildet wurde, ist ein Geheimnis geblieben. Einige meinten in Szolnok, andere wussten in Ungwar, Uschhorod und die dritten sagten in Moskau. János Kádár hatte zuletzt Anfang November eine Rede gehalten, wo er übrigens die Rebellion „den ruhmreichen Aufstand unseres Volkes“ nannte. Am gleichen Abend verschwand er in die sowjetische Botschaft und kam dann an der Spitze der Regierung zurück. Am 4. November um fünf Uhr hat Imre Nagy, der die ganze Woche schon im Parlament lebte und dort auch übernachtete, in einer Rede an die internationale Öffentlichkeit appelliert und die Sowjets für wortbrüchig erklärt.

Ja, da da gab es noch die kleine Episode mit der Neutralität, der würde ich aber eher eine symbolische Bedeutung zumessen. Nagy wollte die Sowjets damit unter Druck setzen. Die Forderung nach Neutralität lag sowieso in der Luft, seit Österreich, also unsere Schwäger wie die Ungarn sagen, 1955 ihre Neutralität bekommen hatte. Nun wollte die Masse des Volkes auch die Neutralität und Imre Nagy machte sich diese Forderung zu Eigen. Ich nehme an, er wusste, dass das eine Schnapsidee war, aber er wollte die Sowjets unter Druck setzen und hat Andropow zu sich gebeten. In den Zeitungen stand dann, dass Imre Nagy, der Vorsitzende des Ministerrates, Ihre Exzellenz, den sowjetischen Botschafter, also kein Genosse, zu sich gebeten und die Neutralität und den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärt habe. Das hat ihn den Kopf gekostet. Das war ein verzweifelter, ein symbolischer Schritt und ich glaube, unter uns gesagt, dass Imre Nagy kein guter Politiker war, aber dieser Schritt von ihm, der war historisch.

Die Sowjets haben mit Jugoslawien Geheimverhandlungen geführt. Tito versprach, er würde Imre Nagy unter Kontrolle halten, damit János Kádár seine Regierung etablieren kann. Und in der Tat, Imre Nagy hat seine letzte Rede gehalten und ist dann, ohne von den Sowjets angetastet zu werden, mit seiner Begleitung in Staatskarossen zur jugoslawischen Botschaft

gefahren. In seiner letzten Rede hat er zu keinem bewaffneten Widerstand aufgerufen, es gab aber einen verhängnisvollen Satz. Und der war typisch für Nagy, den Zögerer: „Unsere Truppen stehen im Kampf.“ Das haben die Aufständischen so verstanden, dass sie Widerstand leisten müssen. Der bewaffnete Widerstand dauerte dann noch ungefähr zehn Tage, bis die Sowjets allmählich diese kleinen Gruppen aufgerollt hatten. Der politische Widerstand aber dauerte länger, bis Januar, Februar '57. Denn es gab eine Gruppe, mit der die Regierung Kádár, die völlig isoliert war, nichts anfangen konnte: die Arbeiterschaft von Großbudapest und dem ganzen Land. Dieser Widerstand wurde erst irgendwann im Dezember aufgelöst und dann begann der wirkliche Terror im Januar, Februar, März. Imre Nagy und seine 42 Leute in der jugoslawischen Botschaft verließen am 22. November das Botschaftsgebäude, nachdem Kádár ein schriftliches Versprechen gegeben hatte, dass alle nach Hause gehen dürften und dass keine Strafverfahren gegen sie eingeleitet werden würden. Sie haben das Gebäude verlassen und wurden dann gleich von den Sowjets in eine Kaserne und von dort nach Rumänien, quasi ins politische Asyl gebracht. Das mit dem Asyl war natürlich eine Sache, die niemand glaubte. Die Sowjets wollten einfach Kádár helfen, seine ersten Maßnahmen einzuleiten, indem Imre Nagy und seine Anhänger samt Familien und Kleinkindern in Rumänien isoliert wurden. Im Grunde war dieser Aufstand also bis Ende Januar, Anfang Februar auch politisch liquidiert.

Ja, das war die eine Sache. Die zweite Sache war, dass die Regierung fast nichts gemacht hat. Drei führende sowjetische Kader haben zwei Monate



György Dalos **Rudolf Leppin**

lang praktisch Ungarn regiert, weil Kádár keine Parteimitglieder mehr hatte. Er hatte auch keine sonstigen Anhänger. Er war der am meisten geächtete Mann Ungarns und deswegen haben sie nur versucht, die Stimmung der Massen zu beruhigen. Eines der sehr tückischen Zugeständnisse war, dass einerseits Ausgehverbot herrschte und man andererseits erklärte, dass jeder, der Sachen im Pfandhaus hat, diese bis zum 31. Januar '57 kostenlos zurückerhalten kann. Woraufhin vor dem größten Pfandhaus in Budapest eine unglaubliche Menschenmenge stand. Die Leute haben ihre Sachen rausgenommen und wieder reingegeben, um an Geld zu kommen.

Die andere Sache, die Kádár neben dem Terror einleitete, war die Verbesserung der Versorgungslage mit Hilfspaketen aus dem Westen. Also stellen Sie sich mal vor, es gibt einen Ausnahmezustand, Menschenansammlungen auf der Straße waren verboten und die Lebensmittelgeschäfte waren mit Waren vollgefüllt. Die einzigen Menschenansammlungen im Ostblock waren die Schlangen. Man hat diese Schlangen aufgelöst im Dezember und Januar in den Lebensmittelgeschäften, in denen, Welch Wunder, Lebensmittel lagen. Ich stand da, ich war schon 13, ich wusste schon, was eine Orange ist, aber die 11-jährigen wussten das nicht, die fragten, was das für eine Frucht ist. Und diese westlichen Waren, die dänische Butter, holländischer Kakao, die es nie davor und nie danach in dieser Menge gab, die haben allmählich die Gemüter beruhigt. Und weil die Leute ohnehin wussten, dass der Westen nicht helfen wird, änderte sich allmählich die Stimmung.

220.000 Ungarn haben das Land dann über die offene Grenze verlassen. Auch das war eine Art Beruhigung für die Gesellschaft und es sah so aus, als ob das System noch einmal heil davongekommen sei. Umso absurder stellte es sich dar, dass der wirkliche Terror erst begann, als die Ruhe wiederhergestellt war. Da hat man Hinrichtungen verordnet, da hat man Imre Nagy zurück nach Budapest geholt und ihm in mehreren Anläufen '58 den Prozess gemacht, der auch mit Hinrichtungen endete, und dann allmählich richtete sich die Diktatur in ihrer neuen Normalität ein. Es war nicht mehr die Diktatur á la Rákosi. Man hat nicht mehr Feinde erfunden, aber man versuchte, alle potentiellen Gegner auszuschalten. In den Gefängnissen gab es, ich würde sagen, eher psychische als physische Foltern und bei den Prozessen achtete man auf die Prozessordnung, wobei es auch ganz mutige Verteidiger gab.

Aber dass es sich dabei einfach um einen Polizeistaat und eine Diktatur handelte, das war unverkennbar und meine Generation hat das auch so wahrgenommen. Ich war 13 und unser Klassenlehrer wurde verhaftet, weil er als Geschichtslehrer in seiner Geschichtsstunde im März '57 manche mutige Parallele zwischen den Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts gezogen hatte. Am nächsten Tag war er nicht mehr da und ich besuchte ihn mit meinem Vater im Internierungslager. Im Internierungslager saßen der Mann, der ein geheimer Mönch war, und die anderen Gefangenen auf der einen Seite und wir mit den Familienmitgliedern auf der anderen Seite. Zwischen jedem fünften Gefangenen stand eine Wache, ein wachhabender Soldat und man konnte über den Zaun miteinander sprechen. Der Lehrer sagte, neben mir das ist dieser Staatspalastredner vom Schauspiel, der da ist der Akademiewissenschaftler und der und der ist Schauspieler. Das waren die Internierungslager, nicht Gefängnisse. Es gab Lager mit 60.000 Internierten, weil die Gefängnisse so voll waren. Die Kapazitäten der ungarischen Gefängnisse waren einfach nicht für so viele Inhaftierte ausgelegt.

Das war '57/58 mit dem Terror auf der einen Seite und der besseren Versorgung auf der anderen, so wie es auch in der DDR war. Der Konsum als Beruhigungsmittel kam in Ungarn in erhöhtem Maße zur Anwendung und merkwürdigerweise wagte das System auch keine Preiserhöhungen mehr. Man musste den Konsum einfach fördern, um die Leute unpolitisch zu halten. Man forderte auch keine öffentlichen Bekenntnisse mehr zur Partei. Schweigen, Schweigen, Schweigen, das war die Politik Kádárs, als das System sich dann wirklich etabliert hatte: „Wer nicht gegen uns ist, der ist mit uns“, hieß der Slogan. Das bedeutete: „Schweigt. Macht nichts. Wenn ihr nichts macht, dann tun wir euch auch nichts“, und das war so eine Stimmung, die man regelrecht spürte.

Danach gab es zwei Grundeinsichten: die Kommunisten hatten eingesehen, dass man Ungarn nach '56 nie mehr so würde regieren können wie davor und dass sie in einer Stunde gestürzt werden konnten. Die Massen hatten eingesehen, dass sie die Regierung in einer Stunde stürzen konnten, aber dann die Sowjets kommen würden. Und diese doppelte Einsicht hat die ungarische Gesellschaft zu einer, ich würde sagen, etwas schizophrenen Gesellschaft werden lassen. Die Folgen von '56 waren letztlich Zugeständnisse und Angst – und beide dominierten Ungarn 32 Jahre lang.

# Der Posener Arbeiter- aufstand

**von Juni 1956: Polnischer Sommer eines  
ost(mittel)europäischen Jahres**

---

Pierre-Frédéric Weber

Dr. Pierre-Frédéric Weber befasst sich zurzeit mit dem Phänomen der Angst in den internationalen Beziehungen im europäischen Ost-West-Vergleich und lehrt als Gastprofessor an der Universität zu Szczecin. Sein Forschungsschwerpunkt ist Zeitgeschichte Ostmitteleuropas.

## **Das Jahr 1956 international. Unsicheres Tauwetter im Kalten Krieg**

Obwohl sich „1956“ in der Publizistik, in populärwissenschaftlichen Arbeiten sowie in Publikationen zur politischen Bildung über die Geschichte des 20. Jahrhunderts kaum als Chiffre durchgesetzt hat und wenn, dann in erster Linie mit der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes in Zusammenhang gebracht wird, weist dieses Jahr eine ereignishistorische Dichte auf, die es durchaus zum Status eines Meilensteins in der Geschichte des Kalten Kriegs qualifiziert. Als historiografisch festgelegt erscheint auch die Tatsache, dass in jenem Jahr mit der Geheimrede Nikita Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) ein komplizierter Prozess der Entstalinisierung in Gang gesetzt wurde, dessen Folgen im sog. Ostblock nicht immer von Moskau herbeigewünscht und in einigen Fällen sogar durch Intervention oder bedingte Einflussnahme bekämpft wurden. Ein prägnantes Beispiel für Ersteres lieferte der massive und blutige sowjetische Eingriff in Ungarn; Letzteres wurde vielmehr anhand der Entwicklung in Polen sichtbar. Dem polnischen Fall, insbesondere seinem Vorspiel in der Stadt Posen gilt der vorliegende Beitrag. Abgesehen von der Bedeutung der Ereignisse in Ostmitteleuropa bleibt „1956“ allerdings auch allgemein von internationaler Relevanz: Weniger oder mehr bekannte Momente wie das Dreiertreffen zwischen Nasser, Nehru und Tito auf der jugoslawischen Insel Brioni zur Entstehung der Bewegung Bündnisfreier Staaten (Juli 1956), die Suez-Krise (Oktober 1956-März 1957) oder der erst knapp zwei Jahre zuvor ausgebrochene Dekolonisierungskrieg in Algerien (1954-1962) zeigen, dass in jenem Jahr auch andere wichtige, miteinander verflochtene Prozesse einer zunehmenden Infragestellung der bisherigen bipolaren Weltordnung verliefen.

### **1. Das Ende des Stalinismus und seine Auswirkungen auf die osteuropäischen Regime**

Das erste kraftvolle – und als solches im Osten wie auch im Westen rezipierte – Zeichen, das nur drei Monate nach Stalins Tod auf eine (zunächst) gesellschaftliche Infragestellung des stalinistischen Modells wies, nämlich der Aufstand vom 17. Juni 1953 in vielen Städten der DDR, hatte soziale und wirtschaftliche, darüber hinaus aber auch politische Ursachen. Was als offener Protest der Arbeiterschaft gegen die ihnen vom sog. „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ auferlegten Normen ausbrach und aufgrund der eher noch schwachen politischen Konsolidierung der DDR sehr wohl einen Todesschlag gegen das SED-Regime hätte bedeuten können, wurde schließlich

nur dank sowjetischer Panzer zum Schweigen gebracht. Von Entstalinisierung konnte von da an für die SED keine Rede sein; die Erfahrung vom 17. Juni gestaltete sich als Urangst des ostdeutschen Machtapparats und drängte ihn zur verstärkten Kontrolle und Überwachung der eigenen Bevölkerung bei gleichzeitiger Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Noch weniger war das Ende der stalinistischen Ära in der Tschechoslowakei (ČSR) zu spüren, hatte doch der Stalinismus in Prag erst wenige Monate vor Stalins Tod mit dem Slánský-Schauprozess (November 1952) seinen Höhepunkt erreicht. Die folgenden Jahre waren für das tschechoslowakische kommunistische Regime deshalb vielmehr eine Phase der Stabilität d.h. des politischen Stillstands. Der Unterschied zur Situation und zu den teilweise dramatischen Ereignissen in den anrainenden Bruderstaaten (Polen, Ungarn) hätte frappierender kaum sein können. Enttäuscht und ätzend stellte der tschechoslowakische demokratische Publizist Pavel Tigrid aus dem US-amerikanischen Exil fest: „Die Polen benehmen sich wie die Ungarn, die Ungarn benehmen sich wie die Polen, und die Tschechen benehmen sich wie Schweine.“

Polen machte zwischen Juni und Oktober 1956 auf Druck der Gesellschaft einen politischen Wandel durch, aufgrund dessen sich das Regime von der sowjetischen Hegemonie in innenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen teilweise verselbständigen konnte. Initiiert wurde das interne und – trotz sowjetischem Misstrauen – nicht extern unterbrochene polnische Experiment durch den Posener Arbeiteraufstand, dessen Zusammenhänge in der Folge erläutert werden. Wichtig war die polnische Entwicklung nicht zuletzt auch aus regionaler Perspektive, denn die Volksrepublik Polen, die CSR und die DDR bildeten das heute nur noch wenig bekannte und nie als offizielle zwischenstaatliche Struktur existierende „nördliche Dreieck“, sozusagen die wirtschaftliche und ideologische Speerspitze des sowjetischen Einfluss- und Machtbereichs in Ostmitteleuropa; dem Kreml war die Kooperation dieser drei Staaten besonders wichtig, wofür vor allem politische Stabilität die ausschlaggebende Voraussetzung darstellte.

Diese kam im Oktober 1956 etwa in Budapest abhandeln. Die sowjetische Intervention und das blutige Ende des gesellschaftlichen Aufbegehrens gegen die Fremdherrschaft zeigten, wie eng der zulässige Pfad der Entstalinisierung im östlichen Europa tatsächlich war.



Pierre-Frederic Weber **Rudolf Leppin**

## **2. Staat und Gesellschaft im sozialistischen Polen**

Zum Verständnis des Zornausbruchs der Posener Arbeiterschaft ist ein kurzer Rückblick in die Vorgeschichte der jungen Volksrepublik Polen seit dem Zweiten Weltkrieg nötig. Wie in anderen befreiten und wieder entstandenen Staaten Ostmitteleuropas war die Machtübernahme der Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg zwar ein mögliches, nicht aber das einzig vorstellbare politische Szenario. Einerseits war der Linksruck in der politischen Landschaft und in der öffentlichen Meinung nach dem Zusammenbruch der faschistischen Regime in Europa kaum verkennbar, doch diese Tendenz ließ noch viel Freiraum für verschiedene Optionen: Es waren auch Sozialisten, Sozialdemokraten, linke Zentrumsparteien, aber ebenfalls bürgerliche und Agrarparteien je nach Land und Region stark, ja manchmal durchaus stärker als die Kommunisten in der Wählerschaft repräsentiert. Um an die Macht zu gelangen, mussten die Kommunisten, die sich meistens als Arbeiterparteien ausgaben (so auch in Polen mit der Polnischen Arbeiterpartei, PPR), die sog. „Salamitaktik“ anwenden: Gegner wurden nach und nach durch Propaganda, Einschüchterung und Wahlfälschung ausgeschaltet, übrig gebliebene politische Alternativen zur Einverleibung in die Frontpartei gezwungen. Dieser Prozess dauerte in Polen rund drei Jahre und

endete im Dezember 1948 mit der Vereinigung der PPR und der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Die so entstandene (kommunistische) Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) schuf von da an ein Regime, das über wiederholte Krisen mehr als vierzig Jahre Bestand haben sollte.

Die Legitimität der PZPR musste in breiten Teilen der polnischen Gesellschaft also erst aufgebaut werden; effizienter war allerdings der Druck auf die Gesellschaft durch den Auf- und Ausbau eines invasiven Sicherheitsapparats mit sowjetischer Hilfe (und in den ersten Nachkriegsjahren teilweise auch in Obhut des KGB) zur Überwachung der Bevölkerung und zur Bekämpfung jeglicher Opposition. Trotz der großen Geschlossenheit des polnischen Regimes in der stalinistischen Periode war das Land jedoch nie ganz unter Kontrolle. Im Land bildete die Katholische Kirche einen nie vollkommen gegängelten Gegenpol zur offiziellen Deutungshoheit der Partei. Aus dem Ausland spielte zwar die machtlose polnische Exilregierung in London kaum noch eine Rolle im Kräfteverhältnis, doch die zahlreichen polnischen, zumeist antikommunistischen Diaspora-Organisationen wirkten je nach Integrierungsgrad und Einflussmöglichkeiten als Lobby für ein vom Staatssozialismus und von der sowjetischen Macht befreites, demokratisches Polen. Über regelmäßige, auch (oder gerade) illegale Kontakte gelangte mehr Ideengut nach und aus Polen, als die polnischen Dienste (SB/UB) imstande waren zu bespitzeln. Die historische Erfahrung der Polen, aus dem Untergrund gegen einen illegitimen Staat zu kämpfen, war noch sehr frisch.

Diese Schleichwege betrafen in allererster Linie jedoch den wirtschaftlichen Aspekt. Die Geschichte der Volksrepublik Polen ist durchweg mit dem Problem der für die Planwirtschaft typischen Engpässe verflochten; ebenso bildet die Suche der Bevölkerung nach Möglichkeiten, ihren Lebensstandard über das sozialistische Existenzminimum hinweg zu verbessern und die staatlich vorgegebenen, marktfeindlichen Verbote zu umgehen, ein Leitmotiv der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Polens und anderer Volksdemokratien. Bildete das Katz-und-Maus-Spiel zwischen dem Schwarzmarkt und dem Regime einen Tenor der Alltagsgeschichte im sozialistischen Polen, so stellten Ausbrüche politischer Unzufriedenheit mit wirtschaftlichen Ursachen (so wie ruckartige Preiserhöhungen, Warenmangel, Qualitätsschwund, Verschlechterung des Lebensstandards) die Höhepunkte einer chronischen Krise dar, die ab den 1970er Jahren durch gefährlich steigende

Verschuldung dem Westen gegenüber (Import, Kredite) nochmals halbwegs überdauert, doch nie gemeistert wurde. Letzten Endes scheiterte das polnische Regime gerade an seinem Unvermögen, sein wirtschaftliches und soziales, ideologisch motiviertes Versprechen einzulösen.

### **3. Der Posener Aufstand. Ursachen, Verlauf und Rezeption im Ausland**

Der Posener Aufstand war in dieser Hinsicht das erste starke Signal an die PZPR. Dass er gerade in der größten Stadt der Wojewodschaft Groß-Polens (1956: rund 380.000 Einwohner) ausbrach, war zwar nicht vorhersehbar, doch auch nicht erstaunlich. Schon zu preußischen Zeiten ein wichtiger Ort für Industrie und Handel, wurde Posen ab den 1920er Jahren mit seiner internationalen Messe (Międzynarodowe Targi Poznańskie seit 1921) diesbezüglich zum bedeutendsten Treffpunkt in Ostmitteleuropa. Diese Tätigkeit förderte im polnischen Posen der Zwischenkriegszeit die Entwicklung eines selbstbewussten, dynamischen Bürgertums. Aus Perspektive der neuen Machthaber in Warschau galt diese Gesellschaftsgruppe jedoch als „Klassenfeind“ schlechthin. Wie auch in Krakau (einem herausragenden Zentrum der polnischen Intelligenz und des Bildungsbürgertums) war Posen für die PZPR und ihre Ideologen ein potenzieller Hort des Widerstands gegen die Einführung marxistisch-leninistischen Gedankenguts und den Aufbau des sozialistischen Staates. Dies spiegelte sich in den zentralen Investitionen zugunsten Posens und seiner Region wider, wobei man recht inkonsequent vorging: Einerseits wurde versucht, den Arbeiteranteil der Posener Bevölkerung durch den Wiederaufbau und den Ausbau der Schwerindustrie aufzustocken und auf diese Weise vorhandenen „bürgerlichen“ Einflüssen entgegenzuwirken. Andererseits aber waren die Warschauer Behörden nicht bemüht, der Stadt Posen entgegen zu kommen, als es darum ging, mehr Wohnungen zu schaffen und sowohl die Zahl als auch die Versorgung der Geschäfte zu erhöhen (in der ersten Hälfte der 1950er Jahre ging im Einzelhandel die Zahl der Geschäfte sogar um ca. 20% zurück). Das Misstrauen gegenüber dem sozialistischen Staat war in Groß-Polen tatsächlich spürbar, doch vielmehr bei den Bauern, die sich über die gesamte stalinistische Periode in Polen der Kollektivierung der Landwirtschaft durch für die ländliche Bevölkerung typisches Beharrungsvermögen zu widersetzen vermochten. Allgemein bestand also zwischen den Zentralbehörden in Warschau und der Gesellschaft in und um Posen seit einem knappen Jahrzehnt ein wenn nicht konflikt-, so doch spannungsreiches Verhältnis.



Pierre-Frederic Weber **Rudolf Leppin**

Dennoch muss hier unterstrichen werden, dass der kommunistische Sicherheitsapparat auf den massiven Arbeiterstreik in Posen, geschweige denn auf die breite Zustimmung, Unterstützung und Teilnahme der Posener Bevölkerung nicht gefasst war. Durch ständige Bespitzelung in den Fabriken war zwar bekannt, dass es seit einigen Wochen hier und da brodelte; besonders die Ankündigung einer Erhöhung der Arbeitsnorm sorgte unter den Arbeitern für Unmut, doch dieser kam aus Sicht der lokalen und zentralen Sicherheitsorgane lediglich isoliert bzw. in kleineren, wie man meinte, leicht zu unterwandernden Gruppen zum Ausdruck. Aufgrund dieser gravierenden Fehleinschätzung der emotionalen Lage, insbesondere in den Posener „Stalin-Werken“ („ZiSPO“) und der Eisenbahn-Werkstatt („ZNTK“), war der Schock im Wojewodschaftskomitee der PVAP umso größer, als schließlich am 28. Juni 1956 früh morgens deren Belegschaft zu Tausenden auf die Straße ging. Auslöser soll der abschlägige Bescheid gewesen sein, mit dem der polnische Minister für Maschinenbau auf die Bitten einer Posener Arbeiterdelegation um bessere Löhne – trotz anfänglicher Zusage – antwortete. Ebenso negativ wirkten sich die Normerhöhungen in anderen Posener Fabriken aus, durch welche die Arbeiter um ihre Juni-Prämie gebracht wurden.

Der Arbeitsniederlegung in den „Stalin-Werken“ folgte bald ein Arbeiter-

marsch in Richtung Posener Innenstadt. Laut Zeugenberichten wuchs die Menschenmenge sehr schnell, da sich auch viele Vorbeigehende spontan dem Marsch anschlossen. Die Zahl der schließlich im Stadtzentrum versammelten Demonstranten überschritt insgesamt 100.000 Personen. Die Forderungen waren zunächst wirtschaftlich motiviert: Auf den Transparenten standen hauptsächlich Parolen wie „Wir fordern Brot“ („Ddamy chlebá“) oder „Wir wollen leben“ („Chcemy żyć“), die auf die schwierigen Lebensbedingungen vieler Arbeiter und ihre kaum über dem Existenzminimum liegenden Löhne hinwiesen. Nach wenigen Stunden spitzte sich die Lage jedoch zu, indem auch politische, sprich antikommunistische, antisowjetische und patriotische Parolen hörbar wurden: „Wir wollen Freiheit“ („Chcemy wolności“), „Weg mit den Kommunisten“ („Precz z komunistami“), „Es lebe Mikołajczyk“ („Niech żyje Mikołajczyk“, der einstige Ministerpräsident der polnischen Exilregierung in London), „Russen raus“ („Precz z Rosjanami“) u.a.m. In mehreren Fällen kam es zu einer Radikalisierung der Demonstranten: Eine Gruppe drang in ein Gefängnis, wo rund 250 Gefangene befreit wurden; eine andere griff ein Gerichtsgebäude an und zerstörte Akten; sie fand auch Schusswaffen, die später zur Verteidigung gegen Polizei und Armee im Straßenkampf zur Anwendung kamen. Auch das Symbol der kommunistischen Herrschaft, nämlich das Gebäude der lokalen Stelle der berüchtigten Sicherheitsbehörde, wurde umzingelt und attackiert, wobei die ersten Schüsse gegen die Demonstranten fielen. Die Eskalation kam dann auf Entscheidung des zentralen Machtapparats: Im Gegensatz zu den Ereignissen vom 17. Juni 1953 in der DDR wurden vom 28. bis zum 30. Juni 1956 in Posen keine sowjetischen Einheiten eingesetzt. Gegen die Aufständischen wurde lediglich die polnische Volksarmee entsandt. Allerdings wirkte das Aufgebot an militärischer Kraft gegen die eigene – aufgewühlte, doch weitgehend unbewaffnete – Bevölkerung stark übertrieben und war auch nicht gerade das beste Signal des „Arbeiterstaats“ an die sich überverteilt fühlenden Arbeiter: etwa 10.000 Soldaten, rund 360 Panzer, mehr als 800 Fahrzeuge, mehrere Tausend Stück Munition. Man könnte diese Angaben noch vervollständigen; klar ist aber, dass sich die PZPR und der kommunistische Staatsapparat auf eine schwere Konfrontation vorbereitet hatten. Dass viel (und schlecht) geschossen wurde, zeigt allein die Tatsache, dass insgesamt mehr als 180.000 Stück Munition verschossen wurden. Nicht alle verfehlten ihr Ziel: Die Zahl der Opfer stieg auf etwa siebenzig Personen, die der Verletzten überschritt 600. Somit war der sog. Posener Juni die blutigste Auseinandersetzung in Polen seit dem Zweiten Weltkrieg;

er wurde auch später während des Kriegsrechts nicht übertroffen.

Das Ausmaß der militärischen Reaktion auf das gesellschaftliche Aufbegehren der Posener Arbeiter blieb im Ausland nicht unbemerkt: Erleichtert wurde die Berichterstattung nicht zuletzt dadurch, dass sich im Rahmen der schon erwähnten internationalen Posener Messe mehr Ausländer als sonst in der Stadt befanden, darunter auch Besucher aus dem Westen. Auch Radio Freies Europa verfügte über sehr genaue Informationen zum Verlauf der Ereignisse, und dessen erst wenige Jahre zuvor (1952) gegründetes polnisches Team trug wesentlich dazu bei, den Widerhall des Posener Juniaufstands in der öffentlichen Meinung der westeuropäischen Länder zu verstärken. In den meisten Presse- und Rundfunkberichten der westlichen Medien konzentrierte sich die Darstellung der Ereignisse mehr auf die politischen als auf die ursprünglich wirtschaftlich-materiellen Motivationen und Ansprüche der Streikenden und Demonstranten. Die Forderung nach Lohnerhöhungen bzw. der Protest gegen Preisaufstockungen für wichtige Lebensmittel wurde in der westlichen Rezeption von den antikommunistischen und antisowjetischen Parolen etwas in den Hintergrund gerückt; französische, amerikanische, britische aber auch westdeutsche Journalisten sahen in diesen Vorfällen ein Zeichen für die niedrige Akzeptanz der von der polnischen Bevölkerung als ebenso „russisch“ wie frühere hegemonische Gebärden wahrgenommenen Bevormundung aus Moskau. Ebenso wurde der Ausbruch von Unmut und Gewalt gegen das Warschauer Regime in Zusammenhang mit Chruschtschows Entstalinisierungsimpuls gebracht. Darüber hinaus wurde teilweise spekuliert, ob „Posen“ als Anfang vom Ende der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa gesehen werden könnten: Würde die Niederschlagung des Protests paradoxerweise das Regime der polnischen PZPR schwächen und zu einem Umbruch führen? Welche Folgen hätte dies für andere Volksdemokratien? Würde der Westen nun seine Politik Moskau gegenüber ändern d.h. verschärfen, um einen Wandel in Europa herbei zu führen?

Solche westlichen Interpretationen und Spekulationen sowie die strukturelle Paranoia des kommunistischen Regimes tatsächlichen oder vermeintlichen „konterrevolutionären Aktivitäten“ gegenüber spielten gerade bei der Einschätzung der Ereignisse vonseiten der polnischen Sicherheitsbehörden eine beachtliche Rolle. Man sah in Posen den Ausdruck feindlicher, westlicher Provokation, die auf den Umsturz der sog. „Volksmacht“ absah. Die

Initiative der Arbeiterschaft wurde ausgeblendet oder gar verdrängt: Der während der Massendemonstration zum Ausdruck gekommene Antikommunismus sei das Werk ausländischer (sprich westdeutscher und amerikanischer) Dienste gewesen. Entsprechend war auch der öffentliche Kommentar von Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz: „Jeder Provokateur oder Wahnsinnige, der es wagt, die Hand gegen die Volksmacht zu erheben, möge gewiss sein, dass ihm die Staatsmacht diese Hand im Interesse der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauernschaft und der Intelligenz abhacken wird.“

Hinter der Aggressivität dieser Aussage war wie unter einem dünnen Firnis die symptomatische Angst des Regimes zu spüren, angesichts der Infragestellung seiner Legitimität durch eben die Gesellschaftsgruppe („Klasse“), die es zu repräsentieren beanspruchte. Das Verhältnis der Staatsmacht (und der Partei) zur eigenen uneingestanden Angst vor dem Verlust der führenden Position kam in dem Dilemma zum Ausdruck, wie in der offiziellen Berichterstattung von den Ereignissen zu sprechen sei: Es ging einerseits darum, die eigene Angst dadurch zu beschwören, dass die Quelle des Posener Protests externalisiert und auf Manöver des feindlichen Auslands zurück geführt wurde, um für die PZPR den Anschein einer unangetasteten Legitimität zu wahren; andererseits aber wurde Angst vom Regime soziotechnisch benutzt, um die eigene Gesellschaft von der eben eingedämmten Bedrohung zu überzeugen. Man sprach dem entsprechend von „imperialistischer Aktion“, „konterrevolutionärem Coup“ und dergleichen, vermied es jedoch, näher über den Massenstreik und die Parolen selbst zu berichten. Das Ausmaß des Protests wurde nicht entsprechend dargestellt, deshalb war auch nicht die Rede von einem „Aufstand“ – nicht zuletzt, weil der gesellschaftliche Aufruhr in Posen dadurch in die Tradition der polnischen Aufstände gegen die Fremdherrschaft (insbesondere die russische) gebracht und auf diese Weise in der polnischen öffentlichen Meinung aufgewertet worden wäre.

Bei der Frage, ob und wie aus dem Ausland auf die Ereignisse in Posen Einfluss genommen worden ist, kommt man unter anderem nicht umhin, sich mit der Rolle von Radio Freies Europa zu befassen. Obwohl es im gesamten Ostblock untersagt war, westlichen Rundfunk zu hören, war dieser für viele Bürger – gerade in Polen – eine gepriesene Quelle für alternative und unzensurierte Berichterstattung. Die kommunistischen Regime waren sich der

Gefahr bewusst und richteten Störsender ein, um der eigenen Bevölkerung insbesondere den Zugang zu Radio Freies Europa zu versperren. Was die aufgebrachtten Demonstranten von dieser ideologisch und machtpolitisch motivierten Einschränkung ihres Informationsbedürfnisses hielten, zeigte allein schon der Angriff auf das Gebäude der Sicherheitsbehörde, bei dem u.a. ein solcher Störsender von der Menge zerstört wurde. Die polnische Sektion von Radio Freies Europa verhielt sich allerdings während und nach dem Aufstand vorsichtig, um die Situation trotz moralischer Unterstützung nicht anzuheizen und den Demonstranten keine falschen Hoffnungen auf eine eventuelle Hilfsintervention des Westens zu machen. (In dieser Hinsicht zeigte sich die polnische Redaktion verantwortungsbewusster als die ungarische wenige Monate später während des Volksaufstands in Budapest.)

Dennoch verbindet Einiges den Posener Juni und den ungarischen Volksaufstand: Das ist abgesehen von der ähnlichen – in Budapest jedoch ungleich dramatischeren – gesellschaftlichen Reaktion auf die sowjetische Hegemonie die Solidarität der polnischen Bevölkerung mit den ungarischen Aufständischen. Besonders beeindruckend kam diese beispielsweise durch spontane und beträchtliche Blutspenden aus Polen zum Ausdruck (rund 800 Liter von insgesamt etwa 5.000 Spendern!), die für die Verletzten nach Ungarn transportiert wurden. Diese Aktion fand in der Zeit statt, wo Władysław Gomułka in Warschau als Erster Sekretär der PZPR gerade erst an die Macht gekommen war und sein (vorläufiger) Reform- und Liberalisierungskurs eine gewisse gesellschaftliche Freiheit zuließ: Die Solidaritätsbekundungen der Polen zugunsten der Ungarn wurden von den zentralen Stellen in Warschau zwar nicht unterstützt, doch auch kaum unterbunden. Das mittelalterliche Sprichwort „Pole, Ungar, zwei Brüderlein“ fand darin für die Bevölkerung beider Länder wieder eine zeitgenössische Bestätigung.

### **Zur Bedeutung des Posener Aufstands in der Protestgeschichte der Volksrepublik Polen**

Aus heutiger (postkommunistischer) Perspektive betrachtet erscheint der Posener Arbeiteraufstand, der in vielen Ländern erst später gebührend zur Geltung kam und in Westeuropa lange keine entsprechende Würdigung erhielt, als der erste größere und sowohl wirtschaftlich-sozial als auch politisch motivierte Aufruhr gegen das Regime der Volksrepublik Polen.

Jede weitere Krise rüttelte am Legitimitätssockel der PZPR und stellte die Machthaber stets vor neue Herausforderungen in Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Lage im Lande. Władysław Gomułkas oft zitierter Versprecher von Oktober 1956, „man [hätte] vor dem Abgrund gestanden, aber einen großen Schritt nach vorne gemacht“, wurde im Laufe der folgenden drei Jahrzehnte langsam zur Realität; das polnische Regime begab sich durch zunehmende Verschuldung dem Westen gegenüber auf eine wirtschaftlich unhaltbare Flucht nach vorn, die trotz gelegentlicher, meistens kurzfristiger Verbesserung des polnischen Lebensstandards weiterhin – und letzten Endes restlos – am Legitimitätssockel der PZPR nagte.

# Die Heim- kehrer

**aus der Sowjetunion 1956  
in der deutschen Gesellschaft**

---

Prof. Dr. Matthias Pfüller

Nach dem Studium der Politologie arbeitete Matthias Pfüller als wissenschaftlicher Assistent u. Assistenzprofessor am FB Polit. Wissenschaft an der FU Berlin. Neben der Tätigkeit in der Bildungsarbeit bis 2011 Professur an der Fakultät Soziale Arbeit der Hochschule Mittweida. Lange Zeit Leiter der Projektgruppe „Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern“.

1956 ist ein international wichtiges Jahr vor allem wegen der Ereignisse in der Sowjetunion, insbesondere wegen der sogenannten „Geheimrede“ N. S. Chruschtschows zu einer ersten Abrechnung mit J. W. Stalin – und wegen der darauf folgenden Ereignisse in Mittel- und Osteuropa, als insbesondere die Polen und die Ungarn versuchten, sich aus der sowjetischen Umklammerung zu befreien und für sich den totalen Stalinismus zu beenden. Der Kalte Krieg ging in ein „stabiles“ Stadium über – er etablierte sich u. a. mit der Gründung der Bundeswehr und der der Volksarmee im Jahr 1955. Ein „Seitenzweig“ dieser Stabilisierung durch Erstarrung bei gleichzeitigen Verhandlungen in Einzelfragen war die Entlassung der restlichen, noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Kriegsgefangenen der ehem. Wehrmacht, die ebenfalls 1955 in den Moskauer Verhandlungen Adenauers mit der sowjetischen Führung erreicht und im Januar 1956 abgeschlossen wurde.

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges waren etwa 3,15 Millionen deutsche Soldaten als Kriegsgefangene in der Sowjetunion registriert (die meisten Zahlen, darunter auch größtenteils die noch folgenden, sind unsicher, da bis heute keine präzisen und unbestrittenen Angaben vorliegen). Von diesen 3,15 Millionen haben ca. 1,3 Millionen das Kriegsende, den Transport in die Gefangenschaft und die Bedingungen des Lagerlebens und der Zwangsarbeit nicht überlebt. Bis 1950 sind ca. 1,2 Millionen nach Deutschland entlassen und in Frankfurt/O. im Auffanglager registriert worden. Später wurden in inszenierten, aber keineswegs grundsätzlich und durchgängig unbegründeten Prozessen noch viele der Kriegsgefangenen zu Kriegsverbrechern erklärt. 1955 waren noch ca. 10.000 Personen als Kriegsgefangene in der Sowjetunion; dazu waren weitere ca. 20.000 Personen in Lagern interniert, die nach 1945 durch Instanzen der Sowjetunion (z. B. Sowjetische Militärtribunale) verurteilt oder in Speziallagern festgehalten und dann in die SU deportiert worden waren. Obwohl eine Freilassung in der sowjetischen Öffentlichkeit ausgesprochen unpopulär war, wurden sie alle zusammen entlassen; der letzte Transportzug kam am 16. 01. 1956 in Herleshausen (und dann im Lager Friedland) an. Man kann sagen, dass damit die militärische Geschichte des Kriegs in einem Augenblick beendet wurde, in dem in Deutschland zwei neue Armeen aufgestellt wurden – und damals war kaum absehbar, dass sie über vier Jahrzehnte hin so gut wie nie eingesetzt wurden.

In den beiden deutschen Staaten war der Kontext, in dem sich diese Heimkehraktion abspielte, denkbar unterschiedlich: In der DDR wurde die Frage der Kriegsgefangenen und ihrer Entlassung öffentlich nie thematisiert, da sie gleichzeitig möglicherweise eine Kritik an der Sowjetunion gewesen wäre. Das galt in noch viel höherem Maß für die anderen freizulassenden Internierten (zur Erinnerung: 1949 bat die entstehende DDR die UdSSR um die Auflösung der Speziallager; daraufhin wurden ca. 3400 Personen in den „Waldheimer Prozessen“ von der DDR-Justiz zu z. T. sehr langen Haftstrafen verurteilt, einige zu Recht angeklagte NS-Verbrecher wurden hingerichtet. Einige der Verurteilten wurden in die SU deportiert und kamen zu den früher Deportierten hinzu. Danach wurden diese Probleme nicht mehr diskutiert, und die DDR erklärte die „Entnazifizierung“ in ihrem Staat für beendet). – Ganz anders in der Bundesrepublik: 1949/50 gründete sich nicht nur der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) als Interessenpartei der Kriegs- und Entnazifizierungsgeschädigten neben den Flüchtlingen und Vertriebenen, sondern auch der Verband der Heimkehrer; in gemeinsamen und vermutlich gut abgestimmten Aktionen erreichten sie Entschädigungs- und Unterstützungs-Zahlungen. Der BHE löste sich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre weitgehend in die CDU auf; der Verband der Heimkehrer bestand länger – der bayerische Landesverband löste sich als letzter im Jahr 2007 auf.

Unter diesen Umständen lässt sich die Lage der Heimkehrer detailliert nur für die Bundesrepublik beschreiben und diskutieren. Gewisse Grundzüge dürften unausgesprochen und vor allem undiskutiert auch die Gesellschaft der DDR durchzogen haben; dafür lassen sich aber nur vergleichsweise wenige Indizien durch Interpretationen erschließen. Sicher ist, dass viele der entlassenen Kriegsgefangenen der Jahre bis 1950 sowie dann bis 1961 die DDR verlassen haben und in den Westen flüchteten - abgesehen von den eher wenigen, die sich voll auf den „Aufbau des Sozialismus“ einließen bzw. vom MfS als Belastete unter Druck gesetzt und in der DDR festgehalten wurden.

In beiden deutschen Staaten sah sich die jeweilige Teilgesellschaft vor allem mit den materiellen Folgen des Krieges konfrontiert: Es gab in unterschiedlich hohem, aber in den Folgen sehr spürbarem Maß Zerstörungen von Wohnraum und von Produktionsanlagen, es gab Arbeitslosigkeit, Hunger und als Folge des Mangels u. a. auch an Heizmaterial Krankheiten

und in den Wintern nach dem Krieg eine hohe Sterberate. Dazu kamen ca. 12 Millionen Flüchtlinge sowie wenigstens 2 Millionen Obdachlose – in der Konsequenz wurden beide Staaten für mindestens anderthalb Jahrzehnte zu „Lagergesellschaften“, in denen sich die z. T. krassen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede deutlich zeigten. Dazu kam die Belastung durch die Entnazifizierung, die von den meisten Menschen nicht als eine notwendige und gerechtfertigte Auseinandersetzung mit den Nazis erlebt wurde, sondern als eine latente, aber massive Bedrohung der angestrebten, gesicherten bürgerlichen Existenz.

In der Folge ergaben sich zwei Konsequenzen: Beide deutsche Gesellschaften strukturierten sich unter diesen Druckverhältnissen in – geschichtlich betrachtet – außerordentlich kurzer Zeit sehr stark um. Dagegen entwickelten sich vor allem in der Bundesrepublik vor allem konservative Restaurierungstendenzen – der Wunsch nach einer Rückkehr zu den Verhältnissen in den wenigen besseren Jahren der Weimarer Republik. Darüber hinaus verfestigte sich die Einstellung, „wir alle“ seien doch Opfer des Krieges geworden – das, was in der sozialwissenschaftlichen Literatur als „Viktimisierung“ bezeichnet wird.



Matthias Pfüller **Rudolf Leppin**

Mit diesen Konsequenzen waren gesamtgesellschaftliche psychische Folgen verbunden. Die erste Folge war, dass für eine lange Zeit von etwa 15 Jahren die Opfer der NS-Diktatur überhaupt nicht zum Thema wurden – weder die Juden noch die KZ-Häftlinge oder die Euthanasierten, die Zwangssterilisierten, die Roma und Sinti, die Homosexuellen, die Zeugen Jehovas usw. usf.; die Frage von Entschädigungen kam gar nicht erst auf. – Indirekt, aber wirksam damit verbunden war, dass die Traumatisierungen durch den Krieg und seine Folgen in beiden deutschen Gesellschaften praktisch vollkommen ausgeblendet blieben – es gab nicht einmal ein Vokabular dafür. Zur Energieabfuhr und zur Themenvermeidung trug in beiden deutschen Staaten ein regelrechter „Aufbau-Furor“ bei, der zur völligen physischen Auslastung der Bevölkerung im allgemeinen und der Flüchtlinge und Vertriebenen im besonderen führte – als Ausgleich dafür kam nicht „Trauerarbeit“ über den NS in Frage, sondern Unterhaltung, die ab Mitte der 50er Jahre zunehmend vom Fernsehen angeboten und sehr gern konsumiert wurde. – In der Bundesrepublik kam zu diesen Faktoren einer „Vergangenheitsvermeidung“ noch ein wichtiges Element hinzu, das auch von Staats wegen kräftig gefördert wurde: Eine tiefgehende Angst davor, dass die „Russen“ ganz Deutschland besetzen und „bolschewisieren“ könnten – das Empfinden dafür, dass damit ein zentraler Teil der alten NS-Propaganda fortgesetzt wurde, kam nicht zum Zug.

Die Einordnung der Kriegsheimkehrer in diese Zusammenhänge verlief bis zur Gründung der Bundesrepublik im Rahmen des allgemeinen Elends ohne eine übergroße Aufmerksamkeit für diese spezielle Gruppe von Kriegsfolgen-Betroffenen, die auch alles dafür taten, in eine wie auch immer geartete, noch keineswegs festgefügte „Normalität“ zurückzukehren. Erst nach 1950 und erst recht nach der Einführung des Fernsehens sind die bald nahezu „rituellen“ Bilder von den Ankünften in Friedland so häufig geworden, dass sie sich den Mitlebenden dauerhaft einprägten – die Freude der Zurückkehrenden ebenso wie die verzweifelte Suche der Angehörigen nach Vermissten. Mit dem Jahr 1956 veränderte sich das Bild sehr rasch: Die Heimkehrer und ihr Problemhintergrund waren „aus der Zeit gefallen“, wie sich insbesondere an der zeitgleich verlaufenden Einberufung der neuen Rekruten für die am 12. 11. 1955 offiziell begründete Bundeswehr zeigte. Der Kalte Krieg bügelte alle deutlich vorhandenen Widersprüche glatt – vor allem die Proteste gegen die neu beginnende Wehrpflicht und die von Anfang an diskutierte Problematik eines möglichen Atomkrieges, den damals

viele Menschen für wahrscheinlich hielten und den viele Politiker der CDU/CSU insofern mit vorbereiten wollten, als sie eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr forderten.

Unter diesen Bedingungen ging das Elend der Heimkehrer geradezu unter – das betrifft insbesondere die psychischen Langzeitfolgen der Kriegs-, Gefangenschafts- und Lager-Erlebnisse. Unmittelbar nach Kriegsende machte das kleine Bändchen „Draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert noch als Schlüsseltext eine gewisse Karriere – es verschwand jedoch als bestimmendes Thema im Alltag der Nachkriegsgesellschaft bald wieder von der Bühne. Man kann eher davon sprechen, dass das Erlebnis der eigenen Belastungen in Krieg und Gefangenschaft bei den Betroffenen selbst zwar nach wie vor akut blieb, aber kaum richtig verstanden und eingeordnet wurde: Der Begriff der „posttraumatischen Belastungsstörung“ machte seine Karriere bezeichnenderweise erst, als in den USA massenhaft Vietnam-Kriegsheimkehrer sich als Betroffene erwiesen und die Gesellschaft vor erhebliche Probleme des Verstehens und einer angemessenen Reaktion stellten. – In der bundesdeutschen Gesellschaft wirkten zwei Einflüsse quasi zerstörerisch auf die traumatisierte Psyche vieler Heimkehrer (vor allem der Spätheimkehrer) ein. Auf der einen Seite hatten die Ärzte kein Konzept für die Behandlung der evidenten psychischen (und dann auch physischen) Störungen; manchmal werteten sie diese auch als übertriebene Hysterie ab – jedenfalls waren sie für die Betroffenen kaum eine Hilfe. Auf der anderen Seite konnten die Heimkehrer in ihren privatesten Bereichen oft nur den Zusammenbruch der früheren „Ordnungen“ hinnehmen: Die Frauen hatten zwangsweise gelernt, sich allein zu behaupten und fügten sich, wenn überhaupt, dann nur sehr zögernd in die Rolle der Nur-Hausfrau. Sehr viele Männer kamen mit dieser „Revolution“ im Privatleben nicht zurecht; neben der Rate psychischer Auffälligkeiten und Erkrankungen kam es zu einer deutlichen Steigerung der Selbstmordrate bei Männern.

Als „Schicksal“ der Heimkehrer lässt sich etwas thesenartig zugespitzt festhalten: Da es keine Anstöße und Anregungen zu einer echten eigenen Reflexion des Erlebten gab, fand sie weder auf der gesamten gesellschaftlichen Ebene noch auf der der Individuen statt. Dadurch bedingt blieben die Heimkehrer ein für alle Mal Opfer, und zwar umso mehr, je später sie aus der Sowjetunion zurückkehrten. Damit wurden sie auch bei oberflächlicher Integration und „Funktionstüchtigkeit“ ein Teil der Traumatisierten

und Opfer, deren psychische Problematik oft erst dann wieder aufbrach, als das Berufsleben endete. Wie die Flüchtlinge und die Diktaturoffer blieben sie die Benachteiligten der Geschichte und der Gesellschaft, die mit ihnen kaum umzugehen wusste und weiß. Insgesamt sind sie damit späte Opfer der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, speziell der nationalsozialistischen Katastrophe.



Matthias Pfüller **Rudolf Leppin**

# Schwierigkeiten

**mit der Wahrheit - Walter Janka und  
die Gruppe Harich**

---

Dr. Guntolf Herzberg

Guntolf Herzberg, studierte Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin. In der DDR hatte er lange Jahre Berufs- und Publikationsverbot. 1985 reiste er nach Westberlin aus und ist seit 1994 am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität Berlin.

## I.

Janka und Harich – das „und“ dazwischen klingt so harmlos und friedlich wie Marx und Engels, Josef und Maria. Und so war es auch 1956, so war es bis zu den Prozessen 1957, dann wurde aus dem „und“ ein „gegen“, erst recht seit dem Herbst 1989 – und so blieb es. Sie stritten über ihre Anwälte, alle Vermittlungsversuche scheiterten und beide starben unversöhnt. Über ihre Freundschaft und Differenzen 1956 und 1957 soll es jetzt gehen, das andere folgt mit einer gewissen Zwangsläufigkeit.

Meist wird von einer Harich-Janka-Gruppe gesprochen (oder noch kürzer: die Harich-Gruppe), doch es waren zwei sehr kurzlebige, in der Freiheit, und es wurden zwei getrennte Prozesse gegen sie geführt – nie aber sprach man von einer Janka-Gruppe.

Wer gehörte alles dazu: Die Harich-Gruppe war winzig: der Politökonom Bernhard Steinberger und Harichs redaktioneller Mitarbeiter in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie (DZfPh) Manfred Hertwig. Harich zählte aus schwer erkennbaren Gründen auch den Parteisekretär des Aufbau-Verlages Günter Schubert dazu, doch der hörte nur zu und informierte als IM „Karl Richter“ anschließend die Staatssicherheit. Steinberger hatte als politischer Häftling gerade 5 Jahre Straflager in Workuta hinter sich, er gehörte der „Gruppe“ gerade mal 8 Tage an. Die nie so genannte, aber gemeinsam verurteilte Janka-Gruppe bestand aus zwei Mitarbeitern des Aufbau-Verlages: dem Chefredakteur des Sonntag Heinz Zöger und dem stellv. Chefredakteur Gustav Just. Hinzugezählt wurde von der Staatssicherheit (und zwar nur von ihr) der freiberufliche Journalist Richard Wolf – zu Janka hatte er keinen Kontakt, zu Harich ganze 5 Tage.

Harich hatte Steinberger genau zweimal kurz gesehen, Janka kannte weder diesen noch Hertwig (er sah sie erstmals im Prozess und hielt sie für Provokateure, vgl. Spuren S. 356), den Journalisten Wolf lernte er erst im Zuchthaus kennen – über Klopfzeichen zur Nachbarzelle; die berüchtigte Plattform Harichs kannten sie alle nur vom Hörensagen, denn sie wurde erst in ihrer ausführlichen (und allein inkriminierten) Fassung zwischen dem 22. und 25. November geschrieben, am 29. wurde er verhaftet. Soviel vorweg zu diesem „Zentrum der Konterrevolution“, wie diese Personen der Deutlichkeit halber in Partei und Presse titulierte wurden. Beiden Gruppen wurden zu insgesamt 30 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Was waren die Verbrechen dieser Menschen? Am 9. März 1957 konnte man

im Neuen Deutschland unter dem Titel Die Verbrechen der Harich-Gruppe lange Auszüge aus der Anklagerede des Generalstaatsanwalts (GStA) der DDR lesen: „Die Beschuldigten haben es gemeinsam unternommen, die verfassungsmäßige Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik planmäßig zu untergraben und sie zu beseitigen. (...) Auf der Grundlage einer konterrevolutionären Konzeption verfolgten sie das Ziel“ – als erstes wieder Liquidierung der Staatsmacht „durch Beseitigung wesentlicher sozialistischer Errungenschaften auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet“ usw.; ihre „Anschläge gegen den Frieden“ wollten sie „mit den Mitteln der Drohung und Gewalt durchsetzen“. Kurz: Diese drei Personen wollten die Konterrevolution organisieren.

Jetzt ein Sprung von 33 Jahren zu den Kassationsurteilen des Obersten Gerichts der Noch-DDR im Jahre 1990: Die Kassationsverhandlung vom 4. Januar 1990 „in der Sache Walter Janka u.a. wegen Boykotthetze“ (abgedruckt in: Neue Justiz 2/1990, auszugsweise in: Der Prozeß gegen Walter Janka und andere, 1990, S. 146-161): Der amtierende GStA begann seine Rede: „Wir haben die Verantwortung, dunkle Seiten der Justiz unseres Landes aufzuarbeiten und – soweit dies noch möglich ist – ihre Folgen aus der Welt zu schaffen.“ Er sprach von den „unschuldig angeklagten und verurteilten Bürgern“, die aus „Sorge um die Zukunft der DDR“ überlegten, „wie die sozialistische Umgestaltung demokratisch zu reformieren wäre“. Ihre Vorstellungen „waren allemal demokratisch-sozialistisch legitimiert. Sie waren weder auf Umsturz gerichtet noch auf eine Unterwanderung der seinerzeitigen verfassungsmäßigen Ordnung. (...) Das Urteil vom 26. Juli 1957 beruht auf einer Verletzung des Gesetzes und ist daher aufzuheben.“ Das Kassationsurteil des Präsidiums des Obersten Gerichts (OG) gegen Harich, Steinberger und Hertwig (in: Neue Justiz 5/1990, S. 206-208) war im Ton zurückhaltender, stellte aber fest, dass die Verurteilungen nicht gerechtfertigt waren, die „Angeklagten hätten freigesprochen werden müssen“.

## II.

Janka und Harich – zwei Menschen, die grundverschiedener nicht sein konnten.

Walter Janka: Jahrgang 1914, Arbeiterfamilie in Chemnitz, Vater, Mutter und Bruder KPD.

Wolfgang Harich: Jahrgang 1923, geboren in Königsberg im feinsten Bür-

gertum, Vater Literaturhistoriker und Schriftsteller, sein Großvater Wyneken Leiter der Königsberger Allgemeinen Zeitung, das Kind wuchs in einer hochgeistigen Atmosphäre auf mit der Tendenz zum Wunderkind.

Janka: Schriftsetzerlehre, kommunistischer Jungfunktionär, sein Bruder Albert saß als jüngster Abgeordneter für die KPD im Deutschen Reichstag, von den Nazis 1933 nach schrecklichen Folterungen ermordet.

Harichs Jugend im NS: sorglose Kindheit mit alljährlichen Bäderreisen, Gymnasiast in Neuruppin und Berlin, vorerst noch unpolitisch.

Janka: als KPD-Funktionär 1933 sofort illegale Arbeit, schnelle Verhaftung – genauso wie sein Vater – nach Prozess anderthalb Jahre Einzelhaft, anschließend im KZ Sachsenburg, Aberkennung der Staatsbürgerschaft und Ausweisung in die Tschechoslowakei.

Harichs weitere Jugend: zwangsweise in der HJ, findet schrittweise Gefallen daran, so „daß ich im Sommer 1938 ein lupenreiner Nazi bin“ (Selbstzitat Autobiographie, 79) – er war zu diesem Zeitpunkt 15 Jahre alt. Endet mit dem Erlebnis der „Reichskristallnacht“ im November in Neuruppin.

Janka: Mit Beginn des Spanischen Bürgerkrieges meldet er sich als Freiwilliger, kommt über Paris nach Barcelona, als Soldat ins Thälmann-Bataillon, dann in die spanische republikanische Armee, zeichnet sich in vielen Kämpfen durch seinen außergewöhnlichen Mut aus, mehrere Verwundungen, wird Major und Bataillons-Kommandeur. Mit der Niederlage der Republik müssen die ausländischen Freiwilligen Spanien verlassen und werden in Frankreich interniert. Er bekommt ein Visum für Mexiko.

Harich: schreibt als Schüler beeindruckende philosophische Texte, studiert schon vor dem Abitur bei dem bedeutenden Philosophen Nicolai Hartmann in Berlin, wird als Soldat 1942 – also mit 19 Jahren – eingezogen, täuscht Krankheiten vor, nennt sich selbst „ein Genie unüberführbaren Simulierens“, desertiert, wird eingesperrt und zur Bewährung an die Ostfront geschickt, landet dort wieder krank im Lazarett, flieht und lebt illegal im Westteil von Berlin, schließt sich dort einer Widerstandsgruppe an, trifft auf einen kommunistischen Mentor, liest im Winter 1944/45 Lenins Streitschrift Materialismus und Empiriokritizismus und beschließt Marxist und Kommunist zu sein. Die philosophische Fallhöhe von Nicolai Hartmann hinab zu Lenin ist unermesslich, Harich schaffte sie mühelos, erst im Alter korrigiert er diesen philosophischen Grundfehler seines Lebens.

Janka: in Mexiko wird aus dem ehemaligen Schriftsetzer ein erfolgreicher Leiter des Verlages El Libro Libre, bis zum Ende der Emigration gibt der Verlag 22 Bücher in deutscher Sprache heraus – etwa Egon Erwin Kisch,

Anna Seghers, Heinrich Mann, Ludwig Renn. Theodor Plievier –, politisch ist er in der „Bewegung Freies Deutschland“ aktiv, die der 1942 eintreffende Paul Merker, Politbüro-Mitglied der KPD, leitet, der auch als Autor eines umfangreichen Werkes Deutschland – Sein oder Nichtsein? (Bd. 1 – 1944, Bd. 2 – 1945) die politischen Vorstellungen der Emigranten mitbestimmte. Jankas Rückblick auf das Exil: Es waren die besten Jahre unseres ganzen Lebens (Spuren, 186).

Harich: wird sofort 1945 politisch aktiv, gute Kontakte zu sowjetischen Kulturoffizieren, schreibt für mehrere Zeitschriften, ist ein bekannter Theaterkritiker, studiert im Schnellverfahren die marxistische Philosophie auf der Parteihochschule „Wilhelm Pieck“ in Kleinmachnow, wird Dozent an der Berliner Universität (sie hieß noch nicht Humboldt-Universität), hält dort viele Jahre lang begeistert aufgenommene Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie.

Janka: kommt aus der Emigration zurück mit klaren politischen Vorstellungen, was politisch und kulturell im zerstörten Deutschland getan werden muss, wird im zentralen Parteiapparat der SED politischer Mitarbeiter von Paul Merker, übernimmt dann auf Befehl der Partei den Posten des Direktors der DEFA. Wegen einer privaten Affäre wurde er entlassen, war jetzt kein „Kader“ mehr, bewarb sich beim Aufbau-Verlag und konnte Anfang 1951 die Stelle als Stellvertreter des Verlagsleiters antreten. Sein Plus: Er brachte die großen Erfahrungen aus Mexiko mit, einen Verlag unter kapitalistischen Bedingungen kommerziell erfolgreich zu führen.

Ein kurzes Resümee: Janka wurde geprägt durch seine kommunistische Familie, die frühe Haftzeit unter den Nazis, den Krieg in Spanien, die Flucht nach Mexiko, durch den Kreis der dorthin geflüchteten Schriftsteller und durch die überragende Figur des Politbüro-Mitgliedes Paul Merker. Harich war philosophisch geprägt durch die seltsame Mischung von Nicolai Hartmann, Lenin und Lukács, politisch wohl sehr stark von Brecht.

Da treffen sich die beiden 1950/51 im Aufbau-Verlag – voller Ideen. Sehr emotional beschreibt Harich rückblickend ihr Verhältnis zueinander: Durch zunehmende berufliche und private Kontakte kristallisierte sich „eine Beziehung heraus, die für beide Teile unmittelbar sehr beglückend ist. (...) Wir beteten uns gegenseitig an und übersehen die Fehler und Schwächen des anderen. Janka sieht in mir den genialsten Kopf in der jüngeren Generation der Partei, den Mann, der alles weiß, alles kennt, alles gelesen hat“ (die Selbstlobpreisung geht noch weiter), Janka wird „für mich zu einem

eisernen, unumstößlichen Axiom: Was Janka politisch richtig findet, ist politisch richtig; was Janka für machbar erklärt, ist machbar.“ (ebd., 229)

Jankas Tätigkeit: als neu ernannter Leiter des Verlages war sein Ziel die Herausgabe fortschrittlicher Literatur, die unter den Nazis verboten war, darunter die Schriftsteller des Exils, vor allem Thomas Mann – den in 12 Bänden herausgebracht zu haben, die wohl größte verlegerische Leistung Jankas war. Und eine zweite, auf die er stolz war: er gab einen isländischen Schriftsteller heraus, der anschließend 1955 ein Nobelpreisträger wurde: Haldor Laxness für seinen Roman Atomstation (1948).

Harichs Tätigkeit als Lektor, dann stellv. Cheflektor ist immens: er ist der eigentliche Herausgeber der Werke von Georg Lukács, in seinem Lektorat erscheinen die Werke von Ernst Bloch, er erfindet eine Editionsreihe Philosophische Bücherei mit seltenen Werken, schafft die erste Heinrich-Heine-Werk-Ausgabe seit 1933, dazu eine Edition von Herders philosophischen Texten, und veröffentlicht eigene Arbeiten. Und als ob das nicht reicht, ist er der Mitherausgeber und Chefredakteur der von ihm gegründeten DZfPh, schreibt darin hervorragende Artikel bis zu seiner Verhaftung.

Um es in voller Überzeugung zu sagen: Janka war ein großartiger und sehr erfolgreicher Verlagsleiter, Harich ein hervorragender stellv. Cheflektor. Der Aufbau-Verlag boomte, es gab bereits die Idee, eine Filiale in Hamburg zu errichten.



Martin Klähn im Gespräch mit Guntolf Herzberg **Frederic Werner**

### III.

Was im Aufbau-Verlag – dem „Zentrum der Konterrevolution“ – 1956 geschah, darum soll es im Folgenden gehen.

Das Jahr 1956 braucht hier nicht vorgestellt zu werden, auch nicht der Auslöser – die sogen. Geheimrede Chruschtschows. Nur kurz zu den ersten öffentlichen Reaktionen der kritischen Intelligenz: Nach dem XX. Parteitag erschienen in der DDR-Presse innerhalb einiger Monate ganze 4 kritische Artikel, die den Stillstand der Gesellschaftswissenschaften betrafen und vorsichtig Lockerungen auf kulturellem Gebiet anmahnten. Von diesen 4 Artikeln (JK, Besenbruch, Harich, Havemann) ragt eigentlich nur Harichs Hemmnisse des schöpferischen Marxismus (Sonntag 15. 4. 1956) heraus, in dem es um die Ursachen der dogmatischen Erstarrung des marxistischen Denkens ging. Politische Forderungen wurden bis zum Herbst '56 nicht öffentlich gestellt, doch es wurde in den Universitäten, Theatern und, Verlagen intensiv diskutiert – am konzentriertesten aber im Aufbau-Verlag. Ein ganz kurzer Rückblick: Die nichtdienstlichen Gespräche zwischen Janka und Harich begannen bereits nach dem 17. Juni 1953, denn sie entdeckten eine politische Gemeinsamkeit: das jugoslawische Modell von einem selbstverwalteten Sozialismus – das „macht uns von da an zu Verschworenen“, schreibt Harich in seiner Autobiographie (Ich bin zu früh geboren, 223). Sie wussten, das war politisches Glatteis, weil Partei und Justiz gnadlos die Anhänger als „Titoisten“ verfolgten.

Nach dem XX. Parteitag begannen dann die Diskussionen im Verlag, in der Parteigruppe und mit einzelnen Schriftstellern. Später brachte es Harich auf den Punkt: „Genau genommen ist daher die sogenannte ‚Harich-Gruppe‘ mit der SED-Grundorganisation des Aufbau-Verlages überhaupt identisch“ (Autobiographie, 244). Da ging es bereits darum, „die DDR nach dem Vorbild Jugoslawiens zu reformieren“, man war jetzt bereit, „nirgendwo mehr ein Blatt vor den Mund zu nehmen“ (ebd., 234). Im Juli beginnt es im Verlag politisch zu knistern, gleichmäßig haben Harich, Janka, Just und Zöger (allerdings auch der IM „Albert Richter“) dabei gewirkt.

Ende des Monats kommt Georg Lukács am Rande eines Erholungsurlaubes in der DDR für mehrere Tage nach Berlin, trifft sich mit Harich – diesem wird jetzt klar, dass eine „antistalinistische Revolution nach polnischem Muster unumgänglich“ sei. (S. Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg, 2006, 133). Später wird Harich behaupten, Lukács sei „das ideologische Haupt der

Gruppe“ gewesen (Autobiographie, 362).

Doch weil es in den Medien ruhig blieb und die sogenannten Intellektuellen sich zurückhielten, hat es die Wochenzeitung Sonntag gewagt, Artikel und Gedichte aus Polen und Ungarn mit oppositionellem Hintergrund zu veröffentlichen – das war die Leistung der beiden Redakteure Just und Zöger. Und es mehren sich direkte Kontakte zu oppositionellen Besuchern aus beiden Ländern.

Am 14. August 1956 stirbt Brecht – neben Janka die zweite politische Autorität Harichs. Auf der internationalen Heinrich-Heine-Konferenz in Weimar (8.-13. Oktober) kommt es zu politischen Gesprächen mit den polnischen Literaturwissenschaftlern Roman Karst und Marcel Ranicki, bei dem Harich zu einer zunehmend radikaler werdenden Stalin-Kritik anregt wird. Die Parteiorganisation des Aufbau-Verlages riskiert es, an das ZK der SED eine Protestresolution zu schicken wegen der ungenügenden Berichterstattung über die politischen Veränderungen in Polen und in Ungarn. Harich prescht jetzt vor – und in sein Unglück. Er trifft sich mit dem sowjetischen Botschafter Puschkin und stellt ihm Teile seiner Konzeption vor; dieser weist Harichs Ausführungen zurück und informiert höchstwahrscheinlich sofort Walter Ulbricht. Dann fährt Harich am 1. November nach Westberlin, nimmt Kontakt zur Landeszentrale der SPD auf, um auch hier seine Konzeption vorzustellen, und wird diskret an das Ostbüro dieser Partei weitergeleitet – damit macht er sich bereits strafbar. Insgesamt fünfmal trifft er sich mit dessen Mitarbeitern – da hat das MfS sich schon kundig gemacht, Stasi-Chef Wollweber informiert umgehend Ulbricht, der Harich herbeiodert und deutlich verwarnt.

Im Aufbau-Verlag gehen die Diskussionen um politische und kulturelle Fragen unvermindert weiter. Insgesamt dreimal (15., 16. und 22. November) gibt es Versammlungen, zu denen der Kulturminister Johannes R. Becher eingeladen und auch ziemlich in die Enge getrieben wird. Doch alles wäre noch im Rahmen des Erlaubten geblieben (und hätte zumindest Janka, Just und Zöger vor der Haft bewahrt), wenn es nicht zu dem verhängnisvollen Treffen am Bußtag, dem 21. November, in Jankas Wohnung in Kleinmachnow gekommen wäre, auf dem Harich seine inzwischen immer weiter ausgearbeitete Konzeption nicht nur mit Janka, Just und Zöger bespricht, sondern Janka auch den von ihm als Nachfolger von Ulbricht vorgesehenen Paul Merker eingeladen hat. Damit war – in Ulbrichts Jargon – „die Machtfrage gestellt“.

Als Politbüro-Mitglied schon vor 1945 hatte Paul Merker bald einen Makel, der viele Karrieren und Menschen in der SBZ/DDR zerstörte: er war Westemigrant. Und er setzte sich ein für eine Aufgabe, die in Ulbrichts Kopf gar nicht existierte: die Wiedergutmachung für die Juden. Für Ulbricht hieß das nur: Merker will die jüdischen Kapitalisten unterstützen (Spuren, 199), ekelhafter sagte es der Superstalinist Hermann Matern, der Vorsitzende der SED-Inquisition, genannt ZPKK: „Es unterliegt keinem Zweifel mehr, dass Merker ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie ist, der die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen.“ (Spuren, 332) Er wurde im November 1952 verhaftet, saß drei Jahre im Dunkel-Keller der MfS-Haftanstalt Hohenschönhausen, wurde 1955 in einem Geheimprozess zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, im Januar 1956 freigelassen – als ein körperlich und psychisch gebrochener Mann. Dieser zerstörte Mensch sollte nach Jankas Vorstellungen – quasi als „deutscher Gomulka“ –Ulbricht ablösen. Dieses Treffen war im Strafprozess für die Gruppe vernichtend, auch wenn Janka jeden politischen Inhalt ihrer Gespräche abstriht. (Was dort ge- und besprochen wurde, kann man wohl am ausführlichsten nachlesen bei Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg, 2006, 179-184). Harich wurde nun von Janka und Just gedrängt, seine mehrfach vorgetragenen Auffassungen ordentlich auszuarbeiten, um sie dann der Parteigruppe des Verlages und dann dem ZK der SED bekannt zu machen. An der dann folgenden Ausarbeitung waren die beiden Sonntag-Redakteure nicht beteiligt – aber das änderte nichts an ihrem Schicksal. Steinberger hatte noch gar nicht angefangen, etwas Ökonomisches zur Plattform beizusteuern, da war er schon verhaftet. Er hat in der Haft sehr ausführlich über sich und seine politischen Vorstellungen geschrieben. Hertwig war kurzzeitig Kollege Harichs am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität und bei der DZfPh, seine Mitarbeit in der Gruppe war unklar – er war Statist. Und Wolf? Janka schreibt, dass der weder mit Harich noch mit ihm zu tun hatte (Spuren, 372), sein Unglück war, dass er Steinberger flüchtig kannte und sich an der Ausarbeitung der Plattform beteiligen wollte.

#### **IV.**

Die PLATTFORM, genauer der vollständige Titel Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus vom November 1956 beträgt in Harichs Buchfassung (Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, 111-160) 50

Seiten. Sie besteht aus drei Teilen: (A) Die Partei (113-137), (B) Programm des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus (138-158), (C) Sofortmaßnahmen (159-160).

Teil A beschäftigt sich mit dem innerparteilichen Leben, dem Verhältnis von Partei und Staat, mit der Weiterentwicklung des Marxismus – gefordert wird u.a. eine Magna Charta der Rechte und Pflichten und Freiheiten des werktätigen Menschen –, mit den Beziehungen der SED zu anderen Parteien und speziell zur SPD. Der gesamte Textteil ist konsequent antistalinistisch, er ist sozialistisch und demokratisch zugleich.

Teil B denkt in Richtung Wiedervereinigung und soll die DDR für den Westen attraktiv machen: Dafür soll das gesamte staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche System mit vielen Einzelforderungen modernisiert werden, dazu gehören solche bisher ungehörten Forderungen wie die Auflösung der Staatssicherheit, der Nationalen Volksarmee, auch des Kulturministeriums, die Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches, die volle Freiheit von Lehre und Forschung, von Kunst und Literatur, also auch Abschaffung der Zensur, schließlich ein Katalog von Maßnahmen zur unmittelbaren Hebung des Lebensstandards. Zu den Bedingungen und Folgen der Wiedervereinigung zählt das Programm die Zulassung sämtlicher Parteien in beiden Teilstaaten, die Schaffung einer einheitlichen Währung. Doch die wichtigsten Punkte der gesamten Plattform sind wohl die Neutralität des wiedervereinigten Landes nach dem Beispiel Österreichs, ein Friedensvertrag, eine neue Verfassung, die Aufnahme in die UNO und der Abzug aller ausländischen Truppen.

Die Sofortmaßnahmen (Teil C) fordern die Wahl eines neuen Politbüros, die schonungslose Kritik an der Politik der alten Führung, die Reinigung des Parteiapparates von extremen Stalinisten, anschließend soll eine neue Regierung gebildet werden – das wäre der Umsturz pur, aber als sozialistischer.

Diese Ausarbeitung sollte nach dem Willen der Gruppe dem ZK der SED zugeschickt und hoffentlich auf einer Theoretischen Konferenz der Partei diskutiert werden – so arbeiten Konterrevolutionäre, die eine Staatsmacht stürzen wollen, gewöhnlicher Weise nicht.

„Das Programm wird meist danach beurteilt, ob die einzelnen Punkte dieses riesigen Forderungs-, Veränderungs- und Konservierungskatalogs mehr oder weniger realistisch gewesen sind und zu welchen Veränderungen dies geführt hätte. Nach meiner Auffassung gab es nur sehr wenige Möglichkeiten einer Wirkung des Papiers: 1. (als Harichs Hoffnung:) Die Plattform wird

auf einer ZK-Tagung ernstlich als Diskussionsmaterial behandelt (schon diese Annahme war im Oktober 1956 unrealistisch). In diesem Falle hätte es zwei Wege gegeben: entweder sie wäre als parteifeindlich verworfen worden (und die ganze Gruppe der Zentralen Parteikommission oder gleich dem MfS überantwortet worden) oder das ZK hätte sich von diesem Papier überzeugen lassen – das hätte dann die Ablösung Ulbrichts sein können. Dieser Sturz als ‚Revolution von oben‘ nach dem Vorbild der Wahl Gomułkas auf dem 8. Plenum der PVAP hätte für die DDR schwer absehbare Folgen gehabt. Es wäre ein Druckkessel explodiert, vergleichbar mit Polen, vielleicht aber auch mit Ungarn – und die Sowjetunion hätte in diesem Fall militärisch eingegriffen. Auf keinen Fall aber wäre das Programm Schritt für Schritt abgearbeitet worden, wie sich das Harich in seinen von ihm aufgestellten Etappen vorstellte. 2. Angesichts dieser leicht voraussehbaren eruptiven Folgen wäre mit größter Wahrscheinlichkeit das passiert, was auch eingetreten ist: das Programm wird sofort als Umsturzversuch kriminalisiert, die Autoren sind zu verhaften. 3. Gänzlich unmöglich – und von Harich auch nicht gedacht – wäre die letzte Variante: eine ‚Revolution von unten‘ wie im Herbst 1989.“ (Anpassung und Aufbegehren, 509 f.)

Harich wurde dreimal gewarnt: vom sowjetischen Botschafter Puschkin, von Walter Ulbricht, zuletzt von Rudolf Augstein in Hamburg. Und es geschah, was nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes zu erwarten war: Harich wurde am 29. November verhaftet, als er aus Hamburg zurückkam, Steinberger und Hertwig ebenfalls am 29., Janka am 6. Dezember, Just und Zöger und Wolf im Gerichtssaal während des Harich-Prozesses, wo sie als Zeugen auftreten mussten, am 3. März 1957.

Beide Prozesse (gegen die Harich-Gruppe vom 7. bis 9. März 1957, gegen „Janka und andere“ vom 23. bis 27. Juli) ähnelten sich im Ablauf: der Saal voll von MfS-Raumfüllern, ausgesuchten Schriftstellern (Anna Seghers, Willy Bredel, Bodo Uhse), auch Helene Weigel – die alle zu schweigen hatten. Vom MfS vorsortierte Belastungszeugen marschierten auf und sagten unisono gegen die Angeklagten aus, im zweiten Prozess auch Jankas Bis dahin-Freunde Harich und Merker (beide schon psychisch gebrochen). Die Verteidiger hatten nichts zu sagen. Lakonisch knapp beginnt Janka seine Darstellung des Prozesses: „Der erste Tag war mit den Vernehmungen zur Person ausgefüllt. Der zweite mit dem Plädoyer des Generalstaatsanwaltes. Der dritte mit Beweisaufnahmen und Zeugenaussagen. Der vierte mit den

Verteidigern. Der Schlußtag mit der Verkündung der Urteile.“ (Spuren, 384).

Generalstaatsanwalt Melsheimer schrie herum, Harich gab alles zu und bereute heftig, Janka war nicht geständig, Just und Wolf auch nicht, die Verteidiger forderten mit guten Gründen Freispruch, das Gericht verhängte die vorgesehenen Strafen. Verurteilt wurden sie alle nicht nach dem geltenden Strafgesetzbuch der DDR, sondern nach dem Artikel 6 der Verfassung mit dem Generalvorwurf der Boykotttätze. Jedoch die Beweislage – außer den präparierten Belastungszeugen – war mehr als dürftig. Weil aber das Oberste Gericht das oberste Gericht war, gab es juristisch keine Möglichkeit der Berufung – die Angeklagten mussten 33 Jahre warten, bis sie freigesprochen wurden (vom selben Obersten Gericht der DDR).

Das Strafmaß:

Harich – 10 Jahre	Janka – 5 Jahre
Steinberger – 4 Jahre	Just – 4 Jahre
Hertwig – 2 Jahre	Zöger – 2 ½ Jahre
	Wolf – 3 Jahre.

Die gelenkte Presse des Neuen Deutschland brachte Riesenartikel, z.B. am 9. März Die Verbrechen der Harich-Gruppe mit Auszügen aus Melsheimers Anklagerede, am 10. März Die Verschwörung der Harich-Gruppe, Autor war der Ex-Nazi und stellvertretende Chefredakteur Günter Kertzsch.

Zum Prozess gegen Janka, Just und Zöger gab es keinen großen ND-Artikel. Eine sehr wichtige Beobachtung von Harich gehört hierher. „Mein Name war der Öffentlichkeit, von meiner beruflichen Tätigkeit her, weit mehr bekannt als der Jankas. (...) Dadurch, dass man mich in den Vordergrund schob, wurde die Aburteilung der Gruppe zu einem Warnschuss vor den Bug der oppositionell gestimmten Teile der Parteiintelligenz, die Ulbricht (...) für besonders gefährlich hielt. Die Aburteilung einer Janka-Gruppe hätte sich, als solche deklariert, primär gegen einen gewöhnlichen, nicht-intellektuellen Funktionär und dessen Freunde gerichtet und wäre daher von der Intelligenz weniger ernst genommen worden. Der von Janka ausgeheckte hauptsächliche Plan der Gruppe bestand darin, Ulbricht als Parteichef zu stürzen und in dieser Funktion durch Paul Merker zu ersetzen. (...) Ohne diesen Plan wäre eine bloße Harich-Gruppe nichts als ein Grüppchen debattierender Intellektueller ohne Aussicht auf politischen Einfluß gewesen.“ (Autobiographie, 225/26) Harichs kühner, aber nicht abwegiger Schluss: „Mich in den Vordergrund schieben hieß also sowohl die rechts-widrige Verfolgung Merkers, 1950-55, als auch dessen politische Ansprü-

che 1956 verschleiern.“ (226). Das ist scharf gedacht, nur: die politischen Ansprüche Merkers als Nachfolger Ulbrichts existierten nicht bei diesem, sondern einzig in Jankas Kopf.

Harich saß fast nur Einzelhaft (in der letzten Zeit auch mit Herzinfarkt im Haftkrankenhaus Hohenschönhausen), er musste in Bautzen II jahrelang Druckknöpfchen auf Karten drücken, durfte aber ab 1963 Literatur lesen (doch keine Philosophie!), er las statt dessen die großen Romane der Weltliteratur, dann speziell Jean Paul und legte hier den Grundstein zu seinem großen Jean-Paul-Buch; nach 8 Jahren wurde er Ende 1964 vorzeitig entlassen.

Janka ebenfalls in Bautzen II, in verschärfter Einzelhaft in einer schmutzigen ungeheizten Zelle. „Arbeiten durfte ich nicht, weil Arbeit eine Vergünstigung war“ (Spuren, 405), und weil er nicht arbeiten durfte, bekam er auch nur an Essen die halbe Ration, er erkrankte schwer, ab Herbst 1960 konnte er dann arbeiten (er sagt uns nicht, was) und wurde im Dezember 1960 nach 4 Jahren Haft auf Ulbrichts Befehl vorzeitig entlassen.



Guntolf Herzberg **Rudolf Leppin**

## V.

Das Leben nach der Haft-Entlassung:

Harich verdiente sein Geld als freier Mitarbeiter des Akademie-Verlages und machte die mühsame Kleinklein-Arbeit an der großen Feuerbach-Ausgabe, schrieb unablässig, veröffentlichte sein Hauptwerk Jean Pauls Revolutionsdichtung (1974), verfasste unter dem Eindruck der ökologischen Krise (und der Beschäftigung mit den Berichten an den Club of Rome) eine beinahe stalinistische Utopie Kommunismus ohne Wachstum? (1975). Er will beweisen, dass er kein Staatsfeind ist, sondern Kommunist und Marxist, er kämpfte ununterbrochen und erfolglos für seine politische, wissenschaftliche und moralische Rehabilitierung, positionierte sich publizistisch links von der SED-Kulturpolitik in Sachen Literatur und Theater und machte sich dadurch viele Gegner.

Seine für ihn immer wichtige Freundschaft mit seinem großen Vorbild Georg Lukács brach dieser ab, als Janka ihn bei einem Besuch in Budapest über Harichs Aussagen im Prozess 1957 informierte.

Er wollte sich mit der SED-Führung gut stellen, schrieb regelmäßig lange Briefe an Honecker und Kurt Hager, doch alle seine Pläne zur Rückkehr in die Wissenschaft wurden abgeblockt. Schließlich suchte er die Zusammenarbeit mit dem MfS (A. Förster: Die Akte Harich, Berliner Zeitung vom 27. April 2001, S. 3) – die Staatssicherheit half ihm bei seiner befristeten Ausreise 1979, lehnte aber eine ihr angebotene Spitzeltätigkeit im Westen ab. Er bereiste mit politischen Ambitionen 2 ½ Jahre Österreich, Spanien und die Bundesrepublik und kam Ende 1981 ernüchert bis enttäuscht in die DDR zurück, wollte wieder in die SED eintreten – aber keine Parteigruppe wollte ihn haben (nach 1990 ging er kurzzeitig in die KPD).

Auch Janka war anfangs arbeitslos, fand (dank einer Vertragsklausel der Witwe Lion Feuchtwangers bei ihrer Vergabe der Filmrechte für die Romane ihres Mannes) ein Unterkommen bei der DEFA als Dramaturg im Studio für Spielfilme. Er wurde von IMs des MfS umgeben, Briefe und Telefon wurden bis zum Herbst '89 überwacht, in einem Maßnahmenplan des MfS vom 26.11. 1963 zu seiner operativen Bearbeitung hieß das Ziel, „Schaffung von Beweismaterial über die Feindtätigkeit des Janka“ (Die Unterwerfung, S. 160). Doch er muss das gewusst haben und hat jahrzehntelang geschwiegen.

Dann kam der Herbst '89, und er veröffentlichte endlich bei Rowohlt einen Ausschnitt der Lebensspanne 1956/57 unter dem Titel Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Ein Schriftsteller brachte das Büchlein von einer Westreise

mit, und am 28. Oktober – Honecker war gerade 10 Tage vorher abgelöst worden, die SED-Diktatur wankte beträchtlich – las der Schauspieler Ulrich Mühe im dreimal übervollen Deutschen Theater in Berlin diesen Text vor. Etwas pathetisch formuliert: ein Aufschrei ging durchs Land, die Lesung musste wiederholt werden und wurde auch im Fernsehen ausgestrahlt. Für viele war dieser knappe Text der Tod der SED-Herrschaft. Janka errang eine ungeheure Popularität, wurde mit Briefen überschüttet, man konnte ihn sich sogar als Präsidenten einer reformierten DDR vorstellen.

Harich dagegen blieb isoliert: Seine Witwe schreibt über diese Zeit: „Der Name Walter Janka bestimmte vom Herbst 1989 an unser Leben, und das war furchtbar für Dich und für mich.“ (Anne Harich: „Wenn ich das gewußt hätte ...“ Erinnerungen an W.H., 2007)

Seine wichtigste Aufgabe sah er als Vorsitzender der Alternativen Enquete-Kommission (der PDS) in der Neubestimmung der DDR-Geschichte in Absetzung von der beginnenden Aufarbeitung durch die große Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Vor allem aber arbeitete er intensiv an einem schrecklichen Buch zur Verurteilung von Friedrich Nietzsche, dann kam er auf den philosophischen Mentor seiner Jugend zurück und schrieb bis zu seinem Tode an zwei Monographien über Nicolai Hartmann, die postum erschienen. Unbedingt zu erwähnen ist die monumentale Gesamtausgabe in 12 Bänden zu Harichs philosophischen, literaturwissenschaftlichen, ökologischen und politischen Texten (seit 2013) – mit denen Harich der einzige Philosoph aus der DDR ist, der so umfassend gewürdigt ist.

Der Dokumentarist Thomas Grimm führte bei laufender Kamera im Oktober und November '89 lange Gespräche mit Harich, daraus entstand die Fernsehsendung „Widerstand gegen Ulbricht“, ausgestrahlt am 4. Januar 1990, gegen die Janka eine Gegendarstellung im selben Sender drei Wochen später durchsetzte – damit war die Öffentlichkeit bestens über den Streit informiert, der sich dann über Rechtsanwälte fortsetzte.

## VI.

Worum ging eigentlich dieser Streit zwischen zwei Kommunisten? Gegenseitige Beschuldigungen: Während Janka durch seine Gefängnis- und KZ-Erfahrungen aus der Nazi-Zeit alle Anschuldigungen der Vernehmer und der Anklage zurückwies, nichts zugab, auch wenn er durch andere

bereits überführt war, selber niemanden belastete, hatte Harich in der Haft eine fürchterliche Angst, glaubte an eine mögliche Todesstrafe, belastete in unverantwortlicher Weise jeden, zu dem er befragt wurde, und dankte als Krone der Feigheit im Prozess der Staatssicherheit, dass sie ihn vor Ausführung größerer Verbrechen rechtzeitig verhaftet habe. Janka brauchte in seinem Buch Spuren eines Lebens nur eine einzige Seite (die Seite 340) über dessen Aussagen in der Haft zu schreiben, um Harich moralisch zu erledigen.

Das andere: Beide verdächtigten sich gegenseitig (und zu Unrecht): Harich sah in der Teilnahme Merkers beim hochverdächtigen Bußtag-Treffen in Kleinmachnow eine von Ulbricht aufgestellte Falle, Janka sah in Harichs Kontaktaufnahmen zur SPD einen Auftrag des sowjetischen KGB.

Aber die tiefere Differenz: Harichs gesamtdeutsche Zielstellung war für Janka unannehmbar, er wollte die DDR stärken und hatte kein Interesse am kapitalistischen Westdeutschland. Die gesamtdeutsche Option war nach dem Beitritt der beiden Teilstaaten zur NATO und zum WP ohnehin erledigt. Verloren hatten 1990 beide Kommunisten: Harich bekam zwar ein wiedervereinigtes Deutschland – aber als ein kapitalistisches; Janka verlor seinen sozialistischen Teilstaat, für den er seit dem Mexiko-Exil gelitten und gestritten hat.

Ein Schlusswort noch: Das erneute Studium einiger Quellen von 1956/57 sowie der rückblickenden Werke von Janka und Harich hat mich noch überzeugt, wie glücklich ich sein kann, wir alle sein sollten, diese SED-Diktatur friedlich beseitigt zu haben. Alles, was uns heute bedrückt, ärgert, aufregt, muss öffentlich kritisiert werden, wir leben in einem Rechtsstaat, und ich erinnere gerade mit Blick auf die zerstörten Leben von Wolfgang Harich und Walter Janka und der anderen an einen Satz von Brecht: glücklich ein Land, das keine Helden braucht. Das ist kein Ruhekitzel-Satz, sondern Aufruf zur Partizipation, also Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten und dazu muss man kein Held sein wollen.

### **Im Text erwähnte Literatur:**

- Der Prozeß gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation, Juni 1990, von Janka selbst initiiert, mit Vernehmungsprotokollen, Auszügen aus der Hauptverhandlung und dem Urteil.
- Eichhorn, A. Reinhardt (Hg.): Nach langem Schweigen endlich sprechen. Briefe an Walter Janka, 1990

- Janka: Spuren eines Lebens, April 1991
- Harich reagierte 1993 mit Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, berichtet darin seine Version der Ereignisse von 1956 und publizierte die authentische Fassung seiner berühmten Plattform
- Janka: ...bis zur Verhaftung. Erinnerungen eines deutschen Verlegers, 1993 – angereichert durch ein ausführliches Gespräch von Werner Mittenzwei mit Janka
- Janka: Die Unterwerfung, 1994 – darin u.a. die Anklagerede des GStA der DDR Melsheimer gegen Janka, Dokumente aus dem MfS und zahlreiche Spitzel-Berichte
- Die Harich-Biographie von Siegfried Prokop: Ich bin zu früh geboren, 1997, mit einigen erstveröffentlichten Texten von Harich, zu den Ereignissen 1956 und die Zeit im Zuchthaus.
- Die Autobiographie Ahnenpaß, 1999 – hrsg. von Thomas Grimm mit ausführlichen, auch im Fernsehen veröffentlichten Gesprächsprotokollen, in denen es um die Haft und auch um Janka ging.
- R. Wiese: Der Streit Harich/Janka um 1956, studentische Seminararbeit an der Humboldt-Universität (WS 1993/94)
- J. Marschall: Aufrechter Gang im DDR-Sozialismus. Walter Janka und der Aufbau-Verlag, 1994
- S. Sieber: Walter Janka und Wolfgang Harich. Zwei DDR-Intellektuelle im Konflikt mit der Macht, Berlin 2008).



Martin Klähn im Gespräch mit Guntolf Herzberg **Frederic Werner**

# Die Gründung

**der Nationalen Volksarmee  
im Kontext des Jahres 1956**

---

Dr. Rüdiger Wenzke

Rüdiger Wenzke ist Leitender Wissenschaftlicher Direktor am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Militärgeschichte der DDR und des Warschauer Pakts.

Die Nationale Volksarmee (NVA) war das stärkste bewaffnete Machtorgan der DDR und Kern der ostdeutschen Landesverteidigung. Sie bildete für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ein unerlässliches Instrument der Herrschaftssicherung. Von 1956 bis 1990 haben mehr als 2,5 Millionen DDR-Bürger in dieser Armee gedient – als Grundwehrdienstleistende, Zeit- oder Berufssoldaten. Als die NVA Anfang 1956 offiziell gegründet wurde, war das ostdeutsche Militär in Wirklichkeit bereits fast acht Jahre alt war. Stalin hatte im Jahr 1948 die Entscheidung zum Aufbau kasernierter Polizei-Einheiten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gefällt. Er legte damit den Grundstein für künftige reguläre Streitkräfte im Osten Deutschlands. Besondere Beachtung schenkten sowohl die sowjetischen Berater als auch die ostdeutschen Kommunisten der Personalauswahl für die bewaffneten Kräfte. Hier verstand die SED, wie es Walter Ulbricht ausdrückte, „keinen Spaß“. Die soziale Herkunft und die politische Zuverlässigkeit im Sinne der neuen Machthaber wurden zu entscheidenden Einstellungskriterien für das entstehende Militär. Fachliche Kenntnisse und persönliche Eignung der Bewerber traten demgegenüber in den Hintergrund. Die Sowjetunion stellte den deutschen Behörden in der SBZ im Herbst 1948 rund 5 000 deutsche Kriegsgefangene für die kasernierte Polizei für künftige Militärformationen zur Verfügung. Diese ehemaligen Wehrmachtangehörigen mit Mannschafts- und Unterführerdienstgraden hatten sich zuvor in den sowjetischen Lagern aus unterschiedlichsten Gründen und nicht selten unter Druck für einen „Polizeidienst“ in der SBZ verpflichtet. Neu eingestellt wurden auch etwa 100 ehemaligen Offiziere und vier Generale der Wehrmacht, die zuvor dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in der UdSSR angehört hatten.

Im Frühjahr 1952, auch vor dem Hintergrund des Koreakrieges, gab die sowjetische Führung der DDR grünes Licht, um zum Aufbau von „nationalen Streitkräften“ überzugehen. Auf Geheiß der UdSSR sollte in der DDR nunmehr, wie es Stalin ausdrückte, die „pazifistische Periode“ beendet und „ohne Geschrei“ eine „Volksarmee“ geschaffen werden. In diesem Kontext entstand im Sommer 1952 die Kasernierte Volkspolizei (KVP). Sie war eine getarnte Armee, deren Grundstock die bisherigen kasernierten „Polizei-Einheiten“ bildeten. Ende 1955 dienten in der KVP bereits mehr als 100 000 Mann. Nachdem im Mai 1955 die DDR dem Warschauer Pakt beigetreten war, legten wenig später der Staatsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR sowie das Gesetz zur Ergänzung der Verfassung wichtige völker- und

formalrechtliche Grundlagen für die Bildung von regulären Streitkräften in der DDR. Aber erst als die Bundesrepublik als neues NATO-Mitglied Ende 1955 mit dem praktischen Aufbau der Bundeswehr begann, vollzog man in Ost-Berlin aus propagandistischen Gründen offiziell den Übergang von den bisher getarnten Streitkräften in Form der KVP zu einer regulären Armee.

Am 18. Januar 1956 wurde das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung“ und der „Beschluss über die Einführung der Uniformen für die Nationale Volksarmee“ kurzfristig auf die Tagesordnung der 10. Sitzung der DDR-Volkskammer gesetzt. Es sei aus „technischen Gründen“ nicht möglich gewesen, so entschuldigte sich Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann bei den Abgeordneten, die Drucksachen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Gut vorbereitet begründete dagegen der stellvertretende DDR-Ministerpräsident in der Uniform eines Generaloberst der KVP Willi Stoph den Gesetzentwurf zur Schaffung von Streitkräften: Angesichts der „Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee und der Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven Nordatlantikpakt“ genüge es nicht, nur Friedensbeteuerungen abzugeben, sondern es sei nunmehr notwendig, „Maßnahmen“ zu treffen, die die Verteidigungsfähigkeit der DDR gewährleisteten. Daraus ergäben sich das Recht und die Pflicht, eine Armee zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz des Territoriums und der Bevölkerung zu schaffen.

Die Nationale Volksarmee sollte aus Land-, Luft- und Seestreitkräften bestehen. Der Name für die „neuen“ Streitkräfte war dabei Programm. Der Begriff „national“ sollte die Verwurzelung in den nationalen Traditionen des deutschen Volkes und den Gegensatz zur „Amerikanisierung“ der westdeutschen Streitkräfte ausdrücken. Und die Bezeichnung „Volksarmee“ war gewählt worden, um die personelle Zusammensetzung der Streitkräfte als wahre „Armee des Volkes“ zu beschreiben, in der es keine „Klassenschranken“ und keinen Standesdünkel geben sollte. Bewusst verzichtete man 1956 in Ost-Berlin auf die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht. Die Abgeordneten der Volkskammer brachten nach der Rede Stophs erwartungsgemäß weder Bedenken noch Fragen zu der weitreichenden Problematik der Schaffung einer regulären Armee zum Ausdruck. Alle Redner entsprachen mit ihren Beiträgen dem vorgegebenen Muster, dass die Heimat wegen der vorgeblichen westlichen Bedrohung militärisch verteidigt werden müsse.

Insofern verwundert es nicht, dass die Abgeordneten der nach Einheitslisten gewählten höchsten Volksvertretung der DDR das Gesetz über die Schaffung der NVA noch am selben Tag einstimmig verabschiedeten. Es trat mit seiner Verkündung in Kraft.

Letztlich reichte es für die herrschende SED im Ulbricht-Staat aus, sich für die Schaffung von regulären Streitkräften von den Volksvertretern einen knappen Gesetzestext bestätigen zu lassen. Im anderen Teil Deutschlands, in der Bundesrepublik, hatte man es dagegen für unerlässlich gehalten, die Wehrverfassung sowie die Rolle des Militärs in der parlamentarischen Demokratie breit zu diskutieren und gesetzlich zu verankern. Ganz im Gegensatz zu ihren ostdeutschen „Kollegen“ hatten die Parlamentarier des Bundestages auch die Möglichkeit und das Recht, die Personalstärke und Struktur der Bundeswehr zu kontrollieren und mit zu bestimmen. Zusätzlich wurde im April 1957 die Institution des nur dem Parlament verantwortlichen Wehrbeauftragten eingeführt. Er galt als „Hilfsorgan“ des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle und stellte damit eine in der deutschen Militärgeschichte einmalige Instanz dar.



Rüdiger Wenzke in der Aussprache zu seinem Vortrag **Rudolf Leppin**

Erster Minister für Nationale Verteidigung wurde am 19. Januar 1956 der 41jährige Generaloberst Willi Stoph. Er war seit 1931 Mitglied der KPD, wurde 1950 Mitglied des Sekretariats des ZK der SED und gehörte seit 1953 dem SED-Politbüro an.

Stoph war bei seiner Berufung zum Verteidigungsminister nicht nur mit einer einflussreichen Parteiposition ausgestattet, sondern er konnte auch mehrjährige Erfahrungen in der Führung von staatlichen Schlüsselressorts, so als Minister des Innern der DDR, vorweisen. Zudem genoss er das volle Vertrauen der sowjetischen Führung.

Bereits in seinen früheren Verwendungen hatte sich Willi Stoph als guter Organisator und Administrator ausgezeichnet. Hinzu kam, dass er von seinen Untergebenen und Mitarbeitern wegen seines Fleißes und seiner Korrektheit geachtet wurde und im Unterschied zu einigen anderen Angehörigen der militärischen Führung weder durch Alkoholexzesse noch andere Verfehlungen auffiel. Am 7. Oktober 1959 wurde Willi Stoph der erste Armeegeneral der DDR.

Die einflussreichsten Positionen in den Streitkräften nach dem Minister nahmen der Chef des Hauptstabes und der Chef des Politapparates ein. Der Hauptstab bildete das Planungs-, Koordinierungs- und Führungsorgan des Ministers für alle militärischen Maßnahmen. Er stellte im Prinzip den Ersatz für einen Generalstab dar, den zwar alle andere Armeen der Warschauer Pakt-Staaten besaßen, dessen Installierung jedoch aufgrund des Potsdamer Abkommens in der DDR nicht erlaubt war. Mit Generalleutnant Vincenz Müller in der Funktion des Chefs des Hauptstabes bekam Willi Stoph einen überaus erfahrenen Militär als Stellvertreter an die Seite gestellt. Müllers Karriere hatte 1914 als Leutnant im kaiserlichen Kontingenttheer begonnen und mit seiner Kapitulation als Generalleutnant, Ritterkreuzträger und Führer des XII. Armeekorps der Wehrmacht im Sommer 1944 ihr vorläufiges Ende gefunden. In sowjetischer Gefangenschaft hatte er sich vom Naziregime gelöst und war dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ beigetreten. Im Sommer 1952 interessierte sich die SED-Führung in Abstimmung mit sowjetischen Militärführern für Müllers militärisches Organisations- und Führungstalent. Als Generalleutnant und Chef des Stabes der KVP trug er in der Folgezeit entscheidend zum Aufbau der damals noch getarnten ostdeutschen Streitkräfte bei. 1956 wurde der ehemalige Generalleutnant der Wehrmacht nunmehr zum Stellvertreter von Stoph und Chef des Hauptstabes ernannt. Müller, der nicht der SED angehörte, war tatkräftig am

Aufbau der jungen Armee beteiligt. Dass er dennoch nur eine Übergangslösung war, sollte sich bald zeigen. Am 1. März 1958 schied er krankheitsbedingt aus dem aktiven Dienst aus. Müller starb wenige Jahre später durch einen Sturz aus dem Fenster seines Hauses.

In der Truppe fand die offizielle Gründung der NVA eine insgesamt positive Resonanz. Anfängliche Unsicherheiten und Fragen wurden rasch ausgeräumt. Die Mehrheit der KVP-Angehörigen erklärte ihr Einverständnis zur Übernahme in die NVA. In der Folge wechselten viele Einheiten geschlossen zur NVA. Kritik an der Armeegründung kam vor allem aus der zivilen Bevölkerung. Zwar begrüßten auch hier zahlreiche Betriebsbelegschaften, „Arbeitskollektive“, Partei- und Gewerkschaftsgruppen, Schulklassen, Funktionäre, Wissenschaftler und Künstler die Schaffung der NVA. Doch bei weitem nicht alle Menschen schlossen sich den geforderten Willensbekundungen an. SED-Berichte vermerkten, dass sich beispielsweise der „größte Teil der Intelligenz“ zurückhielt. Auch bei einem „großen Teil der Jugendlichen“ registrierte man Unklarheiten, verhaltene Ablehnung und Vorbehalte. Regional kam es gar zu offener Ablehnung in Form von Losungen, Flugblättern und anonymen Briefen, so in Karl-Marx-Stadt, Lauchhammer, Eisleben und Henningsdorf. Die Ablehnung der NVA in Teilen der Bevölkerung war sowohl pazifistisch als auch politisch begründet: „Wenn wir keine Waffe in die Hand nehmen, gibt es auch keinen Krieg“; „Volksarmee einverstanden – aber ohne uns“; „Wir wollen nicht auf unsere Brüder schießen“. Dazu kamen Befürchtungen, die Armee führe zu einem sinkenden Lebensstandard und zur Einführung der Wehrpflicht. Vereinzelt waren die ablehnenden Äußerungen mit politischen Forderungen nach freien Wahlen, einer Volksabstimmung oder der Rückgabe der ehemaligen Ostgebiete an Deutschland verbunden. Junge Männer, die nicht „freiwillig“ zur NVA gehen wollten, flüchteten in den Westen. Der Unmut vieler Bürger richtete sich nicht zuletzt auch gegen die Uniformen der neuen Armee. Offiziell als Fortsetzung progressiver Traditionen deutscher Militärgeschichte proklamiert, weckten Farbe, Schnitt und Ausstattung der NVA-Uniformen eher Erinnerungen an den Soldatenrock der „faschistischen“ deutschen Wehrmacht.

Noch Ende Januar 1956 wurde seitens der DDR-Führung beantragt, bewaffnete Kontingente der NVA in die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes einzubeziehen. Die Aufnahme in die Vereinten Streitkräfte bedeutete, sich von Anfang an strikt am Vorbild der Sowjetarmee zu orientieren

und sich in die Militärorganisation des Paktes einzuordnen. Die DDR-Volksarmee musste daher in ihrer Struktur, Gliederung und Entwicklung den Anforderungen einer Koalitionsarmee genügen. Mitten im Aufstellungsprozess der NVA spitzte sich sowohl die nationale als auch die internationale Situation gefährlich zu. Die Auswirkungen der Krisen in Ungarn und Ägypten sowie im eigenen Land auf die junge Nationale Volksarmee waren nicht zu übersehen. Einerseits gab es öffentliche Solidaritäts- und Sympathiebekundungen der Armeeführung mit den „ungarischen Werktätigen“ und der ägyptischen Bevölkerung. Soldaten meldeten sich sogar freiwillig zum Einsatz gegen die „Konterrevolution“ in Ungarn bzw. gegen die „Aggressoren“ im Nahen Osten, zu dem es allerdings nicht kam. Andererseits hatte die „Entstalinisierungsdebatte“ im sozialistischen Lager auch in der NVA Diskussionen ausgelöst und Hoffnungen auf Reformen in der DDR geweckt. Eine Analyse des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ergab, dass ein verstärktes Abhören westlicher Sender in der Truppe zu beobachten war. So hatte Oberleutnant Günter S. gegenüber Kameraden SED-Chef Walter Ulbricht als Stalinist bezeichnet und innerhalb seiner Abteilung westliche Radiomeldungen diskutiert. S. wurde sofort aus der NVA entfernt.

Die meisten NVA-Angehörigen verhielten sich im Herbst 1956 allerdings ruhig und abwartend. Weit verbreitet war jedoch die Furcht in der Trup-



Rüdiger Wenzke **Rudolf Leppin**

pe, dass die Armee und ihre Soldaten bei möglichen Unruhen in der DDR gegen das eigene Volk vorgehen mussten. Diese Furcht war keineswegs unbegründet. Bereits am 9. Februar 1956 hatte der DDR-Ministerrat dem Verteidigungsminister „die Verantwortung in Fragen der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Deutschen Demokratischen Republik“ übertragen. Dieser Auftrag schloss neben der Landesverteidigung nach außen mithin auch eine innere Funktion der Streitkräfte gegen die eigene Bevölkerung ein. Die NVA wurde damit zu einem nicht unerheblichen Drohpotential in den Händen der staatstragenden Partei zur Absicherung der eigenen Machtposition. Dass das Militär zur Gewährleistung der inneren Ordnung herangezogen werden konnte, bildete kein Spezifikum der DDR. Auch in anderen Staaten und politischen Systemen gab und gibt es bis heute diese Option. Im Unterschied zu demokratisch verfassten Staaten, die für einen Militäreinsatz im Innern in der Regel jedoch zahlreiche Kontrollinstanzen installiert haben, um einen willkürlichen Missbrauch zu vermeiden, konnten die politischen Führer in diktatorischen Regimen zur Sicherung ihrer Herrschaft nach eigenem Ermessen über diese Einsatzoption verfügen. So auch in der DDR.

Nach der für die SED-Führung traumatischen Erfahrung des Volksaufstandes vom Juni 1953 war es zu einer „inneren Mobilmachung“ des Staates gegen das eigene Volk und zur Herausbildung eines inneren Sicherheitssystems in der DDR gekommen. Zu diesem System gehörten Kräfte der Deutschen Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit sowie die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ in den Betrieben. Zudem koordinierten nunmehr die Sicherheitsorgane ihre Zusammenarbeit für den Krisenfall in sogenannten Einsatzleitungen. 1956 trat die NVA an die Stelle der KVP in dieses Sicherheitssystem ein. Ende Oktober 1956 erhielt Verteidigungsminister Stoph von der Parteiführung den Auftrag, alle „für notwendig erachteten Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“ einzuleiten. Wenige Tage später erfolgte der Beschluss des Politbüros der SED über „Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“. Darin war der Einsatz der bewaffneten Organe in drei Etappen festgelegt – zuerst sollten Polizeikräfte, die Kampfgruppen und das MfS, danach die NVA und letztlich sowjetische Truppen gegen die „Konterrevolution“ zum Einsatz kommen. Die DDR-Volksarmee bildete damit ein integrales Element der bewaffneten Macht zur Bekämpfung innerer Unruhen. Sie sollte sogar ab einem bestimmten Zeitpunkt die komplette Befehlsgewalt übernehmen.

Erst im Zuge sich verändernder Rahmenbedingungen und des Ausbaus der anderen bewaffneten Kräfte in der DDR wurde die NVA 1962 zwar wieder aus den Planungen für den inneren Einsatz herausgenommen. Das bedeutete jedoch nicht, dass sie von nun an als Einsatzoption und Drohgebärde gänzlich aus dem Kalkül der SED verschwunden wäre. Die NVA blieb bis Ende 1989 ein wichtiges Instrument der SED zur Gewährleistung ihrer Herrschaft. Aus dem Krisenjahr 1956 ergaben sich für die NVA politische und militärische Schlussfolgerungen, die im weiteren Aufbauprozess der Streitkräfte Berücksichtigung fanden. Als beispielsweise die SED-Führung erfuhr, dass in Ungarn ehemalige Offiziere der Horthy-Armee am Aufstand gegen die ungarischen Kommunisten beteiligt waren, führte dies zu der Befürchtung, dass auch die etwa 500 noch in der NVA diensttuenden ehemaligen Wehrmachtsoffiziere bei einem möglichen „konterrevolutionären Ernstfall“ in der DDR eine Quelle der Unsicherheit sein könnten. Daher sollten umgehend Konzentrationen von Wehrmachtangehörigen in den NVA-Einheiten ausgemacht und beseitigt werden. Vor diesem Hintergrund führte das MfS Ende 1956 im Auftrag der Parteiführung eine Analyse in der Armee durch. Danach waren im Ministerium für Nationale Verteidigung von 16 leitenden Generalen fünf ehemalige Wehrmachtsoffiziere. Gegen alle gab es aus Sicht der Staatssicherheit politische Bedenken. Von 40 Obersten im Ministerium hatten zehn eine Wehrmachtvergangenheit als Offizier. Hier gab es nach Einschätzung des MfS bei vier von ihnen Anzeichen von „Unzuverlässigkeit“. Auch andere Bereiche der NVA sowie die Führungen der Teilstreitkräfte wurden analysiert. Im Ergebnis der Überprüfungen beschloss das SED-Politbüro im Februar 1957, alle noch in der Armee befindlichen ehemaligen Wehrmachtsoffiziere in den nächsten Jahren aus dem aktiven Dienst zu entlassen. 1964 befanden sich nur noch knapp 70 ehemalige Wehrmachtsoffiziere, zumeist auf nachgeordneten Dienstposten, im Offiziersrang der NVA.

Im unmittelbaren Umfeld der krisenhaften Herbstereignisse 1956 glaubte man in der Partei- und Armeeführung zudem Tendenzen einer „Zersetzung der Parteiarbeit“ in der NVA erkannt zu haben. Grund genug, die vorgeblich „führende“ Rolle der SED in den Streitkräften zu verstärken und endgültig zu zementieren. Richtungsweisend wurde diesbezüglich der Politbürobeschluss „Über die Rolle der Partei in der NVA“ vom 14. Januar 1958. Er enthielt die wichtigsten Grundsätze für die weitere Durchsetzung der uneingeschränkten Führungsrolle der SED in den Streitkräften. Danach sollte

sich jeder Kommandeur, jeder Vorgesetzte, darüber im Klaren sein, dass er in erster Linie politischer Funktionär war und seine Tätigkeit im Auftrag der Partei durchführte. Die praktische Umsetzung dieser Grundsätze, vor allem die damit verbundene Absicht, die Verbindungen des Offizierskorps zur „Arbeiterklasse“ zu stärken und das dienstliche Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in der Truppe zu verbessern, stieß allerdings auch auf Unwillen und Ablehnung in den Einheiten. Hatte bereits eine Direktive des Ministers für Nationale Verteidigung zur Freistellung von NVA-Angehörigen zum zeitweiligen Produktionseinsatz in der Industrie und in landwirtschaftlichen Betrieben in der Truppe für Unmut gesorgt, so zog ein Politbürobeschluss vom Januar 1959 über den zeitweisen Einsatz von Offizieren als Mannschaftssoldaten in der Truppe teilweise offene Kritik auf sich. Dabei machte man vor allem auf die negativen Folgen dieser nach dem Vorbild der Chinesischen Volksbefreiungsarmee in die NVA eingeführten Maßnahmen aufmerksam. Ein Argument dazu war, dass der Dienst von Offizieren als Mannschaftssoldaten der Autorität der Vorgesetzten eher schade als nütze. Nicht zuletzt auf Drängen der Sowjetunion stellte die SED die „chinesischen Experimente“ in der NVA 1960/61 sang- und klanglos wieder ein.

Die Konflikte, die zwischen politischer Instrumentalisierung und einem professionellen Selbstverständnis bei Teilen des Offizierskorps entstanden, wurden auch im Westen wahrgenommen. Im November 1957 mutmaßten westliche Medien sogar über eine „Offizier- oder Generalsverschwörung“ in der NVA. Eine solche Verschwörung gab es trotz aller in der NVA vermeintlich oder tatsächlich vorhandenen Kontroversen nicht. Die „führende Rolle“ der Partei in den bewaffneten Organen wurde letztlich gestärkt und von Niemandem ernsthaft mehr in Zweifel gezogen oder gar negiert. Die SED hatte innerhalb weniger Jahre über ihre Politorgane und Parteiorganisationen die politische Durchdringung der Streitkräfte umfassend realisiert. Ende der 1950er Jahre gehörten bereits nahezu alle Offiziere der Einheitspartei an. Damit war die politische Zuverlässigkeit der NVA im Sinne der SED im Wesentlichen gesichert.

# Ungarn

## und die Angst vor dem autoritären Erbe – eine europäische Spurensuche

---

György Dalos

György Dalos, geboren 1943 in Budapest, studierte von 1962 bis 1967 an der Moskauer Universität und war Mitglied der Ungarischen KP bis 1968, als er wegen „staatsfeindlicher Aktivitäten“ Berufs- und Publikationsverbot erhielt. 1984 erhielt er ein Stipendium des Berliner DAAD und arbeitete an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen. Von 1987 bis 1995 lebte er abwechselnd in Wien und Budapest und arbeitete u.a. für deutsche Rundfunkanstalten und Zeitungen. Von 1995 bis 1999 leitete er das Ungarische Kulturinstitut in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen und Preise. György Dalos lebt als freier Schriftsteller in Berlin.

Transkribierte Rede gehalten am 7. September 2016 auf dem 14. Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit – Bützower Häftlingstreffen.

Ich will gern erklären, dass das Phänomen Orban komplexer ist und mehrere Sachen zum Ausdruck bringt, als das in den westlichen Medien sichtbar wäre. Damit will ich nicht sagen, dass ich seine Politik unterstütze, um Gottes Willen.

Was Orban praktisch macht, ist eine Art Abbildung eines historisch-psychologischen Zustandes seines Landes, der sehr viele Ähnlichkeiten mit dem anderer ehemaliger Ostblockländer und einen wahren Kern hat. Er schafft diese psychologischen Eigenheiten nicht, er benutzt sie aber. Dabei handelt es sich um eine Art Frustration, die in fast allen ehemaligen Ostblockstaaten bemerkbar ist und zwar von Anfang an und in Ungarn besonders stark. Es war ein Seelenzustand, der aus zwei Faktoren bestand. Anfang der Neunziger Jahre, als die große Abwicklung begann, bemerkten die Ungarn, dass sie im Kapitalismus lebten und die Arbeitsplätze abgewickelt wurden, es aber keinen Staat mehr gab, der ihnen auf ihrem Niveau bestimmte Sachen garantierte. Es gab Freiheit, aber es war nicht klar, ob alle diese Freiheit so auch wirklich wollten. Und dann haben die Leute, zu denen ich auch gehörte, die ehemaligen Menschenrechtler und Dissidenten, plötzlich gemerkt, dass sie vieles von unserer neuen Gesellschaft nicht wussten. So blieben beispielsweise die Spannungen in dieser Gesellschaft selbst gut ausgebildeten Sozialwissenschaftlern manchmal verborgen. Die Ungarn haben aber ein historisches Bewusstsein, das zwischen Nationalstolz und absoluter Ablehnung von allem anderem schwankte, wobei Europa dabei immer ein wunder Punkt war.

1988/89, das waren natürlich die schönen Tage. In Ungarn dauerte es ein bisschen länger und es begann ein bisschen früher. Und man dachte, jetzt lassen wir am Samstag die DDR-Bürger über die Westgrenze und am Montag sind wir in der Europäischen Gemeinschaft. Allein das Klopfen an der Tür der EU dauerte dann 14 Jahre.

Ungarn in Europa beginnt aber nicht 1989. Das beginnt an jedem historischen Wendepunkt der ungarischen Geschichte, wo dieses Land sich von der jeweiligen Fremdbestimmung befreien wollte. Und da gab es unterschiedliche. Das waren die Osmanen und das waren Habsburger, und dann stand Ungarn zwischen zwei Riesen, Russland und Deutschland, und dann kam der Warschauer Vertrag. Der Ausweg, den damals die denkenden Ungarn suchten, war der Westen. Wobei Ungarn gewissermaßen von der

Moldau oder der Ukraine aus gesehen sowieso schon Westen und die ungarische Kultur sehr stark westlich geprägt war.

Die erste moderne Literaturzeitschrift Anfang des 20. Jahrhunderts hieß Nyugat – Westen. Aber dieser Westen war immer durch irgendwelche inneren oder äußeren Hindernisse versperrt geblieben. Der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg, Ungarn verteidigte sich auf der Verliererseite, brach zusammen und war damit weiter vom Westen entfernt als zuvor. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg und erst recht nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es eindeutig klar, dass der Westen uns auch nicht besonders haben mochte. Und die Block-Logik war nicht nur in Ungarn, sondern auch im Westen stärker als diese immer etwas lyrisch gemeinte Europäische Solidarität. Die Ungarn waren plötzlich wieder die Fremden, nun aber im sowjetischen Machtbereich.

Und wir wurden angepasst. Das war eigentlich einer der größten Fehler der Sowjetunion, dass sie selbst die Gemüseläden von Shanghai bis Plauen ähnlich gestalten wollten. Also diese uniformierte Lagermentalität, die jedem Volk in dieser Gemeinschaft absolut fremd war. Es war Fremdherrschaft vor allem und erst danach kann man darüber reden, ob das manchmal besser oder schlechter war, aber wir waren eingesperrt. Eingesperrt, wenn auch nicht so wie die Rumänen, nicht so wie die Albaner, nicht ganz so wie die tschechoslowakischen Freunde und ganz anders als die DDR, aber das Eingesperrtsein war trotzdem mein Grunderlebnis. Für mich war nämlich der Westen immer Deutschland, weil ich Deutsch sprach und deutsche Geschichte studiert hatte, schielte ich immer mit einem Auge Richtung Deutschland.

Und in der DDR, Sie wissen das, war in den 60er/70er Jahren der große Wettbewerb der Systeme offizielle Doktrin. Und die DDR hatte in einem Punkt diesen Wettbewerb Ende der 60er Jahre sogar vorübergehend gewonnen. Die Zahl der Fernsehgeräte auf 10.000 Einwohner war in der DDR höher als in der Bundesrepublik. 270 Stück, in der Bundesrepublik hingegen nur 266. Also sie bemühten sich schon. Zunächst war das eine statistische Sache. Konkret wurde es mir deutlich, als ich dann immer wieder Freunde in der DDR besuchte. Da wurden gegen sieben, halb acht die Kinder schlafen geschickt und um acht Uhr plötzlich Tagesschau gesehen. Naja, einige haben noch um halb acht die aktuelle Kamera gezeigt, aber das

war nur so loyalitätsbedingt. Und um acht Uhr war man plötzlich in einem anderen Land, das zufällig auch Deutschland hieß. Und es war keine imperialistische Propagandasendung wie zum Beispiel Voice of America oder Sender Freies Europa, die die Ungarn jeden Tag hörten, sondern es war das Leben, das auch möglich war.

Das war eine reale Utopie und es hat mir plötzlich verständlich gemacht, wie absurd diese Situation war. Ich lebte in einer Stadt und in der anderen Hälfte lebten auch Menschen. Ich konnte sie nicht sehen, durch das Fernsehen waren sie trotzdem sichtbar, aber was hatte das Ganze für einen Sinn? Ich habe beginnend mit den 70er Jahren immer wieder wie jeder ungarische Staatsbürger jedes Jahr einen Antrag gestellt, 30 Tage als Tourist in der freien Welt verbringen zu dürfen. Dieses Recht war einigermäßen zugestanden, ich habe aber jedes Jahr eine Ablehnung bekommen und zwar jeweils mit der Begründung „Ihre Ausreise verstößt gegen allgemeines Interesse“. Nun, ich wusste nicht genau, was für ein allgemeines Interesse das war, ich habe das von den Gesichtern der Leute auf der Station nicht ablesen können, aber ich ahnte, dass das mit meinem Dasein als Dissident und verbotenen Schriftsteller zu tun hatte und dann plötzlich, 1976, war dieser Pass plötzlich da. Das war ein Jahr nach dem Helsinki-Abkommen und Ungarn kokettierte damals schon ein bisschen mit dem Westen, ungefähr so wie jetzt Orban mit Kasachstan. Diese Koketterie hat mir den Pass gebracht.

Es war ein Samstag, ich saß zu Hause am Leninring, wie das damals hieß, in unserer Wohnung und hörte Radio Freies Europa. Wir hatten kein westungarisches Fernsehen und Radio Freies Europa brachte zwei Nachrichten. Die erste war, dass der Lyriker Reiner Kunze wegen der Veröffentlichung seines Buches „Die wunderbaren Jahre“ aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen worden war. Kunze kannte ich von einem Festival aus Budapest. Wir hatten uns nicht befreundet, aber wir hatten gut miteinander gesprochen. Die zweite Nachricht, die die DDR ein bisschen liberaler zeigte, war, dass die DDR-Regierung Wolf Biermann erlaubt hatte, an einer von der Gewerkschaft organisierten Konzerttournee teilzunehmen. Das war Samstag. Sonntag, den 7. November 1976, also am Jahrestag der Oktoberrevolution, bin ich mit dem Flugzeug nach Schönefeld geflogen und von Schönefeld zur Friedrichstraße gegangen. Am Abend war ich plötzlich auf dem Kurfürstendamm. Ich bin fast blind geworden von all dem Licht und

am nächsten Morgen sah ich in einem Schaufenster das nagelneue Buch von Reiner Kunze „Die wunderbaren Jahre“. Wieder diese Absurdität. Also vor zwei Tagen hörte ich von etwas, was von einem Staat verfolgt wird, und hier wurde dieses Buch als Ware im Schaufenster ausgestellt. Eine Woche später habe ich dann gehört, dass Wolf Biermann wegen seines Konzerts ausgebürgert worden war. Das war der Punkt, an dem ich verstanden habe, dass die Welt, in der ich lebte, nicht mehr lange haltbar sein würde, weil sie so was von falsch war, dass man das nicht mehr lange verstecken konnte. Zudem habe ich übrigens zwei Jahre später gesehen, dass die Häufigkeit, mit der ich Reisepost bekommen habe, eine Korrelation mit der Schwächung der ungarischen Staatsmacht aufwies.

Also zwei Jahre später, Ungarn war schon bis an die Halskrause verschuldet, habe ich wieder eine Einladung nach West-Berlin bekommen, um dort eine Lesung zu halten. In Ungarn hatte ich seit zehn Jahren keine Lesung mehr gehabt. Also das war sozusagen mein Kölner Konzert ohne die Gefahr, dass ich rausgeschmissen wurde. Ich bin dann mit dieser Einladung des Berliner Künstlerprogramms in das Ministerium gegangen, um zu melden, dass ich eingeladen worden bin und der Ministeriumsbeamte sagte zu mir: „Wissen Sie, stellen Sie einen Privatantrag als wollten Sie Ihre Tante besuchen in West-Berlin und die werden nichts dagegen tun.“ Das war nicht offiziell und er fügte hinzu: „weil West-Berlin kein Teil der Bundesrepublik ist, obwohl mir das schon auf die Nerven geht.“

Das Europaerlebnis für mich war dann diese Woche in West-Berlin, das war 1976. Ich wollte meine Freunde besuchen in Ost-Berlin. Ich ging immer wieder über die Mauer. Mit dem nagelneuen ungarischen Pass habe ich meinen Freund Thomas Brasch und Katharina Thalbach besucht in der Wilhelm-Pieck-Straße. Da wohnten sie. Die waren noch nie in dem Teil der Stadt gewesen, von wo ich jeden Tag nach Ost-Berlin kam. Thomas fragte mich: „Wie ist West-Berlin?“ „Schön.“ Er sagte: „Das wollte ich nur hören.“ Einen Monat später war ich wieder in Ungarn, wobei jede Rückkehr natürlich mit einer tiefen Depression verbunden war. In Ungarn hörte ich dann im Sender Freies Europa, dass Thomas Brasch und Kathi Thalbach nach West-Berlin gezogen waren.

Also die Unmöglichkeiten dieses zerrissenen Kontinents haben mich die ganze Zeit beschäftigt und ich war mir sicher, dass das irgendwann kaputt



Martin Klähn moderiert die Aussprache mit György Dalos **Rudolf Leppin**

gehen muss. Ich kannte auch die Sowjetische Union wegen meiner Studienjahre und meine erste Ehefrau war auch eine Sowjetrussin. Ich kannte die sowjetische Provinz und wusste, dass dort alles kaputt war. Das Ganze wurde nur noch durch den KGB und die Armee zusammengehalten. Deshalb bin ich auch '76/77 von Anfang an in der ungarischen Opposition gewesen. Wir hatten kein politisches Programm, denn das war ja verboten. Uns hielt eher ein Instinkt des Überlebens zusammen. Wir wollten die Wahrheit, wir wollten die Gerechtigkeit, wir wollten die Freiheit einfach, weil wir atmen wollten.

Das waren die Anfänge und dann kam dieses fantastische Jahr 1989 und da war die ungarische Gesellschaft sozusagen von dieser Idee „Europa“ schon völlig infiziert. Obwohl in Ungarn davor schon viele Leute reisen durften. Aber sie fühlten sich trotzdem erst dann frei, als am 1. Januar 1988 jeder ungarische Staatsbürger hin und zurückfahren durfte, ohne seinen Pass, was zuvor immer obligatorisch war, bei der Rückkehr abgeben zu müssen. Das war die Freiheit, ein Freiheitsgefühl, das die ungarische Gesellschaft so in keinem System im 20. Jahrhundert hatte erleben dürfen. Aber dann kamen die Probleme. Zur gleichen Zeit, in Ceausescus Rumäni-

en, lebten 2 Millionen Ungarn als Minderheit und sie ertrugen die Despotie nicht mehr länger ebenso wie die Deutschen und die Rumänen. Sie kamen über die Grenze nach Ungarn und wollten nicht mehr zurück. Das war Anfang 1989 und keine ungarische Regierung konnte ihnen befehlen „Geht zu Ceausescu zurück“. Schließlich hatte das Land zu dieser Zeit die Genfer Konvention unterzeichnet und das bedeutete, dass politische Flüchtlinge geschützt werden müssen, wenn sie im eigenen Land Verfolgungen ausgesetzt sind.

1988 waren 800.000 DDR-Touristen in Ungarn. Ungarn war das Land, wo man gerne hinfuhr, wo es gute Musik gab, gastfreundliche Leute, da konnte man gut essen und es gab etwas, was wirklich besser war als in anderen Ostblockländern, eine gewisse Offenheit der Gesellschaft. Die DDR-Bürger haben im darauffolgenden Mai, 1989, praktisch einen, ich würde sogar sagen, Werbespot gesehen. Die Szene, wo der ungarische Außenminister Gyula Horn und der österreichische Kollege Alois Mock den Eisernen Vorhang zerschneiden. Das war natürlich für die Medien gemacht, weil der Eiserner Vorhang kaum existierte. Er war verrostet, er verursachte jede Menge Unfälle und seit zwei Jahren dachte man über den Abbau nach, aber das war vor der Sommersaison und allein bis Ende Juli kamen 700.000 DDR-Touristen nach Ungarn. Überhaupt nicht mit dem Ziel, das Land zu verlassen. Das war nicht die Mehrheit. Und als dann auf die damalige reformpolitische Regierung der Druck immer größer wurde, diese Leute als politische Flüchtlinge wahrzunehmen und anzuerkennen, hat man diese trickreiche Lösung gefunden, dieses paneuropäische Picknick, wo man die Grenze zum ersten Mal öffnete – und das war eben nicht nur die ungarisch-österreichische Grenze, sondern eine Grenze des Warschauer Vertrags. Damit hatte Ungarn - der Staat, Teile der kommunistischen Partei und die Gesellschaft - etwas sehr Wichtiges getan, nämlich die Freiheit, die sie selbst schon hatten, auch den Anderen nicht mehr zu verweigern. Natürlich brauchte man dazu einen Michail Gorbatschow, der dazu den Satz sagte, „Die Ungarn sind brave Leute.“ Bestimmte Sachen mochte er nicht schriftlich geben und ich glaube, dass das doch ein historischer Augenblick war, weil die Ungarn sich plötzlich als eine Gesellschaft, die etwas für Europa getan hat, fühlten, wo diese Idee Europa die Ostblockländer noch kaum betroffen hatte. Nur einzelne Intellektuelle dachten in diesem Schlüsselbegriff Europa als Zukunft, Europa als unsere real gewordene Utopie.



György Dalos **Rudolf Leppin**

Aber diese Euphorie war trotzdem sehr stark und heute werde ich oft gefragt, ob das Volk oder besser die Gesellschaft, die damals die Grenze öffnete, noch dieselbe ist, die dann 2014 einen 175 km langen Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze bauen ließ. Ich sage immer, es ist dieselbe und nicht dieselbe. Selbstverständlich sind wir das Volk der Grenzöffner und obwohl ich bestimmte Begriffe wie ‚Nationalstolz‘ mit viel Vorsicht benutze – ich glaube, Nationalstolz ist so etwas wie Blutdruck, er ist manchmal zu hoch und manchmal zu niedrig und es ist immer schwer, ihn im Rahmen zu halten – war das so ein Moment, wo wir sagten, wir haben es geschafft. Das war ’89 und dann kamen diese zweieinhalb Jahrzehnte, wo die ungarische Gesellschaft begann, ich würde sagen, die Demokratie zu lernen, so wie ein Kind in einen allzu großen Schuh hineinwächst. Diese Demokratie war die westliche Demokratie. Die Institutionen konnten im Nu geschaffen werden, die Spielregeln konnten in einer Verfassung an einem Abend ausgearbeitet werden, aber der Geist dieser Demokratie... - das war schwierig zu erfassen.

Nicht nur für Ungarn, sondern für alle unsere Nachbarn gab es dieses Problem. Die ehemalige DDR hatte nun, ich würde sagen, das zweifelhafte Glück, gewissermaßen verschluckt zu werden. Zweifelhaft deswegen, weil

wir mentalitätsmäßig immer noch den Osis und die Osis uns ähnlicher sind als Ost und West. Demokrat zu sein, tolerant zu sein, Toleranz zu lernen, dazu braucht man Zeit, und zwar eine Zeit von relativer ökonomischer und sozialer Stabilität. Das haben auch die Deutschen nicht leicht gelernt nach dem Zweiten Weltkrieg. Relativ leicht haben das noch die Briten geschafft und die Franzosen. Allerdings begannen sie mit der Hinrichtung von Königen.

Ich glaube, das, was in Ungarn in dieser Demokratie das große Problem ist und was die jetzige Situation auslöste, war, dass diejenigen Parteien oder Organisationen, die sich zur Demokratie bekannten – das waren ehemalige Menschenrechtler und ehemalige Kommunisten - meinten, Demokratie ist etwas, was das Volk hat, wir aber wollen die Macht. Und die haben dann, und das ist die liberale Seite, ein bisschen mehr als nur die unvermeidbaren Fehler gemacht. Sie haben die Staatsmacht lediglich als ein oder fast nur als ein Mittel zur Bereicherung begriffen, sie haben sich an die eigenen Regeln nicht gehalten und die Antwort wurde dann von der anderen Seite, von den Konservativen gegeben.

Das Land hatte sehr große Probleme. 30% der Arbeitsplätze wurden Anfang der 90er Jahre abgewickelt, die Armut schlug um sich und ich glaube, ohne diese Frustration kann man die heutige Politik nicht verstehen. Plötzlich entstand in der Gesellschaft diese berühmte Sehnsucht nach der starken Hand und es gab auch diese tatkräftigen, der jüngeren Generation angehörenden Politiker, die mit keinem Faden mehr an die Vergangenheit gebunden waren. Die sagten, wir modernisieren Ungarn auf die Art, dass wir die Industrie auf ein konkurrenzfähiges Niveau heben und gleichzeitig dem Volk ein historisches Bewusstsein geben – und da beginnt dann die Geschichtspolitik. Man versuchte, Ungarns historische Vergangenheit als Vorbild zu nehmen. Das konnten die Könige des 13. Jahrhunderts oder auch die Zwischenkriegszeit sein. Ja, die ältere Generation hatte Nostalgie immer noch nach den Sonntagnachmittagen, an denen sie vor dem Fernseher saß und nicht nur immer rumänische Filme, sondern Tatort und andere deutsche Krimis liefen und es genug zu essen gab. Alles war schöner als die Gegenwart. Und ich würde sagen, diese bewusste politische Geschichtsfälschung hat auch gewirkt und heute sind wir in einem Land, wo die Leute ihre eigenen Probleme nicht mehr direkt reflektieren, sondern in diesen Träumen leben.

Die ungarische Psyche ist sehr stark mit Selbstmitleid behaftet: Wir wurden immer im Stich gelassen, uns hat niemand geholfen. Man kann die Rumänen und die Bulgaren fragen, die sagen dasselbe. Und das, was ich bei den Demonstrationen der jetzigen Regierungsfreunde gesehen habe, das waren Transparente mit Jahreszahlen. 1222 Mongolenfeldzug, 1526 Osmanenfeldzug, 1849 Freiheitskrieg, unterdrückt von den Russen, 1945 Diktatur und '56 hat man uns im Stich gelassen. Das sind sehr verschiedene Geschichten, aber es geschah tatsächlich, dass Europa Ungarn und die kleineren Völker im Stich gelassen hat. Die letzte Zahl, die ich gelesen habe, war 2011, wo der Internationale Währungsfond etwas von Ungarn forderte.

Und dieses ständig sprungbereite Beleidigt sein, welches Teil der nationalen Psyche ist, wurde im Vorjahr auch in der Flüchtlingsfrage benutzt. Ich sage benutzt, weil es in Ungarn so gut wie keine Flüchtlinge gibt. Ungarn ist ein typisches Transitland. In dieser Situation hat meine Nation nicht ausnahmslos, aber doch fast insgesamt eine sehr negative Haltung an den Tag gelegt. Nicht ausnahmslos würde ich sagen, weil es auch Personen gab, die diese armseligen Flüchtlinge versorgt haben.

Das war Sommer 2015 und dann hörten die Flüchtlinge in ihren Telefonen, sahen auf ihren Tablets, wie Angela Merkel sie einlädt, Ungarn zu verlassen in diesem Sommer. Das war für alle das Maximum, das man erreichen konnte. Aber ich glaube, das Einzige, was die Kanzlerin, die diese Erklärung machte und die sicher von sehr guten Gefühlen geleitet wurde, wirklich gleich schaffte, war, Orbans Regierung aus der Patsche zu helfen. Ungarn ist fast flüchtlingsfrei. Diejenigen, die noch kommen, versuchen möglichst schnell über die österreichische Grenze zu kommen. Ungarn hat aus diesem Grund mit jedem Nachbarland Konflikte und Notenwechsel und trotzdem wird am 2. Oktober ein Referendum abgehalten, ob wir akzeptieren wollen, dass die EU uns irgendetwas aufzwingt. Niemand weiß, worum es geht, und alle werden oder sehr viele werden hingehen, einfach weil das symbolisch ist. In dieser Symbolik sind wir gefangen.

Von den Deutschen war es ein wirklich gut gemeinter Schritt. Aber absolut unvorbereitet. Ich nehme an, die Bundesrepublik war auch nicht bereit dazu – und das ist sehr wichtig, weil eben das Problem nicht gelöst wurde und auch nicht wird. Zudem hatte sie mit den Anrainerstaaten nicht verhandelt, was auch ein Fehler war. Der größte Fehler war aber, glaube

ich, die Kommunikation. So eine wichtige Sache, wie das Empfangen von so vielen Flüchtlingen, kann man nicht mit einem einzigen Fernsehinterview kommunizieren. Und damit beginnt das andere Problem, nämlich dass die anderen Länder Europas nicht dazu gebracht werden konnten, sich mit der Bundesrepublik solidarisch zu erklären. Also wenn etwas geschah, dann ist es die Entsolidarisierung des Kerns von Europa. Und wenn wir die Flüchtlingsfrage klären wollen, gibt es nicht nur eine, sondern unterschiedliche Lösungen: Aber Europa müsste in dieser Sache einiger sein und zusammen Schritt halten und die ehemaligen Ostblockstaaten, die sehr viel von der EU bekommen haben, mehr einbeziehen. Ja, und leider ist es wirklich so, dass die Kapazitäten beschränkt sind, worüber man auch offener reden müsste. Aber es gab auch Zeiten, als die westliche Welt viel ärmer war, 1956 zum Beispiel, als 200.000 Ungarn Asyl bekommen haben, und nach 1989 als Millionen allein aus der Sowjetunion aufgenommen wurden, die Sowjet-Deutschen.

Ich beobachte nur, was geschieht und was mich teilweise bitter und verzweifelt macht. Denn es geht nicht nur um diese Geschichten, es geht auch darum, was aus diesem Traum von Europa geworden ist und was hätte werden können. Was nicht bedeutet, dass wir von unseren Idealen aus den 70er, 80er Jahren Abschied nehmen müssen, aber das sage ich nur als ehemaliger Dissident und Oppositioneller dieses Systems. Mir scheint, dass wir damals freier dachten als wir sprachen und heute sprechen wir freier als wir denken – und besser wäre es vielleicht umgekehrt.



# Presse-

**artikel**

---

# Das Jahr 1956 steht ab heute im Fokus

In Bützow startet heute das 14. Häftlingstreffen mit einem dreitägigen Programm

**BÜTZOW** Heute beginnt in Bützow das 14. Häftlingstreffen. Politische Gefangene der ehemaligen DDR widmen sich bei der dreitägigen Veranstaltung dem Thema „Das Jahr 1956“.

Das Programm beginnt um 14 Uhr mit der Eröffnung und Grußworten. Ab 14.30 Uhr geht es in einem Vortrag des Referenten Dr. Jan Foltzik aus Berlin um das Thema „Geheimrede Chruschtschows –

Ende des Stalinismus?“ Nach einer Kaffeepause geht es um 16.30 Uhr mit dem Stettiner Referenten Pierre-Frédéric Weber weiter. Er thematisiert den Posener Aufstand 1956, seinen Verlauf und Folgen.

Nach dem Abendessen steht ab 20 Uhr das Thema Ungarn in Europa im Zentrum. Der ungarische Schriftsteller und Historiker György Dalos hat die Problematik umfassend aufgearbeitet.

Ein vielseitiges Programm folgt zudem morgen und Freitag. Dann stellen sich die Teilnehmer in einer Gesprächsrunde unter anderem den Fragen der Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Bützow. Zudem ist eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Krummen Haus geplant.

Es ist auch der Besuch einzelner Veranstaltungen möglich. *sahe*



Der Schriftsteller und Historiker György Dalos spricht heute Abend zum Thema Ungarn in Europa. FOTO: ARCHIV

Berichterstattung über das 14. Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit **Schweriner Volkszeitung**

## Treffen gegen das Vergessen

Ehemalige politische Gefangene treffen sich in Bützow / Aufarbeitung und gemeinsamer Austausch im Fokus

**BÜTZOW** Sie verweigerten den Wehrdienst oder unternahmen Fluchtversuche in den Westen, sie verteilten regimiefeindliche Flugblätter und machten sich des Geheimnisverrats schuldig: politische Gefangene in der DDR. Mit dem Beginn des 14. Bützower Häftlingstreffens im Bützower Rathaus erinnern Männer und Frauen, die während der sowjetischen Besatzungszeit und der SED-Diktatur inhaftiert waren, an ihre Vergangenheit. Das Motto: „Das Jahr 1956“, das Mitorganisator Martin Klähn vom Verein Politische Memorialie wegen der anti-stalinistischen Geheimrede Chruschtschows als „Schicksals- und Wendepunkt in der europäischen Geschichte“ bezeichnet.

Im Mittelpunkt steht dabei nicht nur die Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch der gegenseitige Austausch. „Wir haben 65 Anmeldungen aus der Region, aber auch Gäste aus Hamburg, Düsseldorf und Wien“, sagt Martin Klähn. Organisiert wird der jährliche Treff vom Verein Politische Memorialie, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Unter den Gästen ist der gebürtige Bützower Uwe Kasperit, der 26 Monate in Haft war – davon vier Wochen in seiner Heimatstadt. Sein Verbrechen: der Wunsch nach Freiheit. 1977



Das 14. Häftlingstreffen verbindet die Lebensgeschichten des gebürtigen Bützowers Uwe Kasperit (l.) sowie des ehemaligen bundesdeutschen Grenzsoldaten Dieter Schmidt. FOTOS: ANNE SCHWARTZ



Im Bützower Rathaus verfolgen zahlreiche Gäste den Vortrag von Dr. Jan Foltzik, der über die Geheimrede Chruschtschows sprach.

stellte der damals 19-Jährige erstmals einen Ausreiseantrag. Dieser wurde nicht nur abgelehnt, danach wurde Kasperit auch in der Kartei der Stasi registriert. Ein Jahr später versuchte Kasperit seinem Antrag Nachdruck zu verleihen, verteilte Flugblät-

ter für Frieden und Abrüstung. Diesen Ruf nach Menschenrecht bezahlte er mit neun Monaten Haft. Die Kontrollmaßnahmen nach der Entlassungen blieben Repressalien, darunter ein Einmangerverbot mit Freunden, die Wegnahme des Passes

und das Verbot, die Stadt Bützow zu verlassen. Ein Verstoß führte zu weiteren 15 Monaten Haft.

Nicht nur bei ehemaligen Häftlingen stößt das Treffen auf Interesse. Unter den Gästen ist mit Dieter Schmidt auch ein ehemaliger bundesdeutscher Zollbeamter, der von 1968 bis 1990 im Grenzgebiet Büchen tätig war. „Ich wurde in der DDR geboren, floh mit meinen Eltern aber 1955 in den Westen“, sagt er. Dem 71-Jährigen geht es darum, dass die besondere in der DDR geborene Grenzgeschichte nicht in Vergessenheit gerät. 1969 floh ein DDR-Grenzsoldat mit seinem Hund vor seinen Augen, erzählte ihm im Anschluss von der minutiös geplanten

### SERVICE

#### Das heutige Programm

**9 Uhr:** Der ungarische Volksaufstand 1956 – Vortrag von György Dalos, ungarischer Schriftsteller und Historiker  
**11 Uhr:** Schwierigkeiten mit der Wahrheit: Walter Janka und die Gruppe Harich – Guntolf Herzberg, Historiker  
**12.30 Uhr:** Mittagspause  
**14.15 Uhr:** Präsentation zur DDR-Geschichte durch Schüler des Gymnasiums, Vorstellung der Zeitzeugen mit anschließenden Gesprächsrunden zwischen Schülern und ehemaligen Häftlingen  
**16.30 Uhr:** Die Gründung der Nationalen Volksarmee 1956 – Dr. Rüdiger Wenzke, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr  
**18 Uhr:** Abendessen  
**19.30 Uhr:** Spielfilm zum Slánský-Prozess, 1952: Das Geständnis Costa Gavras 1970 im Pfordormarktquartier, Pfordormarkt 8

Flucht. Während der Mann in Büchen blieb, gab die Beamten den Hund drei Tage später an die DDR-Grenztruppen zurück.

In den nächsten beiden Tagen wird beim Häftlingstreffen die Vergangenheit aufgearbeitet und der Bezug zur Gegenwart hergestellt. Dafür ist heute im Gymnasium ein Treffen geplant, in dem ehemalige Häftlinge ihre Erlebnisse mit den Schülern teilen.

Tove Degenkolbe/  
Anne Schwartz

Berichterstattung über das 14. Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit **Schweriner Volkszeitung**



Das 14. Häftlingstreffen verbindet die Lebensgeschichten des gebürtigen Bützowers Uwe Kaspareit (l.) sowie des ehemaligen bundesdeutschen Grenzschützen Dieter Schmidt. FOTO: ANNE SCHWARTZ

## Zwölf Mann in einer Zelle

Ehemalige politische Häftlinge erzählen Jugendlichen von ihrer Haft

**BÜTZOW** Das 14. Häftlingstreffen ehemaliger politischer DDR-Gefangener hat gestern in Bützow begonnen. Fast 26 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung treffen dabei zwölf ehemalige politische Häftlinge des Bützower Gefängnisses auf Gymnasiasten der Kleinstadt. Ziel sei es, die jungen Menschen in dieses Stück DDR-Geschichte zu erinnern. Diese Veranstaltungen seien auch heute noch von großer Bedeutung, sagte Burkhard Bley, stellvertretender Landesbeauftragter

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die politischen Häftlinge ihr Leben riskiert hätten, um für Freiheit und Demokratie einzustehen.

Dabei sei die Anerkennung gesundheitlicher Haftschäden immer noch ein großes Thema, sagte Bley. „Die Gerichte müssen leichter und einfacher anerkennen, dass die Menschen wegen ihrer langen Haftdauer Folgeschäden haben.“ Im Bützower Gefängnis saßen in der 1950er- bis

1970er-Jahren viele politische Häftlinge ein. Sie waren u.a. im Rahmen der Einbürgerungswelle „Weiße Rosen“ inhaftiert worden. Wie Zeitzeugen berichteten, waren die Haftumstände unzumutbar bis zu zwölf Mann lebten jahrelang in einer Zelle.

Bis morgen soll es in Vorträgen vor allem um die historischen Ereignisse des Jahres 1956 gehen. Dazu gehören die Aufstände in Ungarn und Polen, die Geheimrede von Nikita Chruschtschow, die die Entstalinisierung einleitete.

Berichterstattung über das 14. Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit **Schweriner Volkszeitung**

## Stiller Abschied

Gedenkveranstaltung zum Abschluss des 14. Bützower Häftlingstreffens

**BÜTZOW** Mit einer Gedenkveranstaltung endete gestern das Bützower Häftlingstreffen. Vor dem Krummen Haus trauerten die Teilnehmer um Hans-Jürgen Jennerjahn aus Schwerin und Werner Sauerzweig aus Schleswig-Holstein, die in diesem Jahr verstorben sind. Jennerjahn habe sich als unermüdlicher Aufklärer und Zeitzeuge für die Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft verdient gemacht, hieß es in der Gedenkrede. Sauerzweig habe als Zeitzeuge immer wieder jungen Menschen über seine Erfahrungen mit Gewaltherrschaft und Unrecht berichtet und versucht,



Stilles Gedenken vor dem Krummen Haus. FOTO: RALF BADENSCHIER

sie vom Wert von Freiheit, Recht und Demokratie zu überzeugen. Seit 14 Jahren

widmet sich das alljährliche Bützower Häftlingstreffen diesem Anliegen. *raba*

Berichterstattung über das 14. Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit **Schweriner Volkszeitung**



Das 14. Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in Bützow hat den Jahrestag des Jahres 1956 und dabei insbesondere die europäische Perspektive in den Blick genommen.

Jan Foitzik, György Dalos und Pierre-Frédéric Weber beschreiben die Ereignisse – dabei Ursachen und Folgen in Osteuropa im Jahr 1956. Matthias Pfüller, Guntolf Herzberg und Rüdiger Wenzke erklären verschiedene Entwicklungen, wie die Rückkehr der Kriegsgefangenen und die Gründung der Volksarmee für die deutsche Gesellschaft. György Dalos stellt zum Schluss noch einmal die Bedeutung des Freiheitskampfes mit der gegenwärtigen autoritativen Politik in Ungarn in Beziehung.

In diesem Heft ist somit das Jahr 1956 als ein Schicksalsjahr mit Auswirkungen bis heute dargestellt.

